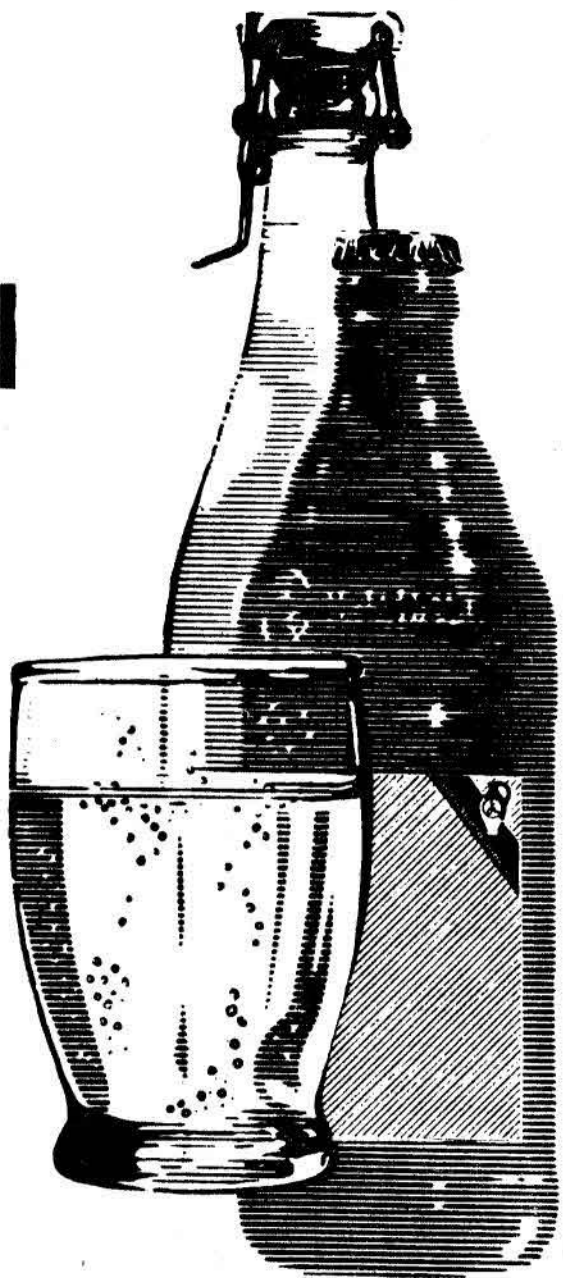


**vom
Quell
her
gut**



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 5/6

Mai-Juni 1967

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

	Seite
Für starke unabhängige Gewerkschaften mit einer selbständigen Politik	2
Die Agitationskommission stellt zur Diskussion:	
Vorschläge zur Verbesserung der Agitationsarbeit	6
Die Bundesrepublik braucht eine legale KPD	18
50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen	22
Nicht staatsmonopolistische, sondern demokratische Planifikation	27
Einige Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung in der kapitalistischen Welt	31
Unsere kulturpolitischen Vorschläge sind auch Vorschläge zum eigenen Handeln	34
Junge Genossen fragen - Wissen und Tat antwortet:	38
Vom VI. zum VII. Parteitag der SED	
Das Programm des Sozialismus wird verwirklicht	44
50 Jahre Oktoberrevolution	48
Aus dem Leben unserer Partei:	
Wie machen wir die Partei für unsere neuen Mitglieder zur politischen Heimat?	51
Für die Mappe des Propagandisten	54
Leserzuschriften:	61

Für starke unabhängige Gewerkschaften mit einer selbständigen Politik

VON JOSEF LEDWOHN

Die Gewerkschaften des DGB als die größten legalen Organisationen der Arbeiterschaft sehen sich mit der jüngsten wirtschaftspolitischen Entwicklung und der Mitwirkung sozialdemokratischer Minister in der Kiesinger/Strauß-Regierung einer neuen Lage gegenüber.

Die Maßnahmen der Regierung und der Direktionen der Monopolbetriebe zur Senkung des Lebensstandards und die Aufforderung zur sogenannten konzertierten Aktion der Regierung, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften machen eine grundsätzliche Stellungnahme der Gewerkschaften notwendig.

Das ist auch deshalb nötig, weil die sozialen und politischen Auseinandersetzungen unter dem Regime Kiesinger/Strauß nicht abgeschwächt, sondern eher weiter an Schärfe zunehmen werden. Der soziale Inhalt der konzertierten Aktion, für die der SPD-Minister Schiller die Propagandatrommel rührt, ist nichts anderes als Lohnstopp und Einkommensverzicht für die Arbeiter sowie Steuervergünstigungen und größere Profitancen für die Unternehmer. Mit dieser Regierungspolitik können sich die Arbeiter nicht abfinden.

Es darf nicht übersehen werden, daß es im DGB und auch in Einzelgewerkschaften Kräfte gibt, die keineswegs ihre Aufgabe in der Aktivierung der Gewerkschaften auf der Grundlage der zentral gefaßten Beschlüsse sehen, die vielmehr die Gewerkschafter bewegen wollen, sich der Regierungspolitik anzupassen.

Die zwei Strömungen, die seit längerer Zeit in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind, treten in der jüngsten gewerkschaftspolitischen Diskussion wieder stärker in Erscheinung.

In der Tat stehen die Gewerkschaften vor der Entscheidung, ihre Rolle und Tätigkeit auf der Linie einer konsequenten, kämpferischen Gewerkschaftspolitik, auf der Basis des Grundsatz- und Aktionsprogramms weiterzuentwickeln — oder auf die Politik einzuschwenken, die von Leber, Arendt und anderen Gewerkschaftsführern auf den DGB-Kongressen vertreten, aber von den Delegierten entschieden abgelehnt wurde.

Zwei Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung

Das Bemerkenswerte an der jetzigen Lage ist, daß der rechte Flügel im DGB glaubt, gestützt auf die sozialdemokratischen Minister, die Beschlüsse der DGB-Kongresse überspielen und den eigenen Einfluß in den Gewerkschaften verstärken zu können.

Worin besteht die Stärke der großen Mehrheit der Gewerkschafter in dieser Auseinandersetzung? Einmal darin, daß diese Gewerkschafter von dem Grundsatz ausgehen: die Gewerkschaftsbewegung muß selbständig, unabhängig von der Regierung, den Unternehmerverbänden und den politischen Parteien, eine eigene Gewerkschaftspolitik im Interesse der gesamten Arbeiterschaft führen. Wenn auch nicht immer konsequent, so ist dies doch der Kurs starker Industrieergewerkschaften, wie zum Beispiel der IG Metall, der IG Chemie, Papier, Keramik oder auch der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten. Zum anderen besteht ihre Stärke darin, daß diese unabhängige Gewerkschaftspolitik auf den demokratisch gefaßten Beschlüssen der letzten DGB-Kongresse basiert.

Unsere Partei hat den Hauptinhalt dieser Gewerkschaftspolitik oft als richtig unterstrichen und unterstützt. Das ist auch erklärlich; denn eine aktive Lohnpolitik oder die Erhöhung des Anteils der Arbeiter am Sozialprodukt ist für den Lebensstandard des arbeitenden Volkes und für ein stetiges Wirtschaftswachstum notwendig.

Die Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung, um damit den Einfluß des Monopolkapitals zurückzudrängen, ist eine auch von uns vertretene demokratische Aufgabe.

In der beschlossenen Ablehnung der Notstandsgesetze, in den Forderungen, die demokratischen Rechte des Volkes zu schützen und zu erweitern, kommt ebenfalls eine selbständige Gewerk-

schaftspolitik zum Ausdruck, die mit den demokratischen Interessen des ganzen Volkes übereinstimmt.

Die Festlegung im Grundsatzprogramm des DGB, daß jeder soziale und kulturelle Fortschritt unabdingbar mit einer Politik des Friedens verbunden ist, weist diese Gewerkschaftsrichtung als eine Kraft aus, die unabhängig vom Rüstungskapital, von Militaristen und Revanchisten richtige Aufgaben stellt.

Die rechte Gruppe in den Gewerkschaften, die dieser Gewerkschaftspolitik entgegenstand und noch entgegensteht, wurde hauptsächlich von Leber geführt, der in der IG Bau-Steine-Erden in einigen wichtigen Grundsatzfragen gegen die Beschlüsse der DGB-Kongresse handelte. Vor allem in der Notstandsanfrage versuchte Leber, trotz eindeutiger Beschlüsse des DGB, die Gewerkschaften von ihrem Widerstand abzubringen. Aber auch in Fragen der Lohnpolitik verfolgte er einen Kurs, der von der beschlossenen aktiven Lohnpolitik abweicht. Er forderte offen eine Anpassung an die von der Regierung verkündeten Lohnleitlinien. Auch die Mitbestimmungsforderung des DGB wird von Leber mißachtet. Die richtige Aufgabe, die Macht der Konzerne demokratisch zurückzudrängen, wird von Leber durch die Illusion ersetzt, durch eine „Vermögensbildung in Arbeiterhand“ könne der heutige großkapitalistische Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verändert werden. Es ist wohl charakteristisch, daß gerade dieser Gewerkschaftsführer von der SPD-Führung ausersehen wurde, in der Regierung Kiesinger/Strauß eine Funktion zu übernehmen. Von Leber ist den herrschenden monopolkapitalistischen Kreisen bekannt, daß er die staatlichen Herrschaftsverhältnisse, so wie sie heute sind, „ohne Wenn und Aber“, bejaht und daß er bereit ist, diese Herrschaftsverhältnisse weiter zu stabilisieren.

Neue Attacken gegen den DGB

Schon kurz nach dem Kongreß „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt erschien in der Springer-Zeitung „Die Welt“ ein Artikel von Krammer (Leiter der Presse-Abteilung im DGB-Vorstand), in dem von einer „Zerreiß-

probe“ im DGB die Rede war, weil einige große Gewerkschaften sich offiziell am Kongreß beteiligt hatten. Die Empörung in den Gewerkschaften darüber, daß ein Mitarbeiter des Bundesvorstandes sich dieses notorisch ge-

werkschaftsfeindlichen Blattes bediente, um eine Spaltungsgefahr der Gewerkschaften an die Wand zu malen, war so groß, daß sich der Bundesvorstand offiziell von dem Artikel distanzierte und Krammer in der Folge aus seiner Funktion ausscheiden mußte.

Die Springer-Presse ließ aber nicht nach, sondern wiederholte die Attacken gegen den DGB mit einer offenen Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Einige Funktionäre im DGB-Vorstand — Namen wurden nicht genannt — wollten es im DGB zum Bruch kommen lassen, orakelte Springer. Es gäbe eine heimliche rechte Fronde im DGB, die eine Machtergreifung der „Radikalen“ im DGB-Bundesvorstand auf jeden Fall verhindern wolle. Die „Radikalen“ wurden von der Springer-Presse genannt: Otto Brenner sei es, der „im DGB die Macht erobern“ wolle, er werde dabei von Gefeller, dem Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, assistiert. In völliger Verdrehung der wirklichen Sachlage wird beiden noch unterstellt, sie handelten nicht aus eigener Erkenntnis, sondern würden von gewerkschaftsfremden Intellektuellen gelenkt. Mit solchen Meldungen will die Unternehmerpresse den Gewerkschaften sowohl was ihre Stellung zur Regierung der Großen Koalition als auch den 1969 stattfindenden Ordentlichen DGB-Kongreß betrifft, dem DGB eine „Standortdiskussion“ aufzwingen. Das Ziel ist, die Richtung der auf den letzten Kongressen beschlossenen Gewerkschaftspolitik zu ändern.

Auch der jetzige DGB-Vorsitzende Rosenberg wird unter Beschuß genommen, weil er nicht energisch genug gegen die Vertreter einer nichtregierungskonformen Gewerkschaftspolitik

aufgetreten sei. Ihm wird der Rat erteilt, die zwei Jahre, die ihm noch bis zum nächsten DGB-Kongreß verbleiben, zu nutzen, um den rechten Flügel-leuten mehr Spielraum zu verschaffen.

Was ist zu den obengenannten Behauptungen zu sagen? Was wollen eigentlich die, die von Axel Springer als „Radikale“ bezeichnet werden? Auf den Kongressen der Einzelgewerkschaften, in ihren Zeitungen, auf dem Kongreß „Notstand der Demokratie“ wurde eindeutig unterstrichen: sie wollen, daß die Beschlüsse des obersten Organs, der DGB-Kongresse, nicht leere Worte bleiben, sondern zur Richtschnur für das tägliche Handeln werden. Die Beschlüsse zur Notstandsfrage sind dafür ein entscheidender Prüfstein. Es geht aber in dieser jetzigen Lage auch darum, ob die Gewerkschaften aktiv gegen die Demontage des sozialen Besitzstandes auftreten, ob sie sich gegen jede Beschneidung von Rechten der Gewerkschaften wenden oder sich im Rahmen der konzertierten Aktion mit Kiesinger/Strauß auf den Weg in die formierte Gesellschaft begeben. Die DGB-Beschlüsse verpflichten die Gewerkschaften zur Mitbestimmung, für eine demokratische Wirtschaftspolitik einzutreten, dafür, daß die Bundesrepublik (gemäß Grundgesetz) ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat werde. Diese Zielsetzung schließt die Erkenntnis ein, daß die Bundesrepublik jetzt kein sozialer und demokratischer Rechtsstaat ist. Mit Recht wehrt sich deshalb die Mehrheit der Gewerkschafter, dem gegenwärtigen Regime der Bundesrepublik und der jetzigen Regierungspolitik ein- und untergeordnet zu werden. Hier liegt der Kern des Versuchs, jetzt den Gewerkschaften von der kapitalistischen Presse eine Standortdiskussion aufzuzwingen.

Beschlüsse kraftvoll durchsetzen

Es gibt allerdings auch für die Gewerkschaften, die sich auf die Beschlüsse ihrer Kongresse stützen, ein echtes Problem für die weitere Entwicklung. Angesichts der großen Gefahren, denen sich das ganze werktätige Volk gegenüber sieht, ist die Kampfkraft und Schlagfähigkeit der Gewerkschaften zu einer Lebensfrage geworden. Voller Sorge haben viele

Gewerkschafter beobachten müssen, daß der Bundesvorstand des DGB immer wieder von den Beschlüssen der eigenen Kongresse abrückte. Offensichtlich ist im Bundesvorstand des DGB der Einfluß der sozialdemokratischen Minister erheblich. Dort lobt man offen die Wirtschaftspolitik, die Schiller in Übereinstimmung mit Strauß und Kiesinger, mit der Bundes-

bank und den Unternehmerverbänden macht. Die „konzertierte Aktion“ wird gepriesen, den angeschlossenen Gewerkschaften Zurückhaltung in der Lohnpolitik empfohlen, wie zum Beispiel bei der Forderung der Beamten nach Gehaltserhöhung. Der Wirtschaftspolitik der Kiesinger/Strauß-Regierung wird keine eigene Wirtschaftspolitik des DGB entgegengestellt, wie das zum Beispiel die IG Metall im Sinne der DGB-Beschlüsse mit ihren fünf Forderungen getan hat.

An dieser Mißachtung der DGB-Beschlüsse durch den DGB-Bundesvorstand gibt es eine wachsende Kritik. Es wächst das Verlangen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Gewerkschaften und alle Organe des DGB sich an die demokratisch gefaßten Beschlüsse der DGB-Kongresse halten. Die Monopolherren wissen genau, wie stark die Arbeiter an der Einheit ihrer Gewerkschaften hängen. In der Tat, die Einheit der Gewerkschaften ist eine echte Errungenschaft, die es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt. Es ist deshalb eine hinterhältige und infame Methode, mit der Spaltung der Gewerkschaften zu drohen, die Spaltungsdrohung als Erpressungsmittel zu benutzen, um die Gewerkschaften von ihren Beschlüssen auf den letzten DGB-Kongressen abzubringen.

Der neue Hugenberg, Axel Cäsar Springer und seine Organe maßen sich auch an, den Gewerkschaften Vorschriften zu machen, wen sie 1969 zum Vorsitzenden des DGB wählen sollen. Darum werden jetzt bereits Namen

lanciert, von denen sich die Herren der Finanz und Wirtschaft Verständnis für ihre Politik erhoffen. Jeder Gewerkschafter, auch die von der Springer-Presse genannten Gewerkschaftsfunktionäre, jede Gewerkschaftsleitung und Organisation sollte sich energisch gegen den Versuch der Springer-Presse wenden, einen Keil in die Gewerkschaften zu treiben und sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumischen.

Wir Kommunisten sind mit der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschafter der Meinung, daß in den Gewerkschaften nur die Mitglieder und ihre Delegierten auf den Kongressen zu entscheiden haben. Auch über die Zusammensetzung des DGB-Bundesvorstandes, die die Gewähr bieten muß, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften auf der Basis der Beschlüsse zu wahren und das Höchstmaß an Aktivität zu entwickeln, um die selbstgestellten Aufgaben zu meistern.

Die Monopole wollen deshalb einen Keil in die Gewerkschaften treiben, weil gegen den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften die aggressive Politik der Regierung nach außen und innen nicht durchgesetzt werden kann. Die Gewerkschaften zum Stillhalten zu zwingen – Aufrüstung und Notstandsgesetze anzuerkennen – das ist einer der wichtigsten Hintergründe der Hereinnahme sozialdemokratischer Minister in die Regierung.

Festigt und stärkt die Einheit der Gewerkschaften

Wir Kommunisten versichern, alles zu tun, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen die Einheit der Gewerkschaften zu hüten. Aus dieser Auseinandersetzung, in der auf der einen Seite die Herren des Finanzkapitals, ihre Regierung, sozialdemokratische Minister und auch einige ihnen Hörige in den Gewerkschaften stehen – und auf der anderen Seite Millionen Gewerkschafter, werden die Gewerkschaften stärker denn je hervorgehen, wenn sie ihrem Auftrag getreu die Beschlüsse ihrer Organisation erfüllen.

Wenn bereits über den DGB-Kongreß 1969 diskutiert wird, die Weichen

für die zu beschließende Politik gestellt werden, dann ist es das Beste, in der Praxis jetzt die selbstgestellten Aufgaben zu lösen. Das ist der Weg, der 1969 auf dem DGB-Kongreß auch zu richtigen Beschlüssen führt.

Heute gilt es, den sozialen Besitzstand zu erhalten. Das erfordert aktiven Widerstand gegen Entlassungen, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen und Abbau sozialer Leistungen. In den Betrieben müssen die Gewerkschafter alle Arbeiter um sich scharen, um überall den Unternehmern eine gemeinsame Front entgegenzustellen.

Gerade jetzt ist es notwendig, der Wirtschaftspolitik der Monopole und

der Regierung eine eigene Politik für Vollbeschäftigung, Geldstabilität und Wirtschaftswachstum entgegenzustellen. Das bedingt Kürzung des Rüstungsetats, Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiter als wichtige Grundlage des Wirtschaftswachstums.

Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften erfordern heute entschlossenen Kampf gegen die Notstandsgesetze, Aktivität zur Durchsetzung der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das Grundgesetz muß zur Richtschnur im staatlichen, gesellschaftlichen Leben und in der Wirtschaft werden. Die Gewerkschaften als die stärksten Stützen der Demokratie in der Bundesrepublik werden in diesem Kampf immer unsere Unterstützung haben.

Je ernster die Gewerkschafter das Gebot ihres Grundsatzprogramms nehmen, daß der Friede das Wichtigste in unserer Zeit ist, je mehr sie sich der Hilfe der Bundesregierung für die USA in ihrem Vietnamkrieg widersetzen und eine wirkliche Politik der Entspan-

nung, d. h. eigene Initiativen dazu fordern — wie absoluter Verzicht auf Verfügung über Atomwaffen, vorbehaltlose Zustimmung zu einem Atomsperrvertrag — um so mehr werden sich die Gewerkschaften Ansehen im Volk erwerben.

In dem Maße, wie sich die Gewerkschafter dazu durchringen, von der Regierung in Bonn die Anerkennung der DDR zu fordern, wird den Arbeitern klarer, wie normale Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten geschaffen werden können.

In der Aktivierung der Gewerkschaften in dieser Richtung sehen wir den Weg, die Angriffe des Großkapitals zurückzuweisen, die Einheit der Gewerkschaften zu festigen, sie noch anziehender zu machen, ihre Reihen auch zahlenmäßig zu stärken. Das ist heute für die Arbeiter und für das ganze Volk der Bundesrepublik lebensnotwendig.

Den Spaltungsparolen der Hochfinanz und ihrer Presse stellen wir die Aufforderung entgegen: Festigt und stärkt die Einheit der Gewerkschaften!

Die Agitationskommission stellt zur Diskussion:

Vorschläge zur Verbesserung der Agitationsarbeit der Partei

Die Agitationskommission des Zentralkomitees der KPD hat sich in mehreren Beratungen mit dem Stand der Agitationsarbeit der Partei beschäftigt. Dabei wurden zahlreiche Materialien vom Standpunkt ihrer agitatorischen Wirksamkeit her gründlich analysiert. In diese Durcharbeitung wurden auch diverse Dokumente der Parteiführung, das Zentralorgan „Freies Volk“, der Deutsche Freiheitssender 904, Betriebszeitungen, Flugblätter und andere Veröffentlichungen einbezogen. Untersucht wurde auch in einer Reihe von Fällen die Wirksamkeit der mündlichen Agitation.

Die richtige Politik der Partei kann nur dann in hohem Maße wirksam werden, wenn sie unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität immer breitere Kreise erreicht und prinzipiell und verständlich dargelegt wird. Dabei müssen wir von der

marxistischen Erkenntnis ausgehen, daß die propagandistische und agitatorische Tätigkeit in enger Wechselwirkung zueinander stehen. Die Partei hat bereits große Erfahrungen gesammelt, über die ein Gedankenaustausch notwendig ist.

Die Agitationskommission ersucht alle Parteileitungen und Grundorganisationen, ihre eigenen Erfahrungen auf diesem wichtigen Gebiet der Parteiarbeit selbst zu überprüfen, kritisch und selbstkritisch einzuschätzen, um anhand der guten wie der schlechten Beispiele Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Agitationsarbeit zu ziehen. Dabei sollte die Diskussion schon mit neuen Beispielen wirksamer Agitationsarbeit bereichert werden.

Als Anregung hierfür unterbreitet die Agitationskommission die nachfolgenden Gedanken und Vorschläge.

Tribüne der erforderlichen Aussprache für die Leitungen und Grundorganisationen sind das „Freie Volk“, „Wissen und Tat“ und der „Deutsche

Freiheitssender 904“. Alle Überlegungen der Genossen werden von der Agitationskommission sorgfältig beraten und ausgewertet.

Grundlagen der Agitation

Die Grundlage der Agitation ist die beschlossene Politik der Partei. Die Politik sowie die gesamte Tätigkeit der Partei beruhen auf den unerschütterlichen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Daraus entspringt die Festigkeit und die Überzeugungskraft jedes einzelnen Agitators. Gegenwart und Zukunft der westdeutschen Arbeiterklasse, der gesamten Bevölkerung werden dadurch bestimmt, daß alle Volkskräfte geeint und mobilisiert werden, um zu verhindern, daß die westdeutschen Imperialisten im Bunde mit den USA-Imperialisten von unserem Boden aus einen neuen, atomaren Weltkrieg entfesseln. Diese große nationale Aufgabe unserer Partei ist untrennbar verbunden mit der Treue zum proletarischen Internationalismus, brüderlichen Beziehungen zur kommunistischen Partei der Sowjetunion, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und allen übrigen Bruderparteien. Um unserer großen Verantwortung gerecht zu werden, die Tagesaufgaben zu erfüllen und den Weg zum Sozialismus auch in der Bundesrepublik zu bahnen, führen wir einen entschiedenen Kampf gegen Dogmatismus und Revisionismus. Von dieser prinzipiellen Position aus prüfen wir die bisherige Tätigkeit auf dem Ge-

biet der Agitationsarbeit und suchen nach immer besseren, modernen Mitteln und Methoden um noch wirksamer unter den Menschen, vor allem unter den Sozialdemokraten, in den Gewerkschaften und unter den christlichen Werktätigen zu arbeiten.

Die 9. ZK-Tagung unserer Partei kam zu der Feststellung, daß mit der Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß, unter Beteiligung sozialdemokratischer Minister, eine neue Lage entstanden ist. Die Monopolbourgeoisie verschärft den Angriff auf den Lebensstandard und die demokratischen Rechte des Volkes, um neuen Spielraum für die Fortsetzung ihrer alten, imperialistischen Machtpolitik zu gewinnen. Zugleich werden dabei neue Methoden der Irreführung der Menschen angewandt, vor allem um die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen, das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten zu erschweren und die demokratischen und friedliebenden Kräfte aufzusplitteln. Gleichzeitig damit werden die NPD und die neonazistischen Kräfte in den anderen Parteien gefördert. Das 9. ZK-Plenum zog aus dieser neuen Lage bedeutsame Schlussfolgerungen, die erhöhte Anforderungen auch an die gesamte Agitation stellen.

Was ist Agitation?

Die Ziele der Partei sind mit den Interessen und Hoffnungen der Bevölkerung der Bundesrepublik identisch. Aber sie können nur verwirklicht werden, wenn es gelingt, die Menschen von dieser Übereinstimmung zu überzeugen und sie für die Teilnahme am sozialen und politischen Kampf zu gewinnen.

Agitation ist das tägliche Gespräch, das wir Kommunisten in Wort und Schrift, im Betrieb, in der Gewerkschaft, mit dem Nachbarn, beim Kaufmann, am Stammtisch, vor dem Fernseher und bei vielen anderen Gelegenheiten führen, um über die großen

und kleinen Fragen des politischen und sozialen Lebens zu informieren, die Lügen und Verwirrungsmanöver des Gegners zu widerlegen, um die Menschen mit unseren Ansichten bekanntzumachen und sie zum aktiven Auftreten für ihre Interessen zu veranlassen. An dieser Arbeit nimmt jeder Kommunist teil. Agitation ist darum nicht die Aufgabe irgendwelcher spezialisierten Parteimitglieder, sondern aller Genossen im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Die Jahre nach dem Verbot waren für die Partei keine leichten Jahre. Unter den erschwerten Verhältnissen

der Illegalität und der politischen Verfolgung vieler Genossen sammelte die Partei unter den veränderten Kampfbedingungen neue Erfahrungen.

Der Parteitag 1963 lenkte die Kräfte der Partei auf die konstruktive Mitarbeit in den demokratischen Organisationen und der Öffentlichkeit auf dem Boden des Grundgesetzes. Mit dieser Orientierung hat die Partei Erfolge errungen. Es gelang, die politische Isolierung, die uns der Gegner durch das Verbot aufzwingen wollte, teilweise zu durchbrechen. Auch auf dem Gebiet der Agitationsarbeit machten wir einen Schritt nach vorn.

Manipulierung der öffentlichen Meinung

Die Zeit, in der Polizist und Feldwebel zusammen mit Kirche und Rohrstock ausreichten, um die Bevölkerung unter der Herrschaft der besitzenden Klasse niederzuhalten, ist längst vorbei. In der Zeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat der Gegner, gezwungen durch die Fortschritte der sozialistischen Welt und die Verschärfung seiner inneren Widersprüche in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, ein System zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft entwickelt, das den traditionellen Gebrauch der Staatsgewalt gegen die Arbeiterbewegung mit zeitweisen sozialen Zugeständnissen an die Bevölkerung und einem neuartigen System der Meinungsnähe verbindet, für das jährlich Milliarden-Summen ausgegeben werden.

Die Konzentration im Pressewesen der Bundesrepublik ist die ökonomische Grundlage für die Manipulierung der öffentlichen Meinung. Allein die Tageszeitungen in der Bundesrepublik umfassen heute eine Gesamtauflage von täglich 21 Millionen Exemplaren. Dabei kommen 39 Prozent der Tageszeitungen und 90 Prozent der Sonntagszeitungen aus einem Haus, dem Springer-Konzern, dem aktiven Wegbereiter zu Chauvinismus und Neonazismus in der Bundesrepublik. Wenn Springer bereits 1959 21 Prozent des Zeitungsmarktes in seiner Hand hatte, beherrscht er heute rund 40 Prozent.

Die Industrie gibt jährlich 3 Milliarden Mark für Inserate aus. Für

Wir sollten die Erfolge aber nicht überschätzen. Die Möglichkeiten für das Wirken der Partei im Sinne des Parteitages sind größer als sie gegenwärtig genutzt werden. Manche Leitungen verstehen es noch nicht, möglichst viele Genossen für die Agitationsarbeit vorzubereiten und sie zum Auftreten zu bewegen. Bemühungen um eine wirksame Agitation sind oft nur das Werk Einzelner.

Die politische Situation verlangt von uns, die hier vorhandenen Reserven auszuschöpfen, damit wir der Verantwortung einer kommunistischen Partei im gefährlichsten Krisenherd Europas gerecht werden können.

Die meisten Zeitungen sind diese Inserate die entscheidende Existenzgrundlage. Die Presse wird dadurch an die „goldene Kette“ der Konzerne gelegt.

Ein noch wirksameres Mittel der Massenbeeinflussung sind Rundfunk und Fernsehen. Sie erfassen heute jeden Haushalt und bieten die gegenwärtige Agitation in Form leicht aufnehmbarer Unterhaltung und scheinbar objektiver Information. Dabei ist in der Bundesrepublik die Verbindung von Industrie und Staatsapparat besonders deutlich sichtbar.

Diese Darstellung bedeutet nicht, daß die in der bürgerlichen Presse, im Rundfunk und im Fernsehen tätigen Journalisten unterschiedslos als bloße Werkzeuge der kapitalistischen Meinungsmanipulation betrachtet werden dürfen. Es ist vielmehr festzustellen, daß neben den Gewerkschaftszeitungen und anderen fortschrittlichen Presseorganen viele Journalisten auch der großen Massenmedien um eine subjektiv ehrliche Ausübung ihres Berufes und um eine demokratische Meinungsbildung in der Bundesrepublik bemüht sind. Diese von unserer Partei zu unterstützenden Bestrebungen sind wertvoll. Die allgemeinen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und die Besitzverhältnisse im Pressewesen geben ihnen jedoch keinen Raum, die Meinungsdictatur des Großkapitals im nennenswerten Umfang zu durchbrechen. Der bürgerliche Journalist Paul Sethe, lange Jahre Mitarbeiter der „Welt“

— selbst zerbrochen an der Meinungs-
diktatur —, stellte 1965 in einem
Leserbrief an den „Spiegel“ fest, daß

„die Besitzer der Zeitungen den Redaktionen immer weniger Freiheit lassen, daß sie ihnen immer mehr ihren Willen aufzwingen. Da aber die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben können, immer kleiner. Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und gefährlicher ...

Im Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung. Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten ... Frei ist, wer reich ist.“

Der imperialistische Klassengegner stellt die Wissenschaft, besonders die Psychologie und Soziologie, in seinen Dienst. Mit Methoden der Meinungsforschung läßt er ständig die Wünsche, Neigungen und Antipathien der einzelnen Gruppen und Schichten der Bevölkerung untersuchen, um seine Parolen und Argumente im Interesse der Deformierung des politischen Bewußtseins darauf abzustellen.

„Aus den Erkenntnissen der Tiefenpsychologie abgeleitete Techniken, die sich in der Wirtschaftswerbung bewährten, werden heute auch von politischer Herrschaft benutzt, um große Menschenmassen planvoll zu manipulieren.“¹⁾

Die kapitalistische Meinungsmani-

pulation weist heute bei uns zwei Hauptrichtungen auf:

— Das berechnete und durch die modernen Arbeits- und Lebensverhältnisse gesteigerte Unterhaltungsbedürfnis der Menschen und ihre komplizierter gewordenen persönlichen Probleme werden ausgenutzt, um sie mit Job, Sensation, Erotik, hochgezuchteten Hobbys und dergleichen mehr von der politischen Wirklichkeit abzulenken und ihre Interessen auf die kleinen Alltagsfragen des persönlichen Bereiches zu beschränken

— Die Ideale, Wünsche und Hoffnungen der Menschen, das Nationalgefühl, die Ideale der Brüderlichkeit und der Völkerverständigung, das Streben nach Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, der Gedanke der Menschlichkeit werden mißbraucht, um die Menschen an eine Politik zu binden, die in Wirklichkeit das genaue Gegenteil dieser Bestrebungen darstellt. Das heutige Lebensniveau infolge des technischen Fortschritts und der Kämpfe der Arbeiterklasse wird als Segnung der kapitalistischen Ordnung und Überwindung der Klassengesellschaft mißdeutet. Dagegen werden die historischen Bedingungen, die Besonderheiten und Schwierigkeiten der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, die überwiegend in der vom Kapitalismus ererbten Rückständigkeit und in den Folgen seiner Kriege begründet liegen, als das Wesen des Kommunismus schlechthin dargestellt und für eine verlogene, antikommunistische Schreckpropaganda benutzt, die großen Erfolge des Sozialismus entstellt oder verschwiegen.

Neue Momente im Denken der Menschen berücksichtigen

Trotz der imperialistischen Meinungs-
diktatur haben sich in den letzten Jahren im politischen Denken in einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik positive Veränderungen vollzogen. Eine Reihe politischer Ideen und Erkenntnisse, die lange Jahre fast nur von uns allein vertreten wurden, sind heute weit verbreitet. Sie erfassen noch keineswegs

die Mehrheit der Bevölkerung, sondern vorwiegend die politisch interessierten Kreise der verschiedenen sozialen Schichten. Aber sie sind wichtige Ansatzpunkte unserer Agitationsarbeit.

In erster Linie rühren diese Veränderungen aus der Wirkung objektiver Faktoren, aus der Einwirkung der Fortschritte des Sozialismus und besonders der Konsolidierung der DDR, aus der Verschärfung der Widersprüche im imperialistischen System

¹⁾ „Information oder Herrschen die Souffleure?“. Rowohlt-Verlag, Hamburg 1964, S. 62.

und der Gefährlichkeit der Bonner Politik her. Unsere Partei hat im Rahmen ihrer Kräfte dazu beigetragen, die Veränderung im Denken der Menschen zu fördern.

Welche neuen Züge zeigen sich, etwa im Vergleich zur Situation von vor 10 Jahren? Die Frage kann hier nur angerissen werden und sollte in der bereits vorgeschlagenen Diskussion über unsere Agitationsarbeit durch die praktischen Erfahrungen vieler Genossen und deren Verallgemeinerung ergänzt werden. Folgende Punkte erscheinen beachtenswert:

● Jahrelang wirkten Illusionen über ein ewiges „Wirtschaftswunder“, zumal bestimmte gewerkschaftliche Forderungen ohne größere Kämpfe durchgesetzt werden konnten. Wachsende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Preissteigerungen, der Angriff auf die Löhne und den ganzen sozialen Besitzstand lösen in breitesten Kreisen der Bevölkerung Beunruhigung aus. Da aber die klassenmäßigen Ursachen, die in enger Verbindung mit dem gesamten Revanchekurs der herrschenden Kreise stehen, bei großen Teilen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung nicht erkannt werden, entwickeln sich vorübergehend Illusionen, als ob mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung eine dauerhafte Stabilität und weitere Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards ermöglicht würden.

Die extremsten Kreise des Monopolkapitals haben die sozialdemokratischen Minister deshalb in die Regierung genommen, damit sie auf die Gewerkschaften drücken, damit die Arbeiter stillhalten. So wollen sie den verschärften sozialreaktionären Kurs dieser Regierung sichern

● In der Friedensfrage ist die Situation durch eine weitverbreitete Sorglosigkeit, durch eine Unterschätzung der Gefahren und durch das Verkennen der Ursachen der bestehenden Spannungen gekennzeichnet. Wohl lösen Ereignisse wie der Krieg in Vietnam Besorgnis aus, wohl lehnt die Mehrheit der Bevölkerung gefühlsmäßig den Rüstungswettkampf und die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik weiterhin ab, doch das Gefühl einer akuten Bedrohung des Friedens

in Europa und die Erkenntnis, daß diese Bedrohung von der Politik des deutschen Imperialismus in der Bundesrepublik ausgeht, ist vielfach nicht vorhanden.

Der Gegner versucht, das Gefühl einer Bedrohung aus dem Osten bei vielen Menschen wachzuhalten, wenn auch der Einfluß dieser Propaganda durch die Friedenspolitik der sozialistischen Länder zurückgegangen ist. Das berechtigte Sicherheitsbedürfnis vieler Menschen in der Bundesrepublik wird immer noch zur Billigung oder mindestens Duldung der Bonner Kriegsvorbereitungen mißbraucht.

● Vor allem im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze ist ein Teil der Bevölkerung an neue Erkenntnisse über Probleme der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik herangeführt worden. Im Gegensatz zu früher werden heute Gefahren für die Demokratie, die sich aus der Politik und dem Gesellschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben, besser erkannt. Auch die Diskussion über das Mitbestimmungsrecht trägt dazu bei, neue Erkenntnisse in diesen Fragen zu fördern.

Auch hier muß jedoch die ganze Widersprüchlichkeit des ideologischen Entwicklungsprozesses in der Bundesrepublik beachtet werden. Die Unruhe über die Bedrohung der Demokratie hat noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse, sondern nur ihre fortgeschrittensten Schichten erreicht. Selbst die Kreise, die beunruhigt sind, lassen sich überwiegend von einer rein formalen, bürgerlichen Vorstellung von der Demokratie leiten. Der beschränkte Charakter der bürgerlichen Demokratie, die Formen ihrer Zersetzung und die Ursachen wie der Umfang der neonazistischen Entwicklung sind nur selten bewußt. Daß die Fragen der Demokratie und Freiheit letztlich Klassen- und Machtfragen sind, wird nur in ersten Ansätzen erkannt.

● Das öffentliche Auftreten von Kommunisten auf dem Boden des Grundgesetzes, die Stellungnahmen bekannter Rechtswissenschaftler und Publizisten, die wachsende Besorgnis über die neonazistische Entwicklung und die Reaktion im Ausland haben eine

neue Diskussion über die Aufhebung des KPD-Verbotes in Gang gebracht, die größere Kreise als früher umfaßt. Neuen Auftrieb hat diese Diskussion erhalten im Rahmen der Auseinandersetzungen gegen die Notstandsgesetze, für die Sicherung der Demokratie und für eine neue Politik der Entspannung. In der Arbeiterschaft ist die Forderung nach der Wiederherstellung der Legalität nur schwach entwickelt. Den Gegnern der Aufhebung des KPD-Verbots gelingt eine teilweise Verwirrung, indem sie den Gedanken der Neugründung der kommunistischen Partei, die sich den Interessen der herrschenden Kreise anpaßt, lancieren.

● Das Scheitern der alten Bonner Wiedervereinigungskonzeption ist immer größeren Teilen der Bevölkerung bewußt geworden. Der Gedanke, daß eine neue Deutschlandpolitik ausgearbeitet werden muß, hat an Boden gewonnen. Die neuen Methoden aber, mit denen die Kiesinger/Strauß-Regierung unter aktiver Beihilfe von Wehner und Brandt die alte Politik mit verschärften Mitteln weiterführt, hat die Mehrheit der Menschen nicht durchschaut. Aber sie leben in der Illusion, daß die neue Regierung eine Politik der Entspannung vor allem mit den sozialistischen Ländern betreibt. Man glaubt, daß im Zuge einer solchen „Entspannungspolitik“ der Bundesrepublik auch die Wiedervereinigung möglich wäre. Es wird nicht erkannt, daß das Festhalten am Alleinvertretungsanspruch, an der Nichtanerkennung der DDR, den Grenzforderungen, an der forcierten Aufrüstung, am Griff nach Atomwaffen nichts anderes bedeutet als eine gefährliche Verschärfung der Aggressionspolitik gegen die DDR. Es herrscht vollkommene Unklarheit darüber, daß es eine Wiedervereinigung zwischen der sozialistischen

Deutschen Demokratischen Republik und der monopolkapitalistischen Bundesrepublik nicht geben kann.

Große Gefahren entstehen daraus, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse sowohl die nationale Frage im ganzen als auch die Verhältnisse in der DDR noch nicht klassenmäßig beurteilt. Der sozialistische Charakter der Staatsmacht, die Fragen der sozialistischen Demokratie und ihrer speziellen Formen unter den Verhältnissen der DDR, die Probleme, die sich aus der neuen Rolle der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in der sozialistischen Wirtschaft ergeben, werden nicht verstanden. Ebensovienig ist klar, worin das Wesen der nationalen Frage besteht und daß sie nur bei Änderung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik gelöst werden kann.

Gleichzeitig beginnen sich die Vorstellungen über die DDR in einzelnen Punkten zu wandeln. Hierbei spielen die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der DDR und ihre nationale Deutschlandpolitik eine große Rolle. In wachsendem Maße wird erkannt, daß die DDR eine stabile Wirtschaft aufgebaut hat, auf einigen Gebieten, wie z. B. im Bildungs- und Sozialwesen, im kulturellen Bereich und im Sport, vorbildliches leistet und daß auch ihr Ansehen in der Welt gewachsen ist.

● Die antikommunistische Propaganda hat zwar in Einzelfragen an Wirksamkeit eingebüßt, doch ändert das nichts an einer generellen Vorherrschaft antikommunistischer Vorurteile im Denken großer Teile unserer Bevölkerung. Noch immer gelingt es der gegnerischen Propaganda, die Unfreiheit des kapitalistischen Systems als Freiheit darzustellen, während die wirkliche Freiheit der neuen Gesellschaft als Unfreiheit hingestellt wird.

Grundlinien unserer heutigen Agitation

Wo liegen die wichtigsten Grundlinien für eine heute wirksame Agitation unserer Partei? Unter den heutigen komplizierter gewordenen Verhältnissen und angesichts der verstärkten und verbesserten Methoden der Massenbeeinflussung des kapitalistischen Systems unter Ausnutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse kann unsere Partei eine wirksame Agitation nur dann entwickeln, wenn sie die subjektiven Bedingungen unseres Kampfes, das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen verschiedener

listischen Systems unter Ausnutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse kann unsere Partei eine wirksame Agitation nur dann entwickeln, wenn sie die subjektiven Bedingungen unseres Kampfes, das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen verschiedener

Bevölkerungsschichten in Zukunft mit der gleichen wissenschaftlichen Exaktheit untersucht, wie sie bei der Herausarbeitung der objektiven Bedingungen und der Analyse der politischen Absichten des Gegners angewandt wird. Hier ist ein großer Rückstand vorhanden.

Das kommt sowohl in Stellungnahmen der Parteiführung, im Zentralorgan „Freies Volk“, in Betriebszeitungen als auch im Auftreten von Genossen zum Ausdruck. Wir bedenken oft zuwenig, daß die Argumentation dem Denken und dem Bewußtsein bestimmter Bevölkerungskreise angepaßt werden muß. Gegnerische Argumente werden manchmal mit allgemein-politischen Thesen beantwortet, ohne ernsthaft ihre Wirksamkeit zu prüfen. Statt davon auszugehen, wie die Politik der Partei bei den Menschen ankommt, wird oftmals vorausgesetzt, daß unsere richtigen Erkenntnisse auch von anderen sofort erkannt werden. Darum werden zu wenig die Überlegungen, die Gesichtspunkte, die Zweifel der anderen mit in Erwägung gezogen.

Zahlreiche Genossen haben als Maßstab einer guten Agitation einen solchen Artikel im „Freien Volk“ wie „Wenn die Kosaken kommen“ (September-Ausgabe 1965) bezeichnet, weil darin in kämpferischer und überzeugender Weise eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den Hauptargumenten der CDU erfolgte. Auch die Methode, Fragen von Genossen oder Sozialdemokraten so aufzunehmen, wie sie gestellt werden, und mit dem größten Ernst und größter Sachlichkeit zu beantworten, wurde von zahlreichen Genossen als richtig gewertet. Ein treffendes Beispiel hierfür lieferte die Betriebszeitung „Der Brückenbauer“ in ihrer ständigen Rubrik „Kollegen fragen. Kommunisten antworten“.

Es wird oft als ein Mangel empfunden, daß im Zentralorgan, im Sender 904, in einer Reihe von Betriebszeitungen und auch in sonstigen Materialien die Wirksamkeit der Argumente nicht unmittelbar überprüft wird, um in der weiteren Arbeit und der Vertiefung der Argumentation schnell Schlußfolgerungen zu ziehen. Dieser Mangel kann nur durch die

Mithilfe der gesamten Partei überwunden werden.

Es ist festzustellen, daß das Ansehen und die Autorität des „Freien Volkes“ als Zentralorgan der Partei, des Senders 904, von Betriebszeitungen und zahlreicher anderer Publikationen in den letzten Jahren in dem Maße gewachsen ist, wie sie es verstanden haben, neben der Kritik an den bestehenden Verhältnissen die konstruktiven Vorschläge unserer Partei auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wirksam darzulegen und dabei von einem festen Klassenstandpunkt auszugehen. Beispiel dafür sind die von der Betriebsgruppe der KPD bei Ford in Köln herausgegebenen Materialien „Hier spricht die KPD“. In diesen Materialien wird entsprechend der Lage im Ford-Betrieb anhand des Wirtschaftsprogramms unserer Partei eine solche Betriebspolitik entwickelt, die den gewerkschaftlichen Kampf fördert und den Arbeitern eine direkte Anleitung zum Handeln gibt.

Die Bedingungen unserer Agitationsarbeit wechseln heute rascher. Eine Losung, eine Formel, ein Argument, die noch vor wenigen Jahren richtig auf die Verhältnisse und das Denken der Menschen abgestimmt und deshalb wirksam waren, können heute schon ins Leere stoßen und bei unseren Zuhörern nur noch Unverständnis, wenn nicht Abneigung hervorrufen. Deshalb ist eine ständige Überprüfung auch unserer gängigen Argumente auf ihre Massenwirksamkeit notwendig.

Die folgenden Gedanken für Grundlinien unserer zukünftigen Agitationsarbeit sollen als Diskussionsgrundlage dienen und durch die Erfahrungen der Genossen sowie durch umfassende Einzeluntersuchungen vervollständigt werden.

Die Kommunisten in der Bundesrepublik sind ein Teil der fortschrittlichen Bewegung der Bevölkerung. Wir lassen uns leiten von den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus, der in unserem Zeitalter in Theorie und Praxis Fortschritt und Zukunft der Gesellschaft verkörpert. Wir verfolgen dabei keine Sonderinteressen, die den Hoffnungen und Wünschen der Bevölkerung

widersprechen. Wir haben die gleichen Sorgen wie alle anderen arbeitenden Menschen und sind entschiedene Verfechter ihrer Interessen.

Wir sind Bürger der Bundesrepublik und arbeiten auf dem Boden der Verfassung. In diesem Staat kämpfen wir dafür, daß die politischen Entscheidungen den Interessen der Millionen und nicht den Interessen der Millionäre entsprechen. Im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Interessen der arbeitenden Menschen sind wir eng verbunden mit allen sozialistischen Ländern und ihren Arbeiterparteien. Wie jede andere kommunistische Partei entwickelt die KPD entsprechend der Lage in ihrem Land die Strategie und Taktik ihres Kampfes.

Wir sind Demokraten und verteidigen die demokratischen Rechte und Freiheiten aller Bürger, auch wenn sie nicht mit uns übereinstimmen, gegen die Diktaturbestrebungen des Großkapitals. Der Kampf für die Demokratie ist ein Grundelement der kommunistischen Weltanschauung und steht in völliger Übereinstimmung mit der marxistisch-leninistischen Ideologie, ergibt sich folgerichtig aus deren Prinzipien.

Wir sind deutsche Kommunisten. Deshalb ringen wir um eine friedliche, demokratische und sozialistische Zukunft der Bundesrepublik. Wir begnügen uns nicht damit, die Wiedervereinigung zu wollen, wir zeigen den Weg, wie wir dahin kommen können, und welche Voraussetzungen dafür in der Bundesrepublik geschaffen werden müssen.

Die KPD ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die Beziehungen der Freundschaft zur DDR und ihrer führenden Arbeiterpartei, der SED, besitzt. Wir nutzen diese guten Beziehungen für den Fortschritt und den Frieden in der Bundesrepublik.

Wir wollen Frieden und Sicherheit wie alle anderen Bürger der Bundesrepublik. Wir wollen Sicherheit für unser Volk vor einem neuen Krieg und Sicherheit für unsere Familien vor wirtschaftlichen Verschlechterungen und sozialer Ungerechtigkeit. Weder das eine noch das andere ist zu haben, wenn die Monopole und

ihre Regierung die DDR annektieren und die Grenzen in Europa verändern wollen und dafür Milliarden DM Volksvermögen in die Rüstung stecken. Unsere Vorschläge für Frieden und Abrüstung in Deutschland und Europa sollen die Voraussetzungen schaffen, daß wir durch friedliche Arbeit und ein hohes Niveau des Sozial- und Bildungswesens eine geachtete und starke Stellung im Kreis der anderen Völker einnehmen können.

Wir sind keineswegs nur Kritiker des Bestehenden. Wir achten und begrüßen die Leistungen aller, die dem sozialen Fortschritt, der Demokratie und dem Frieden dienen. Unsere Kritik ist aus Sorge um das Wohl der Menschen geboren, und richtet sich gegen die Herrschaftsverhältnisse, die dem entgegenstehen. Wir bemühen uns, die Kritik mit Vorschlägen zu verbinden, auch wenn wir uns klar sind, daß vollständige Lösungen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht gefunden werden können. Weil wir das Beste für die Bevölkerung der Bundesrepublik wollen, erklären wir, daß und wie die politischen und gesellschaftlichen Grundfragen gelöst werden müssen. Nur auf diesem Wege werden wir gemeinsam mit den Menschen Möglichkeiten für die Verwirklichung auch mancher Einzel- und Tagesforderungen finden.

Wir sind für Verständigung und Zusammenarbeit mit allen anderen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik, auch wenn sie in vielen Punkten unsere Meinung nicht teilen, insbesondere mit den sozialdemokratischen Genossen. Unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist frei von Vorbehalten und Hintergedanken. Wir verstehen unter Zusammenarbeit nicht, daß sich die einen den Auffassungen der anderen unterwerfen, sondern daß die Mitglieder der beiden Parteien in den Punkten, in denen sie übereinstimmen, gemeinsam handeln, und in den Punkten, in denen sie verschiedener Meinung sind, offen und tolerant miteinander sprechen mit dem Ziel, sich zu verständigen.

In politischen Gesprächen und ideologischen Diskussionen gehen wir von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus aus und versuchen mit Leidenschaft, andere zu überzeugen.

Wir geben offen zu, daß wir nicht alle Einzelheiten der Entwicklung voraussagen können. Wir lernen aus den Erfahrungen der Arbeiterklasse und korrigieren unser politisches Handeln, wenn es die Kampfbedingungen erforderlich machen.

Wir sind für den Sozialismus. Wir machen das Bekenntnis zum Sozialismus nicht zu einer Streitfrage, an der das gemeinsame Handeln in den aktuellen Fragen scheitert, wenn der Gesprächspartner unsere Gesellschaftsordnung ablehnt. Aber wir versuchen stets, unsere Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und vom demokratischen Weg dorthin in der Bundesrepublik zu erklären. Dabei gehen wir davon aus, daß der von uns erstrebte friedliche Weg der

sozialistischen Umwälzung über die Isolierung der Monopolisten durch eine enge Aktionseinheit der Arbeiterklasse und deren feste Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in der antimonopolistischen Front zu beschreiten ist. Wir sehen, daß der Weg zum Sozialismus in der Bundesrepublik unter anderen geschichtlichen Bedingungen vor sich geht als nach 1945 im Osten Deutschlands. Einer der neuen Gesichtspunkte ist z. B., daß die Veränderungen des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus in der Welt und in Deutschland Möglichkeiten geschaffen hat, den Weg zum friedlichen Übergang zum Sozialismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit zwei organisatorisch selbständigen Arbeiterparteien zu verwirklichen.

Voraussetzungen unserer Agitationsarbeit haben sich verändert

Wir müssen uns die großen Veränderungen in den äußeren Voraussetzungen unserer Agitationsarbeit, in den Lebensumständen und Gewohnheiten der Menschen, die wir ansprechen wollen, etwa im Vergleich zur Weimarer Zeit und selbst zu den ersten Nachkriegsjahren, bewußt machen und systematisch untersuchen. Auch hier hat unsere Partei einen beträchtlichen Rückstand aufzuholen. Mehr denn je muß es zu einem Gesetz unserer Agitationsarbeit werden, daß wir uns nicht damit zufrieden geben, daß unsere Materialien eine richtige politische Aussage besitzen. Die Meinung, ein Material oder Artikel sei zwar richtig, aber nicht wirksam, darf nicht mehr geduldet werden.

Zu den Veränderungen in den äußeren Voraussetzungen unserer Agitationsarbeit, die wir ständig im Auge behalten müssen, gehören die Veränderungen, die sich infolge der technischen Revolution in der soziologischen Struktur der Arbeiterklasse vollzogen haben. Einerseits zeigt sich ein Prozeß der Dequalifizierung großer Teile der Arbeiterschaft und der sozialen Nivellierung ganzer Schichten der Bevölkerung andererseits ist gleichzeitig auch ein Prozeß der beruflichen Qualifizierung einer breiten Arbeiterschicht im Gange. Der Anteil qualifizierter Techniker und Ingenieure an

der Gesamtzahl der Arbeitenden wächst ständig.

Die Zunahme der Zahl der Angestellten und das Hineinströmen bäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten in die Arbeiterklasse, das einen weit größeren Umfang als früher hat, verstärkt automatisch die kleinbürgerlichen Stimmungen und Lebensgewohnheiten in der Arbeiterklasse. Auch die veränderte Stellung des Arbeiters und Angestellten im Produktionsprozeß, die unter Beibehaltung der grundsätzlichen Abhängigkeit dem Einzelnen heute oft eine größere Entscheidungsbefugnis über Fragen des Betriebsablaufes zuteilt, trägt zur Verwischung des Klassengefühls bei. Ein spontanes Klassenbewußtsein entwickelt sich heute daher viel schwerer als früher. Mehr denn je kommt es auf die wissenschaftlich begründete Aufklärung über die Fortexistenz der Klassengegensätze an, während der bloße Appell an das Klassengefühl nicht mehr die gleiche Wirkung wie früher erzielen kann.

Die Zahl der Menschen, die Faschismus und Krieg noch erlebt haben, geht zurück. Die Mehrheit der heute im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter hat in dieser Hinsicht bereits keine eigenen Erfahrungen mehr. Die Lehren der Geschichte und des antifaschistischen Kampfes sind ihnen nicht ge-

genwärtig, weil sie sie weder selbst erlebt noch vermittelt bekommen haben.

Wir müssen deshalb bedenken, daß wir die geschichtlichen Erfahrungen, die wir gewonnen haben, beispielsweise über die Natur des Faschismus oder über die historische Notwendig-

keit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, bei den Schichten, die wir heute hauptsächlich ansprechen wollen, nicht voraussetzen können. Das bedeutet, daß es für unsere Agitation nicht genügt, beispielsweise an die Lehren von 1933 nur zu erinnern, diese Lehren müssen vielmehr gerade dargestellt werden.

Gestaltungsfragen

Die ungeheure Intensität der Arbeit unter den neuen technischen Bedingungen und die allgemeine Intensität des gesellschaftlichen Lebens, die Reizeinwirkungen der modernen Massenbeeinflussungsmittel, die kapitalistische Freizeitindustrie führen zu Ermüdung und geistiger Abstumpfung, zu einem Gefühl der „Überfütterung“, zu einem verstärkten Bedürfnis nach Ruhe, Erholung und individueller Freizeitgestaltung ohne Beschäftigung mit schwerwiegenden geistigen, politischen oder auch nur persönlichen Problemen. Daraus ergibt sich, daß sich die subjektive Einstellung der Menschen zu unserer Agitationsarbeit verändert hat. Sie greifen nicht mehr begierig nach einer Schrift in der Hoffnung, darin Aufklärung zu finden. Unsere Agitation muß heute vielmehr zuerst den Panzer der Ablehnung gegen die zusätzliche Beanspruchung durchstoßen. Das hat weitgehende Konsequenzen für die Gestaltung unserer Agitation:

● **Was wir behaupten, müssen wir beweisen.** Wer andere überzeugen, anderen Menschen die Politik der Partei verständlich machen will, muß Kenntnisse besitzen, muß zunächst selbst die Politik der Partei anhand ihrer Beschlüsse kennen, muß sich immer mehr Wissen aneignen.

● **Kürze und Prägnanz der Formulierung.** Schon der erste Satz muß paken. Formeln, die die Menschen oft gehört haben, überhören sie (wir übrigens auch!). Keine schwerverständlichen Ausdrücke, keine Sprache, die sich von der Sprechweise anderer Menschen unterscheidet; wenig Fremdworte, nur wo sie ganz unerläßlich sind. Keine Schlagworte und Formeln, bei denen wir zwar wissen, was gemeint ist, aber nicht der Zuhörer. Keine Überspitzungen, sondern – bei aller Leidenschaft – größte Sachlichkeit.

● **In einem Auftreten oder Material nicht alles sagen wollen.** Es kommt darauf an, den in der jeweiligen Situation für den betreffenden Zuhörerkreis wichtigsten Gedanken aus der Gesamtpolitik der Partei verständlich und überzeugend darzustellen. Ein Übermaß wichtiger Gedanken gleichzeitig erdrücken sich und werden darum oftmals schwer begriffen oder nicht aufgenommen.

● **Ansprechende, saubere, grafisch wirksame und moderne Gestaltung unserer Materialien.** Wir müssen in der Flut der Reklame auffallen, aber nicht durch Primitivität und veraltete Formen, die früher wirkten, aber der gegenwärtigen Zeit nicht mehr entsprechen.

● **Mit Bildern arbeiten, in der Sprache und beim schriftlichen Material.** Kurze Texte, sachliche Informationen. Es müssen nicht immer alle Schlußfolgerungen ausgesprochen werden, weil die oft schon aus den Tatsachen hervorgehen und die Menschen auch selbst denken können. Für Kraftausdrücke haben die meisten Menschen heute wenig übrig, sie halten das dann leicht für unbegründetes Geschimpfe.

● **Das Bedürfnis nach leichter Kost und Unterhaltung berücksichtigen, wo immer es möglich ist.** Wir dürfen auch Humor beweisen. Manchmal ist es wirksamer, den Gegner lächerlich zu machen. Zeigen wir ruhig, daß wir auch über andere Fragen als „Politik“ sprechen können, und sprechen wir darüber, selbst wenn sich keine politische Schlußfolgerung daran anfügen läßt.

● **Polemik belebt.** Eine Auseinandersetzung wird als interessant empfunden. Aber unterscheiden wir dabei die Polemik gegen den Feind, die hart und unerbittlich ist, von der Polemik mit Halbheiten und falschen Auffassungen unserer Bundesgenossen, die kameradschaftlich und helfend sein muß.

Die nächsten Schritte

Um eine Verbesserung der Agitationsarbeit zu erreichen, müssen folgende Probleme in Angriff genommen werden:

Stärkere agitatorische Ausarbeitung der Politik der Partei. Durchführung spezialisierter Untersuchungen über das Denken der Menschen in den einzelnen Grundfragen unserer Politik und bei einzelnen Schichten der Bevölkerung sowie über die heute wirksamsten Methoden der Agitationsarbeit. Sicherung einer ständigen exakten Information über Meinungen und Stimmungen der Bevölkerung.

Materialien der Partei müssen gleichzeitig mit der Darlegung unserer Politik ein Beispiel für vorbildliche Sprache und agitatorische Gestaltung sein. Bisher ließen sie in dieser Hinsicht häufig zu wünschen übrig. Die

Genossen sind überfordert, wenn sie manche Erklärungen der Partei erst in eine massenwirksame Form und Sprache übersetzen müssen. Wir sollten uns zu eigen machen: „Wenn wir so sprechen, daß die sozialdemokratischen Genossen uns verstehen, dann verstehen uns auch die eigenen Genossen.“

In der gesamten Parteierziehung und im Parteischulwesen ist zu beachten, daß die Vermittlung des Marxismus-Leninismus und der Politik unserer Partei mit der Entwicklung der Fähigkeiten der Genossen einhergeht, die Erkenntnisse unserer Wissenschaft und den politischen Standpunkt der Partei auch massenwirksam agitatorisch darzulegen. Wir müssen unsere Genossen auch mit den neuesten theoretischen Erkenntnissen der Psychologie und Soziologie bekanntmachen.

Mittel unserer Agitationsarbeit

Wichtigste und wirksamste Form unserer Agitation bleibt das gesprochene Wort, das unmittelbare Gespräch mit den Menschen. Dieses Gespräch müssen wir systematisch suchen. An dieser Arbeit kann jeder Genosse teilnehmen.

Sehr wichtig ist die Verbreitung der fortschrittlichen Presse. An dieser Arbeit kann jeder Genosse teilnehmen, selbst wenn er sich für die mündliche Agitation nicht sicher und gewandt genug fühlt.

In der Behandlung der unmittelbaren Klassenprobleme am Arbeitsplatz haben unsere Betriebszeitungen eine Monopolstellung. Hierauf beruht ihre Wirksamkeit.

Viele Kommunisten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, bei den verschiedensten Anlässen ihre persönliche Meinung zu politischen Fragen in Briefen an ihre Nachbarn, Arbeitskollegen usw. darzulegen. Dieses Recht steht ihnen nach den geltenden Gesetzen zu, sie sollten es sich deshalb nicht nehmen lassen.

Manche Kommunisten sind eingeladen worden, ihre Meinung vor Arbeitskreisen, Jugendlichen, im Rahmen

von Volkshochschulveranstaltungen und ähnlichen Zusammenkünften darzulegen, oder sie haben selbst kleine Versammlungen und Aussprachen vorbereitet, an Streitgesprächen und Foren als Diskussionsredner teilgenommen u. a. m. Solche Gelegenheiten sollten gut vorbereitet und genutzt werden.

Möglichkeiten für die Darlegung der persönlichen Meinung von Kommunisten bietet auch das Schreiben von Leserbriefen und die Herstellung guter persönlicher Kontakte zu Zeitungsredaktionen und Journalisten.

Kommunisten sollten beginnen, darum zu kämpfen, daß sie auch im Rundfunk und im Fernsehen der Bundesrepublik sprechen können. Nach dem Grundgesetz, das Meinungsfreiheit für alle demokratischen Kräfte gebietet, haben sie ein Recht darauf, denn sie sind gleichberechtigte Bürger der Bundesrepublik.

Voraussetzung für die Benutzung der Agitationsmittel ist selbstverständlich die Kenntnis der Politik der Partei, wie sie in Beschlüssen formuliert ist und im Zentralorgan „Freies Volk“, in „Wissen und Tat“ und im Deutschen Freiheitssender 904 dargelegt und erläutert wird.

Agitation, Aufgabe jeder Leitung, jeder Grundeinheit, jedes Genossen

Nach unseren Erfahrungen wird unsere Agitationsarbeit dort besonders wirksam sein, wo sich nicht nur einzelne Genossen, sondern ganze Parteilgruppen und -leitungen damit beschäftigen. In den Gruppen und Leitungen sollte bei jeder Zusammenkunft beraten werden, welche besonderen Argumente in der betreffenden Zeit verbre-

tet werden sollten und wie wir Argumente des Gegners und Fragen der Menschen beantworten müssen, welcher Genosse wo mit welchen Menschen über diese Fragen spricht. Dabei orientieren wir uns in erster Linie auf das Gespräch mit Arbeitern, sozialdemokratischen Genossen und Wählern.

Ratschläge für den Agitator

① Informiere Dich stets über die Politik der Partei. Das „Freie Volk“ und „Wissen und Tat“ sind Dein Rüstzeug. Jeden Tag liefert Dir der Deutsche Freiheitssender 904 Hinweise, Erläuterungen, Fakten und Argumente für Deine Arbeit. Nutze diese Möglichkeiten und informiere gleichzeitig die Parteipresse und den Sender über Deine Erfahrungen, Deine Probleme, über neue Tatsachen und Vorkommnisse.

② Berate Dich ständig mit den Genossen Deiner Parteilgruppe. Klärt gemeinsam offene Fragen. Legt fest, welche Genossen auf welcher Veranstaltung zu welchen Problemen sprechen. Legt fest, wer welches schriftliche Material herausgibt und wie es bekanntgemacht wird. Der Einzelne kann nicht auf jede Frage eine Antwort finden, die Parteilgruppe findet Antwort auf viele Fragen.

③ Denke stets daran, zu wem Du sprichst, an wen sich Dein Flugblatt oder Zeitungsartikel wendet. Ein Gewerkschafter denkt anders, als ein Oberschüler, eine Arbeiterfrau anders als ein bürgerlicher Journalist. Du mußt erkennen, welche Wünsche, Sorgen, Hoffnungen, Vorurteile und Sympathien die Menschen haben, die Du ansprechen willst, damit Du sie zum Nachdenken und zur Teilnahme an politischen Aktionen bringen kannst.

④ Deine Aufgabe ist es, Menschen zu überzeugen. Darum deklamiere nicht! Höre zu, was Dein Gesprächspartner zu sagen hat. Denn nur wer zuhören kann beweist, daß es ihm ernst ist mit der ehrlichen Diskussion.

⑤ Vergiß nie: Mit allen Mitteln werden die Menschen von der gegnerischen Propaganda beeinflusst. Du findest keinen vorbereiteten Boden für

Deine Argumente. Laß Dich dadurch nicht zur Ungeduld oder gar zu Zorn verleiten. Du mußt Dich mit dem auseinandersetzen, was der Gegner verbreitet hat. Du mußt es sachlich und kameradschaftlich widerlegen, um zu überzeugen.

⑥ Sprich und schreibe einfach und klar, so wie Du zu Hause in der Familie oder in der Essenspause im Betrieb zu sprechen gewohnt bist. Nicht durch eine besondere Ausdrucksweise, sondern durch die Wahrhaftigkeit unserer Agitation unterscheiden wir uns von unseren Gegnern.

⑦ Versuche nicht, in einem Gespräch oder in einem Artikel „alles“ zu bringen. Das ist nicht möglich. Das verwirrt und ermüdet nur. Suche das Hauptproblem, erkläre und beweise es kurz mit Tatsachenbeispielen, die Deinen Gesprächspartnern oder Lesern verständlich sind.

⑧ Dein Argument, Dein Beispiel soll nicht nur verständlich sein — wähle es so aus, daß es im Gedächtnis bleibt. Dein Zuhörer oder Leser soll den Drang verspüren, es weiterzuzählen.

⑨ Es genügt nicht, daß das, was Du sagst, richtig ist. Selbstverständlich muß es richtig und wahr sein — aber es muß auch unmittelbar wirksam sein beim Zuhörer und Leser, sonst hast Du nichts erreicht.

⑩ Das Thema der Agitation muß ständig popularisiert. „eingehämmert“ werden. Das bedeutet Wiederholung. Aber Wiederholung darf nicht „gepaukt“ werden, sonst wird sie zum Überdruß, reizt zum Widerstand! Darum bringe das Hauptproblem von immer neuen Ausgangspunkten aus, in immer neuer Beweisführung.

11 Deine Agitation muß packen. Sie muß anregend und erregend wirken. Gleichgültigkeit gegenüber dem Anknüpfungspunkt, der Wortwahl oder dem Aufbau eines Artikels kann bewirken, daß er nicht gelesen wird — und also umsonst geschrieben war.

12 Scheue in der Polemik nicht vor „heissen“ Eisen zurück. Solange eine Behauptung des Gegners massenwirksam ist, bist Du verpflichtet, sie zu widerlegen, und sei sie noch so gemein.

13 Dein Gesprächspartner ist ein denkender Mensch, und er ist stolz darauf. Er wehrt sich dagegen, geschulmeister zu werden. Ermögliche ihm das „Vergnügen des Denkens“. Arbeite mit ihm die richtige Fragestellung heraus. Eine Frage richtig stellen, heißt sie beantworten.

14 In jedem Flugblatt, Brief oder Artikel mußt Du gangbare nächste

Schritte zeigen, wie das Ziel erreicht werden kann. Du mußt dabei anknüpfen an die Interessen, Sorgen und Wünsche dessen, den Du ansprichst. Wirkungsvoll ist Dein Vorschlag dann, wenn der Angesprochene sich überzeugt, daß er für ihn nützlich ist.

15 Was Du auch sagst oder schreibst: Es dient der Sicherheit, dem Frieden, dem Wohlstand und der Demokratie unserer Menschen in der Bundesrepublik. Wir tun nichts unrechtes, und wir haben keine Geheimnisse. Wir haben Vorschläge, die konstruktiv sind und für die wir offen eintreten. Die Kommunisten sind ein untrennbarer Bestandteil des politischen Lebens in der Bundesrepublik, die Ideen der Kommunisten müssen in die öffentliche Diskussion einbezogen werden. Das muß auch durch Dein Auftreten, durch Deine Formulierungen spürbar werden.

Die Bundesrepublik braucht eine legale KPD!

VON GRETE THIELE

„Die gesamte Entwicklung erhärtet die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotes. Es wächst die Erkenntnis in allen Volksschichten, daß die Bundesrepublik zur Verteidigung der Demokratie, zur Erhaltung des Friedens, zur Sicherung des sozialen Besitzstandes und zur Hebung ihres Ansehens in der Welt eine legale KPD braucht.“

(Aus der Entschließung der 9. Tagung des ZK der KPD)

Die Bilanz der ersten hundertfünfzig Tage der Kiesinger/Strauß-Regierung mit 10,7 Milliarden DM neuer Steuerbelastung und sozialem Abbau, das Anwachsen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, das brutale Vorgehen der Monopolherren in den Betrieben und schließlich die Eile, mit der die Verabschiedung der Notstandsverfassung betrieben wird, erfordern immer dringlicher eine grundlegende Veränderung der Politik. Gerade aus diesem Grunde erkennen immer mehr Menschen, daß es gut wäre, wenn die KPD mit ihrem ausgearbeiteten konstruktiven Programm zur Überwindung der krisenhaften und gefährlichen Entwicklung im Innern und für die Herstellung wahrhaft friedlicher Beziehungen nach außen in voller Freiheit einen entscheidenden Beitrag zur Durchsetzung einer Alternativpolitik leisten könnte. Sie machen geltend, daß die Aufhebung des

KPD-Verbots unmittelbar der von der Großen Koalition erstrebten Gleichschaltung entgegenwirken und alle demokratischen und friedliebenden Kräfte stärken würde. Im Zusammenhang mit der Besorgnis über das Anwachsen des Neonazismus wird darauf verwiesen, daß die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg die größten Opfer gebracht hat und auch heute wieder die konsequenteste Kraft gegen Revanchismus und Neonazismus ist. Besonders im Ausland wird herausgestellt, wie in der Bundesrepublik Revanchismus und Neonazismus geduldet und gefördert, die Tätigkeit demokratischer Organisationen und Persönlichkeiten erschwert und diffamiert werden und die KPD verboten ist. Für das Ansehen der Bundesrepublik, für eine Atmosphäre des Vertrauens vor allem unserer Nachbarn wäre die Wiederherstellung der Legalität der KPD von größter Bedeu-

tung, zumal sie als Mittlerin einer Entspannungs- und Verständigungspolitik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den anderen sozialistischen Ländern wirken könnte.

Alle diese Überlegungen spielen heute im Bewußtsein von Menschen aller Bevölkerungsschichten eine immer größere Rolle. Daher wurden denn auch verschiedene Schritte der letzten Zeit zur Aufhebung des KPD-Verbots in der Öffentlichkeit sehr interessiert aufgenommen. So zum Beispiel eine Pressekonferenz des früheren KPD-Landtagsabgeordneten in Niedersachsen, Ludwig Landwehr, über einen Brief von Max Reimann an die Bundesregierung, in dem eine Verhandlungskommission, bestehend aus Max Reimann, Ludwig Landwehr und Max Schäfer, benannt wurde.

Mehr als 100 Vertreter der in- und ausländischen Presse wurden am 14. März 1967 in Frankfurt (Main) über die Bildung eines „Initiativausschusses für die Wiedenzulassung der KPD“ informiert. Die Mitglieder dieses Ausschusses, der frühere Vorsitzende der KPD-

Fraktion im Landtag NRW, Karl Schabrod, der ehemalige Chefredakteur des Zentralorgans „Freies Volk“ Franz Ahrens, der Journalist Manfred Kapluck, der frühere Hamburger Bürger-schaftsabgeordnete Kurt Erlebach und der ehemalige Vorsitzende der KPD-Fraktion in der verfassungsgebenden Landes-Versammlung in Bayern, Richard Scherlinger teilten auf dieser Pressekonferenz mit, daß sie in Kürze mit Rechtsexperten, mit Politikern verschiedener Parteien, Behörden, Regierungs- und Parlamentsdienststellen Gespräche und Verhandlungen aufnehmen und private und öffentliche Aussprachen durchführen werden. In einem ersten Brief an Bundesregierung, Bundestagspräsidium und die im Bundestag vertretenen Parteien erklärt der Initiativausschuß u. a. die Wiedenzulassung der KPD ist ein „Erfordernis einer Politik, die Entspannung und Frieden in der Tat will und nicht nur in schönen Worten deklamiert“, aber auch aus Gründen der Demokratie sei die Wiedenzulassung der KPD ein „aktuelles Anliegen“

Die Politik der KPD ist verfassungsmäßig

Programmatik und Tätigkeit der KPD sind auf die Erhaltung der Verfassungsgrundsätze und die Verwirklichung der im Grundgesetz geforderten freiheitlich-demokratischen Ordnung im gesamten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben abgestellt. Demgegenüber verfolgt die Kiesinger/Strauß-Regierung, unterstützt von sozialdemokratischen Ministern, den Kurs einer völligen Strukturänderung des Grundgesetzes. Mit 84 Grundgesetzänderungen, vor allem durch „Stabilisierungsgesetz“ und Notstandsverfassung und eine sogenannte Wahlrechtsreform sollen die Grundrechte weitgehend suspendiert und liquidiert, das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt, die Regierung mit Diktaturvollmachten ausgestattet und das föderalistische Prinzip dem Wesen nach beseitigt werden.

Die Haupteinpeitscher der imperialistischen Macht- und Revanchepolitik, jene Kräfte wie Kiesinger, Lücke und der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Nollau, die das Grundgesetz liquidieren wollen und autoritäre Herrschaftsformen im Inter-

esse der großen Monopole anstreben, verlangen, daß das KPD-Verbot aufrechterhalten bleibt. Sie tun das, weil das KPD-Verbot nach wie vor auf der Linie ihrer imperialistischen Machtpolitik, ihres Strebens nach Notstands-diktatur und formierter Gesellschaft liegt. Mehr denn je fürchten sie angesichts der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, daß eine legale KPD dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die sozialreaktionäre Politik der Monopole und ihrer Regierung sowie für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung nach aktiver Lohnpolitik und Mitbestimmung noch mehr Durchschlagskraft verleihen würde.

Die Motive der Befürworter des KPD-Verbots in der Regierung der Großen Koalition gegenüber den Motiven der Regierung Adenauer, die im Jahre 1951 das Verbotsverfahren einleitete, haben sich nicht geändert. Geändert hat sich allerdings, daß die Kiesinger, Lücke und Nollau es heute nicht mehr wagen können, diese wirklichen Motive offen zu nennen, wie das damals die Regierung Adenauer in ihrem Verbotsantrag noch ganz unver-

froren und offen tat, indem sie behauptete, die KPD sei verfassungswidrig, weil sie sich der Politik der Wiederaufrüstung widersetze. Heute ist die Erkenntnis, daß es der Regierung Adenauer schon damals überhaupt nicht um den Schutz der Verfassung, sondern um die Absicherung ihrer aggressiven Politik ging, weit verbreitet. Hiervon zeugt zum Beispiel die Äußerung des amerikanischen Professors Otto Kirchheimer, „daß die wirklichen Beweggründe der Regierung mit der Notwendigkeit der Verteidigung der demokratischen Ordnung wenig, sehr viel mehr mit dem Bedürfnis zu tun hatten, ihre Außenpolitik auf eine breitere Basis zu stellen und ihre Frontstellung in dem zweigeteilten Land zu festigen.“¹⁾ Die Befürworter des KPD-Verbots in der Großen Koalition können es deshalb heute nicht mehr wagen, ihre wirklichen Motive für die Aufrechterhaltung des Verbotes in der Öffentlichkeit zu nennen, weil sie dann gezwungen wären, offen zuzugeben, daß sie das Verbot der KPD weiterhin benutzen wollen, um ihre friedensgefährdende und antidemokratische Politik der Notstandsdictatur, der sozialen Reaktion und der völligen Ausrichtung auf das Macht- und Profitstreben der großen Monopole abzusichern.

Die Kiesinger, Lücke und Nollau können auch nicht erwarten, in der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik und des Auslandes irgendeine Resonanz zu finden, wenn sie etwa behaupten, die in den Dokumenten und in der Tätigkeit der KPD zum Ausdruck kommende Politik sei verfassungswidrig. Falls sie einen dahingehenden Versuch unternehmen sollten, wären sie gezwungen, sich mit dieser Politik auseinanderzusetzen. Sie wissen aber selbst genau, daß bei einem solchen Vergleich sich nicht nur die Verfassungsmäßigkeit der Politik der KPD erweisen würde, sondern gleichzeitig die Verfassungswidrigkeit der Regierungspolitik. Demgegenüber beweisen die Dokumente wie auch die Tätigkeit der KPD: die KPD steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes; sie tut alles, um das Grundgesetz im gesamten politischen Leben zu verwirklichen; sie ruft alle demokratischen Kräfte zur Verteidigung des Grundgesetzes auf.

Die Befürworter der Aufrechterhaltung des KPD-Verbots in der großen Koalition sind also in der mißlichen Lage, daß sie zwar als Begründung für ihre eigene Haltung die fortdauernde Verfassungswidrigkeit der KPD behaupten müssen, diese Behauptung jedoch mit keinem einzigen Argument beweisen können.

In einer ganz anderen Lage sind die Befürworter der Aufhebung des KPD-Verbots, weil sie anhand der Programmatik und Tätigkeit und auf Grund eines eingehenden Studiums der Dokumente der KPD den Beweis führen können, daß die Politik der KPD voll und ganz dem Grundgesetz entspricht. So kommt Prof. Dr. Ridder in seiner Schrift „Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots“ zu dem Ergebnis, daß die KPD eine Programmatik und eine Tätigkeit entwickelt, „die sie bereits jetzt aus der Begründungsdecke des Verbotsurteils des Bundesverfassungsgerichts herausführt.“²⁾ Auf Grund seiner wissenschaftlichen Untersuchungen stellt Prof. Dr. Ridder fest, daß jedenfalls die heutige Politik der KPD von dem Verbotsurteil nicht mehr erfaßt wird, wobei er dahingestellt sein läßt, ob überhaupt die damalige Politik der KPD in den Ausführungen des Verbotsurteils richtig wiedergegeben ist. Auf Grund ähnlicher Untersuchungen kommt der Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht, Külz, zu dem Ergebnis, daß angesichts der „heutigen Gegenstandslosigkeit aller diesbezüglichen Ausführungen“ in dem Verbotsurteil dieses „bereits so gut wie auseinandergebrochen“³⁾ ist.

Gleichzeitig weisen bürgerliche Experten in bezug auf den Marxismus-Leninismus — wie zum Beispiel Prof. Dr. Ridder in der bereits zitierten Schrift — darauf hin, daß „bei näherer Betrachtung nicht einmal jedes Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus im Sinne der Beschreibung des

¹⁾ In seinem Buch „Politische Strafjustiz“, Luchterhand-Verlag GmbH, Neuwied—Berlin, 1965, S. 235

²⁾ Prof. Dr. Ridder, Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots, S. 38

³⁾ Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1966, S. 736

Bundesverfassungsgerichts ist⁴⁾ Bei dieser Diskussion zeigt sich immer deutlicher: Die damalige Interpretation des Marxismus-Leninismus in dem Verbotsurteil gegen die KPD war falsch; das Bundesverfassungsgericht hatte den Marxismus-Leninismus willkürlich ausgelegt.

Weil nun aber den Befürwortern des KPD-Verbots bei ihren anderen Argumenten die Felle immer mehr wegswimmen, berufen sie sich demagogisch auf diese Interpretation des Marxismus-Leninismus durch das Bundesverfassungsgericht.

Die Unhaltbarkeit der Begründung einer angeblichen Verfassungswidrigkeit der KPD unter Hinweis auf die Weltanschauung der KPD, den Marxismus-Leninismus, zeigt sich auch unter einem weiteren Gesichtspunkt. Artikel 5 GG garantiert ohne jeden Vorbehalt die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung. Artikel 3 GG verbietet jede Benachteiligung wegen politischer oder weltanschaulicher Anschauungen. Deshalb mußte auch das Bundesverfassungsgericht im Verbotsurteil feststellen, daß es unzulässig sei, die Theorie des Marxismus-Leninismus für verfassungswidrig zu erklären.⁵⁾ Das Bundesverfassungsgericht gelangte daher damals zur Erklärung der Verfassungswidrigkeit nur durch eine Kombination seiner falschen Interpretation des Marxismus-Leninismus mit der damaligen Politik der KPD. Sie wurde somit auf Grund einer falschen Interpretation der KPD-Politik für umstürzlerisch erklärt.

Heute können sich nicht einmal mehr die Befürworter des Verbots auf die Konstruktion des Bundesverfassungsgerichts berufen, da sie in den 10 Jahren nicht einen einzigen Beweis für die Behauptung erbringen konnten, die KPD handle verfassungswidrig. In Wahrheit hat das Verbot selbst mit seinen Folgen unaufhörlich die ver-

fassungsmäßige Ordnung zerstört. Übrig bleibt ihnen die Berufung auf eine zudem falsche Auslegung der Theorie des Marxismus-Leninismus. Und das ist ein Vorgehen, welches selbst nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wegen Verstoßes insbesondere gegen Artikel 5 GG verfassungswidrig ist. Hinzu kommt, daß führende Staatsrechtler nachgewiesen haben, daß die Politik der KPD verfassungsmäßig ist.

Abgesehen davon, daß heute nicht die Verwirklichung des Sozialismus auf der Tagesordnung steht, sondern die Sicherung des Friedens und die Verteidigung des Grundgesetzes gegen alle reaktionären Anschläge, ist auch das Bekenntnis zum Sozialismus nicht verfassungswidrig.

Entsprechend der Volkssouveränität als tragendem Verfassungsprinzip, liegt es ausschließlich in der Entscheidung des Volkes, unter welchen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen es leben will. Wie wenig sich das Grundgesetz in bezug auf eine bestimmte Gesellschaftsordnung festlegt, zeigt auch die Tatsache, daß der Artikel 15 GG die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum vorsieht.

Weil die KPD konsequent dafür eintritt, im Geiste des Grundgesetzes und zu seiner Verwirklichung den demokratischen und sozialen Rechtsstaat durch die Zurückdrängung der Macht der Monopole, durch die Demokratisierung von Staat und Wirtschaft, durch den Ausbau der Mitbestimmung zu verwirklichen, soll nach dem Willen der Reaktionäre in der großen Koalition das Verbot aufrechterhalten werden. Daß sie sich zur Begründung ausschließlich darauf berufen, daß die KPD am Marxismus-Leninismus festhalte, zeigt die ganze Schwäche ihrer heutigen Position.

Die Weltanschauung unseres Zeitalters

Der Marxismus-Leninismus ist der Inbegriff der modernen weltbewegenden Ideen des gesellschaftlichen Fortschritts. Jeder zweite Europäer

lebt in sozialistischen Ländern, deren Gegenwart und Zukunft auf der Grundlage dieser Ideen gestaltet wird. In den großen westeuropäischen kapitalistischen Ländern wirken starke marxistisch-leninistische Parteien für den gesellschaftlichen Fortschritt, für den Übergang zum Sozialismus.

⁴⁾ Prof. Dr. Ridder: „Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots“, S. 25

⁵⁾ KPD-Prozeß, Dokumentarwerk, 3. Bd., S. 614/15

Die KPD steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und fordert das verfassungsmäßige Recht, die Bevölkerung der Bundesrepublik in völliger Freiheit mit sozialistischem Ideengut bekanntzumachen. Wenn daher von einigen Regierungsmitgliedern und von der Leitung des Verfassungsschutzes der Gedanke der Neugründung einer kommunistischen Partei lanciert wird, die sich vom Marxismus-Leninismus lossagt, so ist das nur der Versuch, sich von dem Odium zu befreien, ein undemokratischer Staat zu sein, der den Kommunisten die freie politische Betätigung versagt. Es ist darüber hinaus der Versuch, eine solche Partei, die in Wahrheit gar keine kommunistische Partei wäre, gegen die DDR, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder auszuspielen. Eine solche Partei wäre eine Partei von

Regierungsgnaden, weil ihr bei Fortbestehen des KPD-Verbots, bei der geringsten Abweichung von dem regierungsamtlich vorgeschriebenen Kurs die Auflösung als Ersatzorganisation der verbotenen KPD und die Verhaftung ihrer Führer und Funktionäre drohen würde.

Auf der Tagesordnung steht daher die Aufhebung des KPD-Verbots. Nur auf diese Weise kann einer marxistisch-leninistischen Partei die freie Propagierung des Sozialismus und ihrer friedlichen demokratischen und sozialen Alternative zur Politik der Regierung Kiesinger/Strauß im Rahmen der geltenden Verfassungsordnung. Die Aufhebung des Verbotes wäre auch ein Beitrag zur Wiederherstellung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik.

50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen

VON OTTO STEIN

I

Wie werden sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gestalten? Wird der „30jährige kalte und heiße Krieg gegen die Sowjetunion“, wie Bundestagsvizepräsident Dehler es genannt hat, fortgesetzt werden? Wird der Geist der „Todfeindschaft“, den Adenauer proklamierte, triumphieren oder wird es den Kräften der Vernunft in unserem Lande gelingen, ein friedliches Zusammenleben mit dem großen Nachbarn im Osten zu erreichen? Das sind Fragen, die sich am Vorabend des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geradezu aufdrängen.

Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt betuern, ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion zu erstreben. Aber die Regierung der Großen Koalition fordert wie ihre Vorgängerinnen die Wiederherstellung der Grenzen von 1937, sie erhebt Anspruch auf polnisches und auch auf sowjetisches Territorium. Sie fordert die Liquidie-

rung der DDR, die mit der Sowjetunion fest verbündet ist.

Wie ihre Vorgängerinnen begründet die Kiesinger-Strauß-Regierung die forcierte Aufrüstung mit einer „sowjetischen Bedrohung“. Aber nicht die Sowjetunion erhebt Gebietsansprüche und lehnt die Anerkennung der bestehenden Grenzen ab, sondern die Bundesregierung. Niemals hat die Sowjetunion in den fünf Jahrzehnten ihres Bestehens Deutschland angegriffen. Wohl aber wurde sie mehrmals Opfer der Todfeindschaft und Expansionslust der reaktionärsten Kräfte des deutschen Großkapitals.

Von Anfang an haben die reaktionärsten Kreise des Großkapitals die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf das schwerste belastet. Als mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 Rußland aus dem ersten Weltkrieg ausschied, war die große Chance gegeben, das deutsch-russische Verhältnis auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, einen Schlußstrich unter den Krieg zu ziehen

und in guter Nachbarschaft zusammenzuleben. Aber das deutsche Großkapital und seine kaiserliche Regierung dachten gar nicht daran. Die militärische Schwäche der jungen Sowjetmacht ausnutzend, diktierten sie 1918 den Vertrag von Brest-Litowsk, der unter anderem vorsah: Die Abtrennung Litauens, Kurlands, polnischer Gebiete und einiger Gebiete im Kaukasus, den Abzug der sowjetischen Truppen aus Estland, Finnland, Livland und der Ukraine, und die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in den von den kaiserlich-deutschen Armeen eroberten Gebieten. Durch das Brester Diktat wurden Sowjetrußland rund ein Drittel der Bevölkerung, ein Viertel der Industrie, die reichsten Getreidegebiete, fast alle Ölquellen und etwa 80 Prozent seiner Produktion an Kohle und Eisen geraubt. Damit nicht genug, unterstützte der deutsche Imperialismus unter Verletzung des Brester Vertrages die Konterrevolution im Kampf gegen die Sowjetmacht. Bis an den Don und in den Kaukasus drang die kaiserlich-deutsche Armee vor. Sie okkupierte die restlichen Gebiete des Baltikums und half den finnischen Konterrevolutionären, die im Süden Finnlands entstandene Sowjetmacht zu zerschlagen. So sahen die ersten „Beziehungen“ aus, die der deutsche Imperialismus zur jungen Sowjetmacht herstellte.

Die deutsche Arbeiterklasse hingegen, war durch enge Bande der Solidarität mit den Arbeitern Rußlands verknüpft. Sie hatte die Oktoberrevolution heiß als Sendboten des Friedens und des Fortschritts begrüßt und durch machtvolle Demonstrationen einen Waffenstillstand mit der jungen Sowjetmacht erzwungen. Die großen Januar-Streiks des Jahres 1918 für einen sofortigen demokratischen Frieden mit Sowjetrußland; die Meute-

reien und Aufstände der Arbeiter und Bauern in Uniform gegen Krieg und Intervention im Osten; die deutsche Novemberrevolution selbst, die es der Sowjetmacht erleichterte, den Brester Raubfrieden zu annullieren und Bjelorußland und die Ukraine zu befreien; die vielfältigen Aktionen unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland“ — dies alles hat wesentlich dazu beigetragen, die Aggressionslust des deutschen Imperialismus gegen die junge Sowjetmacht zu bändigen.

Im Geiste der Traditionen der deutschen Linken stand dabei die KPD, die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, vom ersten Tage ihrer Gründung an fest an der Seite der Sowjetmacht und der Partei Lenins. Hatte der deutsche Imperialismus seinen ersten Feldzug gegen die junge Sowjetmacht unter der Flagge des Kaiserreichs geführt, so führte er den zweiten, den Baltikum-Krieg der berüchtigten Freikorps, gestützt auf den Antikommunismus sozialdemokratischer Führer wie Ebert und Scheidemann, im Namen der Republik. Der Gründungsparteitag der KPD brandmarkte entschieden die antisowjetische Intervention der Regierung Ebert-Scheidemann und charakterisierte „das Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten“ als „einen niederträchtigen Verrat an den russischen Proletariern und an der russischen Revolution“.

Dieser Kampf der revolutionären deutschen Arbeiter und Soldaten bewirkte, daß der durch Niederlage und Revolution schwer erschütterte deutsche Imperialismus seinen Interventionskurs gegen die Sowjetmacht aufgeben mußte. Auf der Tagesordnung einer nationalen deutschen Außenpolitik stand die friedliche Koexistenz mit dem großen Nachbarn im Osten.

II

Trotz Brester Diktat und Baltikum-Krieg war es die junge Sowjetmacht, die als einzige auf Seiten Deutschlands stand und das Diktat von Versailles entschieden verurteilte. Obwohl die Regierung Ebert-Scheidemann das Angebot Lenins, dem hungernden deutschen Volk Brotgetreide zu liefern, mit der Intervention im

Baltikum beantwortet hatte, bot die junge Sowjetmacht erneut Deutschland die Hand zur Verständigung. Als die Westmächte im April 1922 auf der Europäischen Wirtschaftskonferenz in Genua weiter an ihrer Politik der Isolierung und Ausplünderung Deutschlands festhielten schlug die Regierung Wirth/Rathenau in die Freundeshand

ein. Der in Rapallo, einem Vorort Genuas, unterzeichnete Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland, legte die volle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen sowie die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel im gegenseitigen Handel fest und zog einen Schlußstrich unter den Krieg. Dieser Vertrag, den Reichskanzler Wirth ein „ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk“ nannte, war das praktische Beispiel friedlicher Koexistenz zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Staat. Der „Geist von Rapallo“, der von Bonn bei jeder sich bietenden Gelegenheit bekämpft wird, wurde zum Inbegriff des friedlichen Zusammenlebens des deutschen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion.

Die deutsche Arbeiterklasse hatte den Vertrag in vielen machtvollen Kundgebungen als Beginn einer neuen Politik gegenüber Sowjetrußland begrüßt und gefordert, ihn auch mit Leben zu erfüllen. Rechte Führer der SPD wie Friedrich Ebert äußerten Bedenken, das US-Kapital würde darauf mit der Einschränkung oder gar Einstellung der Unterstützung für die deutschen Kapitalisten antworten. Die reaktionärsten Kreise der Schwerindustrie aber und die Großagrarien machten offen Front gegen den Vertrag. Sie brannten auf blutige Abrechnung mit dem ersten sozialistischen Staat, dessen Existenz allein auf die Arbeiterklasse anderer Länder revolutionie-

rend wirkte. Ihr Feldzug gegen den „Geist von Rapallo“ begann mit der Ermordung des Unterzeichners des Vertrages, des Außenministers Rathenau, durch die faschistische Organisation Consul.

Reichskanzler Wirth war bei dem Vertragsabschluß von dem Grundsatz ausgegangen, daß sich Deutschland und Rußland stets dann einer gesicherten nationalen Existenz erfreuten, wenn sie sich nicht feindlich gegenüberstanden. Diesem Grundsatz blieb er während der Weimarer Republik und auch nach 1945 in Westdeutschland bis zu seinem Tode treu. Aber schon 1925 kam ein Teil der deutschen Großbourgeoisie mit dem Abschluß des Locarno-Paktes dem Wunsch der Westmächte entgegen, eine gemeinsame antisowjetische Front der kapitalistischen Staaten zustande zu bringen und Deutschland gegen den Osten zu lenken. Das widersprach offensichtlich dem Geist von Rapallo. In ihrem Bemühen um gute Beziehungen mit Deutschland erreichte jedoch die Sowjetregierung, daß bereits ein halbes Jahr später, am 24. April 1926, zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein weiterer Vertrag abgeschlossen wurde, der den Vertrag von Rapallo als Grundlage der Beziehungen zwischen beiden Staaten bestätigte, den antisowjetischen Charakter des Locarno-Paktes abschwächte und die Beteiligung Deutschlands an antisowjetischen Blockbildungen erschwerte.

III

Welche wirtschaftliche Bedeutung ein vernünftiges Verhältnis zur Sowjetunion hat, zeigte sich recht bald in vollem Ausmaße. Hatte in den zwanziger Jahren die damals gewiß nicht reiche Sowjetunion den Arbeitern an der Ruhr und in Hamburg Brotgetreide geliefert, so bot Anfang der dreißiger Jahre, inmitten der großen Weltwirtschaftskrise, die inzwischen wirtschaftlich rasch erstarkte Sowjetunion der deutschen Wirtschaft Aufträge und damit den deutschen Arbeitern die Rettung vieler Arbeitsplätze an. Die Überlegenheit der von Wirtschaftskrisen freien sozialistischen Planwirtschaft wurde offenkundig. Innerhalb von zwei bis drei Jahren

kaufte die Sowjetunion Waren im Werte von rund zwei Milliarden Mark, hielt dadurch einen Großteil der Ruhrindustrie in Gang und sicherte Hunderttausenden deutscher Arbeiter und Ingenieure die Arbeitsplätze.

Vielen erschien die Sowjetunion nun in neuem Licht. Der Einfluß der KPD, die stets für freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion eingetreten war, wuchs. Die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals aber griffen zur faschistischen Diktatur. Die gleichen Kräfte, von Flick bis Krupp und Abs, die heute wie damals eine „Gefahr aus dem Osten“ an die Wand malen, glaubten, die Zeit zur Vernichtung des ersten sozialistischen Staates sei gekommen.

Statt zum Wohle unseres Volkes die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu verstärken, machten sie den aggressiven

Antikommunismus zur Staatsdoktrin, träumten sie von einer „Kolonialisierung und Germanisierung Rußlands“ und überfielen 1941 die Sowjetunion.

IV

Die Westmächte, insbesondere England und Frankreich, hatten ursprünglich versucht, die Aggressivität des deutschen Imperialismus durch Zugeständnisse wie die Preisgabe der Tschechoslowakei im Münchener Abkommen 1938 ausschließlich gegen die Sowjetunion zu lenken und eine Einheitsfront der imperialistischen Mächte zur Vernichtung der Sowjetunion zustande zu bringen. Das scheiterte jedoch an den Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus, der sich zunächst gegen die schwächeren Westmächte und deren Verbündete wandte, um dann, gestützt auf das Wirtschaft- und Menschenpotential ganz Mittel- und Westeuropas, zum Schlag gegen die Sowjetunion auszuholen. Es scheiterte an der klugen Politik der Sowjetunion, die, nachdem all ihre Bemühungen um europäische kollektive Sicherheit und gemeinsamen Widerstand gegen die faschistischen Mächte durch England und Frankreich hintertrieben wurden, durch das Eingehen auf Nichtangriffsverträge mit Deutschland und Japan eine antisowjetische Einheitsfront der imperialistischen Mächte verhinderte.

Der nach 1945 immer wieder aufgewärmten Lüge Hitlers und der Goebbels-Propaganda, Deutschland habe einem Angriff der Sowjetunion zuvorkommen müssen, ist selbst der antikommunistische Historiker, Professor Ritter, mit der Feststellung entgegengetreten:

„Es sollte endlich Schluß gemacht werden mit der nationalsozialistischen Legende, der Krieg gegen Rußland sei

ein Präventivkrieg, sei Abwehr eines schon vorbereiteten Angriffs gewesen. Es steht heute fest, daß er von Hitler schon im November 1939 erwogen und angekündigt, schon im Hochsommer 1940 geplant, seit August 1940 durch Truppenverschiebungen vorbereitet war ... Sicher ist nur zweierlei: Erstens, daß der russische Krieg ein verbrecherisches Abenteuer war und zweitens, daß ihn Hitler nicht aus Furcht vor Stalin geführt hat, sondern als reinen Eroberungskrieg. Es war nicht ein Kampf zum Schutz Europas, sondern zur Beherrschung des ganzen Kontinents.“¹⁾

Der verstorbene stellvertretende Vorsitzende der SPD, Fritz Erler, schrieb 1947:

„Die Sowjetunion war den kapitalistischen Petroleumkönigen vom Schlage Deterding und ihren politischen Werkzeugen von jeher ein Dorn im Auge. Erst recht war sie es den faschistischen Staaten Deutschland, Italien und Japan. Ein friedliches Deutschland hatte von ihr nichts zu fürchten.“²⁾

Das Jahr 1945 brachte den Schlußstrich unter die blutige Bilanz, die der deutsche Imperialismus mit seiner Aggressivität und seinem Antikommunismus heraufbeschworen hatte. Die überfallene Sowjetunion war zum hauptsächlichen Befreier der Völker Europas und auch des deutschen Volkes vom Faschismus geworden. Zu ihr insbesondere galt es ein neues Verhältnis herzustellen, um künftiges Unheil zu verhindern.

V

Im Osten Deutschlands, in der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR, wurden die notwendigen Lehren aus der Geschichte gezogen. Die am Kriege Schuldigen, Großkapital und Militarismus, wurden entmachtet und die traditionelle Freundschaft der Arbeiterbewegung Deutschlands und der Sowjetunion zu einem

festen Bruderbund zwischen beiden Staaten, der Sowjetunion und der DDR, weiterentwickelt.

¹⁾ Professor Gerhard Ritter in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Juni 1951.

²⁾ Fritz Erler: „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“, Neckar-Verlag Schweningen/Neckar, 1947, Seite 45/46.

In den Westzonen Deutschlands hingegen und dann in der Bundesrepublik konnte das Großkapital mit Hilfe der Westmächte und gestützt auf die Spaltung der Arbeiterklasse durch den antikommunistischen Kurs der rechten sozialdemokratischen Führer seine Macht unter Bruch des Potsdamer Abkommens wiederherstellen und den Antikommunismus erneut zur Staatsdoktrin machen.

Die Spaltung Deutschlands durch Gründung der Bundesrepublik, deren Remilitarisierung und Einbeziehung in die NATO entsprachen den Interessen sowohl des amerikanischen als auch des deutschen Großkapitals. Die Einen wollten die Bundesrepublik zu ihrem Stoßdegen gegen die Sowjetunion machen, die anderen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren. Die antisowjetischen Kreuzzüge des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und Hitler-Deutschlands waren gescheitert, es wurde Kurs auf einen neuen Krieg genommen.

Treffend charakterisierte 1959 der jetzige Bundesjustizminister Dr. Heinemann den Bonner Kurs:

„Die Sowjetunion sollte zur Räumdung Deutschlands gezwungen werden, um damit Platz für eine Ausdehnung alles dessen zu schaffen, was sich unter Dr. Adenauer in schmählicher Verleugnung des Ahlener Programms von 1947 an wiederbelebter alter Gesellschaftsordnung in Westdeutschland entwickelte. Den Weg dorthin sollte die engste Anlehnung an den ‚stärksten Bundesgenossen aller Zeiten‘, die USA, bahnen. Diese enge Anlehnung an Amerika wurde als Voraussetzung für ein Auftreten gegenüber dem Osten aus einer ‚Position der Stärke‘, für eine ‚Befreiung der besetzten deutschen Gebiete‘, ja sogar ... für eine Neuordnung der ‚Verhältnisse in Osteuropa‘ propagiert. Deshalb das ‚Nie-mals mit Pankow reden!‘ ... Deshalb die Hallstein-Doktrin ... Deshalb die hochfahrende Zurückweisung des ersten sowjetischen Vorschlages für

einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vom März 1952 u. a. durch Dr. Adenauers Äußerung, daß die Sowjetunion noch mehr in die Defensive hineingedrängt werden müsse (Bulletin 1952, S. 353) und daß es einen Wettlauf mit der sowjet-russischen Atomrüstung zu veranstalten gelte (Bulletin 1953, S. 68).“⁹⁾

Ein Blick auf die Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung — auf Alleinvertretungsanmaßung, Nichtanerkennung der DDR, Widerstand gegen einen Atomwaffensperrvertrag, Anspruch auf die DDR und die Grenzen von 1937 — genügt, um zu erkennen, daß sie den unter Adenauer begonnenen verhängnisvollen antisowjetischen Kurs der Bundesrepublik weiterführt, durch den Militarismus und Neonazismus weiteren Auftrieb erhalten.

Die vergangenen fünf Jahrzehnte vermitteln für jeden, der sehen und hören will, die einfache Lehre, daß Antikommunismus, daß Feindschaft und Krieg gegen die Sowjetunion unserem Land nur unermeßlichen Schaden gebracht und ganz Europa in schwerste Mitleidenschaft gezogen haben. Freundschaft und Zusammenarbeit jedoch, wie in der Periode von Rapallo, beiden Ländern zum Nutzen und ganz Europa zum Frieden gereichen. Daran anzuknüpfen, eine Politik der friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion durchzusetzen, das ist die Alternative der Kräfte der Vernunft zum Bonner Kurs.

Eine Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber der Sowjetunion, wie sie die KPD immer wieder fordert, würde den Weg frei machen zu einer Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Wohle beider Länder, ja wäre ein entscheidender Beitrag zu ganz Europas Frieden und Sicherheit.

⁹⁾ Heinemann: „Verfehlte Deutschland-Politik — Irreführung und Selbsttäuschung“, Stimme-Verlag Frankfurt am Main, 1966, S. 141.

Achtung!

Eine Sendung **KPD** bringt der Deutsche Fernsehfunk alle von und mit der **14 Tage** montags von 18.30 bis 18.40 Uhr

Neue Sendezeiten

Nicht staatsmonopolistische sondern demokratische Planifikation

VON ALFRED LEMMNITZ

In den letzten Jahren ist in Westdeutschland nicht nur die Diskussion über die Möglichkeit einer volkswirtschaftlichen Planung in Gang gekommen, sondern die Bonner Regierung ist sogar selber dabei, eine straffere Regulierung der staatsmonopolkapitalistisch beherrschten Volkswirtschaft in die Wege zu leiten. Dies geschieht, obwohl noch vor kurzem alles, was in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien, Italien und in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern in Form der Planifikation, der Programmierung oder als sogenannter Rahmenplan praktiziert wird — ganz zu schweigen von der Planwirtschaft der sozialistischen Länder — bei der Bonner Regierung als Tabu galt.

Die Änderung in der Bonner Haltung zur Planung wird durch die objektiven Erfordernisse der Entwicklung erzwungen, deren Nichtbeachtung in Verbindung mit der revanchistischen und auf uningeschränkte Profiterhöhung orientierten Politik der Monopolherren zur Zuspitzung der ökonomischen, politischen und sozialen Widersprüche in Westdeutschland führte. Das Monopol- und Finanzkapital konnte schon in der Vergangenheit seine imperialistische Expansions- und Aggressionspolitik nur mit Hilfe des von ihm beherrschten Staates verwirklichen. Das Neue besteht jedoch darin, daß im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß nur noch mit Hilfe einer unmittelbaren ökonomischen Tätigkeit des Staates funktionieren kann. Das ist das Ergebnis sowohl der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die Vergesellschaftung der Produktion über die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechenden Grenzen hinaustreibt, als auch der schnell wachsenden Konzentration der Produktion und des Kapitals und der damit verbundenen Veränderungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Nunmehr wirkt sich planlos, nur mit einzelnen, nicht miteinander abgestimmten Maßnahmen der staatsmono-

polistischen Regulierung betriebene Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in Disproportionen und Strukturkrisen mit hohen volkswirtschaftlichen Verlusten aus, die mit hohen zusätzlichen staatlichen Ausgaben gedeckt werden müssen, da eine Anzahl Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands begünstigten, aufgehört haben zu wirken, und infolgedessen die Wachstumsrate der Produktion gesunken ist. Eine bedrohliche inflationistische Entwicklung, der unausgeglichene Haushalt und die Verschlechterung der Zahlungsbilanz erhöhen Labilität und Unsicherheit der Wirtschaft. All dies wird verschärft durch den Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt und den Wettbewerb mit den sozialistischen Ländern. Hier liegen die objektiven Ursachen für die Diskussion und die Tendenz, nicht nur einzelne staatsmonopolistische Regulierungsmaßnahmen, sondern ein ganzes System solcher Maßnahmen anzuwenden, was einer staatsmonopolistischen Programmierung gleichkommt — wenn auch dieser Ausdruck noch vermieden wird.

Dieser Entwicklung können die Arbeiterklasse und die anderen nicht-monopolistischen Schichten nicht mit verschränkten Armen zusehen. Mit Recht heißt es daher im Grundsatzprogramm des DGB: „Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein. Von wirtschaftlichen Entscheidungen werden insbesondere die Arbeitnehmer betroffen. Deshalb müssen sie und ihre Gewerkschaften gleichberechtigt an der Gestaltung der Wirtschaft beteiligt werden.“ Dazu genügt aber nicht das im Betriebsverfassungsgesetz festgelegte außerordentlich begrenzte betriebliche Mitbestimmungsrecht. Das für die Montanindustrie geltende qualifizierte Mitbestimmungsrecht muß auf alle Industriezweige ausgedehnt und die Geheimhaltungs-

„Das neue Grundsatzprogramm des DGB“.

bestimmungen — die den Betriebsräten, den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten und den Arbeitsdirektoren verbieten, sich bei Entscheidungen der Betriebs- und Konzernleitungen unmittelbar an die Belegschaft zu

wenden — müssen aufgehoben werden. Gleichzeitig muß das paritätische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf alle wirtschaftlichen Entscheidungen ausgedehnt werden.

Strukturkrise als Folge staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik

An der seit Jahren währenden Krise des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, die sich zu einer Strukturkrise des Ruhrgebiets ausgewachsen hat, sind deutlich einige Wesenszüge der Bonner Wirtschaftspolitik und ihrer Regulierungsmaßnahmen erkennbar. Sie hat nicht nur dazu geführt, daß seit 1957 mehr als 230 000 Arbeiter und Angestellte des Steinkohlenbergbaus den Arbeitsplatz und in den meisten Fällen auch den Beruf verloren haben, sondern daß auch Tausende von Händlern und Gewerbetreibenden, die von den Ausgaben der Bergarbeiter leben, in Notlage geraten sind, und daß Städte und Gemeinden durch den Steuerausfall in große Schwierigkeiten gerieten.

Der Strukturwandel der Energiewirtschaft hat seine Wurzeln zwar in der wissenschaftlich-technischen Revolution, aber zur Krise hat er sich erst durch eine der imperialistischen Aggressions- und Revanchepolitik des westdeutschen Monopol- und Finanzkapitals untergeordnete Energiepolitik ausgewachsen. Am 29. März 1963 wurde von der Bonner Regierung das „Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau“ beschlossen. Bei der Begründung der Vorlage erklärte Erhard, daß mit Mitteln aus der Staatskasse, „ein Anreiz für das Ausscheiden schlechter Schachtanlagen gesetzt werden soll“.²

Zu den „schlechten Schachtanlagen“ gehörte die Zeche „Graf Bismarck“, die eine der größten, modernsten und rentabelsten Zechen des westdeutschen Bergbaus ist, für die allein 230 Millionen DM zur Modernisierung ausgegeben worden waren. „Graf Bis-

marck“ gehört zum Konzern der Deutschen Erdöl AG (DEA), deren Aktien vor kurzem zu 90 Prozent in den Besitz der amerikanischen Texas Oil Corp. (Texaco) übergegangen sind. Die Bonner Regierung hat dagegen keinen Einspruch erhoben, obwohl sie die Möglichkeit dazu hatte und von der Öffentlichkeit dazu aufgefordert worden war. Auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung des Steinkohlenbergbaus erhielt jedoch der DEA-Konzern 75 Millionen DM Stilllegungspremie für die Zeche „Graf Bismarck“, dazu vereinnahmte der Konzern 40 Millionen DM für die Veräußerung der Kohlenquote und 35 Millionen DM für den Verkauf von Grundstücken, Maschinen, Gebäuden und Einrichtungen.³ Insgesamt erhielten die Kohlenkonzerne auf Grund des Rationalisierungsgesetzes nach offiziellen Angaben für die Stilllegungen 1,5 Milliarden DM an Subventionen aus Staatsmitteln.

Hier haben wir ein illustratives Beispiel westdeutscher staatsmonopolistischer Regulierung. Die wissenschaftlich-technische Revolution machte Rationalisierungsmaßnahmen im Bergbau erforderlich. Da jedoch gleichzeitig der Heizölverbrauch gesteigert wurde, wirkte sich dies in Richtung einer Zurückdrängung der Kohle aus. Um diese widersprüchlichen Tendenzen zu meistern, wäre eine vorausschauende Energiepolitik notwendig gewesen. Den Schaden, der durch das Fehlen einer solchen Politik verursacht wurde, trug nicht etwa das Monopolkapital. Die Zechenbelegschaft mußte ihn tragen: sie verminderte sich in acht Jahren von 607 589 auf 377 547 Mann.

Haushalt — Brennpunkt der Widersprüche

Die Diskussion um die Einführung einer „mittelfristigen Wirtschaftspolitik“ der Bonner Regierung ging zunächst um eine „mittelfristige Vorausschau“ der Entwicklung des Staatshaushalts. So wird das Anwachsen des „mittelfristigen“ Finanzbedarfs des

Bundes von 67,1 Milliarden DM 1966 auf 84,8 Milliarden DM im Jahre 1970

² Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, Stenografische Berichte, Bd. 52, Bonn 1963, S. 3272

³ „Die Andere Zeitung“ vom 17. März 1966

geschätzt, das der Bundesländer von 60,1 Milliarden DM auf 81,5 Milliarden DM. Bei Annahme eines jährlichen Wachstums der Steuereinnahmen von 4 bis 5 Prozent ergibt sich ein Defizit der Länder von 12 Milliarden DM 1967 und 14 Milliarden DM 1970, beim Bund zwischen 5 und 7 Milliarden DM.⁴

Die Achse der Vorausschau ist die Proportion zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Wachstum der Haushaltsausgaben. Es galt als Axiom, daß die Haushaltsausgaben nicht schneller wachsen dürfen als die Produktion. Dieses Axiom ist schon längst durchbrochen. Offenbar verschärfen sich die ökonomischen und politischen Widersprüche jedoch schneller als es der Bourgeoisie gelingt, sich über konkrete Maßnahmen zur Realisierung ihrer „mittelfristigen Wirtschaftspolitik“ zu einigen und sie durchzusetzen.

Das Handelsdefizit und der Streit um seine Beseitigung sind aber nur der Reflex des Widerspruchs zwischen den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution an die Akkumulation des Kapitals und den wachsenden Forderungen der Rüstung an das Sozialprodukt. Das Haushaltsdefizit kann ohne Schaden für das Volk nur gedeckt werden, wenn eine grundsätzliche Wendung in der Gesamtpolitik zur Politik der Abrüstung und Verstärkung erfolgt. Die herrschenden Kräfte der Monopolbourgeoisie denken aber nicht daran, diese Wendung zu vollziehen. Die Erhöhung der Akkumulationsrate soll durch Lohnstopp, Arbeitszeiterhöhung, Beseitigung des „sozialen Klimbims“, d. h. der durch die Arbeiter erkämpften, nicht tariflich

gebundenen betrieblichen Lohnzuschläge, Zuschüsse zu Renten, Werkwohnungen usw. erreicht werden.

Die herrschenden Kräfte des Monopolkapitals und ihre Regierung in Bonn wissen — unbeschadet der Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Einzelfrage — sehr wohl, wie, für wen, mit welchem Ziel sie ein System staatlicher Regulierungs- und Programmierungsmaßnahmen durchführen wollen. Die Gewerkschaften, ihre aktiven, im Interesse der Arbeiterklasse kämpfenden Funktionäre und Mitglieder wissen, daß es eine solche monopolkapitalistische Programmierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu verhindern und eine demokratische Regulierung und Planung im Interesse der Werktätigen zu erreichen gilt.

Das Hauptinstrument der staatsmonopolistischen Programmierung ist der Staat. Er war auch schon das Hauptinstrument der staatsmonopolistischen Regulierung. Über den Inhalt der Planung bestimmt, wer die Macht im Staat ausübt.

Die Frage, vor der die westdeutschen Arbeiter und die Intelligenz als einer der wichtigsten Bundesgenossen der Arbeiterklasse stehen, ist also nicht, ob sie sich für eine ideologische oder eine unideologische Planung einsetzen sollen, sondern welche ökonomischen und politischen Bedingungen erfüllt werden müssen, um in Westdeutschland eine Planung der Wirtschaft und der Entwicklung der Gesellschaft zu verwirklichen, die, wie es Nicolaus Sombart und seine Mitautoren wünschen, wirksam, demokratisch und friedlich ist.

Eine demokratische Planung ist notwendig

Die westdeutsche Wirklichkeit demonstriert einprägsam, was es mit der staatsmonopolistischen Regulierung auf sich hat. Es wird auch deutlich, daß die vom Monopolkapital in Aussicht genommene Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft und die dementsprechenden Programmierungsmaßnahmen nicht durch Propagierung einer unideologischen, pragmatischen liberalen Planung verhindert werden

können. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen Westdeutschlands ist diese Art von Planung nicht nur eine hoffnungslose Utopie, sondern sie kann mit ihrer antikommunistischen Tendenz direkt zu einer ideologischen Hilfe für die Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung zur staatsmonopolistischen Programmierung der Militarisierung der Wirtschaft und Gesellschaft werden, wie sie im „Stabilisierungsgesetz“ und in den „Wirtschafts-

⁴ „Industriekurier“ vom 23. Juli 1966

sicherstellungsgesetzen“ eindeutig niedergelegt ist.

Die Großindustriellen und Bankiers verfügen, wie wir feststellen konnten, nicht nur über das gewaltige Kapital und die Profite der Konzerne, sondern ebenso über die riesigen öffentlichen Mittel, wenn sie auch von ihnen selbst als Mittel der Allgemeinheit bezeichnet werden. Die antinationalen, konzernhörigen Regierungen schancen sie ihnen unter gleichzeitigen Drohungen gegen das Volk zu. Es geht deshalb jetzt darum, den Mißbrauch dieser Mittel, ebenso den Mißbrauch der Wirtschafts- und Steuergesetzgebung und der Staatsbetriebe für die Militarisierung und Kriegsvorbereitung, für die Verstärkung der Macht der Konzerne und die Erhöhung ihrer Profite unmöglich zu machen, ihre Macht vielmehr zu beschränken und zurückzudrängen.

Es handelt sich hierbei um eine wirkliche und wirksame demokratische Maßnahme als Grundlage einer demokratischen Planung der Wirtschaft und der Entwicklung der Gesellschaft. „Die große Frage, sozusagen die Gretchenfrage“, schreibt der Gewerkschafter Fritz Vilmar, einer der Autoren der „Modelle“, „ist nun natürlich, mit welchen (Druck-)Mitteln die Planungsziele des Nationalbudgets angestrebt und verwirklicht (etwa gar: erzwungen) werden sollen.“⁵ Das ist tatsächlich die entscheidende Frage. Es ist die Frage nach der ökonomischen und politischen Macht demokratischer Kräfte.

Um die demokratischen Planungsziele durchsetzen zu können, ist „ein System der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Mitbestimmung“⁶ unumgänglich. Unter dem Begriff der Wirtschaftskontrolle versteht Fritz Vilmar „eine bestimmte Überwachung oder Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel (indirekte Kontrolle), bis hin zu deren Aufhebung (direkte Kontrolle: Gemeinwirtschaft)“⁷ „Mitbestimmung im strengen Sinne bedeutet Machtgleichgewicht der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite bei der Durchsetzung von Entscheidungen.“⁸ Das heißt: „... effektive Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im be-

trieblichen Alltag, an den Entscheidungen der Unternehmensleitung und auch bei der Planung und Gestaltung der regionalen und volkswirtschaftlichen Gesamtordnung.“⁹

Die gesellschaftlichen Grundlagen der demokratischen Planung sind demnach: Effektive Mitbestimmung und Mitentscheidung der Arbeiter und der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz in Fragen der Volkswirtschaft und der Entwicklung der Gesellschaft. Das betrifft vor allem die Fragen der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Rationalisierung und Modernisierung der Produktion und der darauf beruhenden Investitionen. Das betrifft weiter die Verfügung über die staatlichen Mittel: Staatsfinanzen, Staatshaushalt, Wirtschafts- und Steuergesetzgebung, Staatseigentum, Staatskredit. Das betrifft schließlich die Ausarbeitung und Verwirklichung eines langfristigen Plans der ökonomischen, technischen, sozialen und kulturellen Entwicklung.

Der westdeutsche Staat verfügt heute zwar schon über ein umfangreiches Eigentum an Werken, Fabriken, Gruben, Energieerzeugung und -verteilung, Verkehrsmitteln, aber es müßte in einen demokratischen Sektor der Wirtschaft umgewandelt werden, damit es zusammen mit den nicht-staatlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ein wesentlicher Faktor für eine planmäßige Entwicklung der gesamten Wirtschaft werden könnte. Der Staatshaushalt, der die Hälfte des Nationaleinkommens umfaßt und umverteilt, und die Wirtschafts- und Steuergesetzgebung können unter demokratischen Bedingungen ökonomische und administrative Hebel sein, die Konzerne zum Handeln entsprechend der demokratischen Wirtschaftsplanung zu zwingen. Das könnte verstärkt möglich sein, wenn die staatlichen Zuwendungen für Investitionen,

⁵ Fritz Vilmar, „Neuordnung der Wirtschaft — Das Konzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Deutschland ohne Konzeption?“, S. 338

⁶ Ebenda, S. 340

⁷ Ebenda, S. 341

⁸ Ebenda, S. 346

⁹ Ebenda, S. 345

für Export- und Wissenschaftsförderung an privatkapitalistische Großunternehmer mit staatlichen, der Allgemeinheit dienenden Auflagen verbunden würden. Die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeiter und der Intelligenz in den Konzern- und Betriebsleitungen würde es ihnen ermöglichen, darüber zu wachen, daß nicht nur die personellen und sozialen Festlegungen eingehalten werden, sondern auch die staatlichen Festlegungen, die die wissenschaftlich-technische Revolution und die Investitionen betreffen.

Ein auf solchen gesellschaftlichen Grundlagen beruhender demokrati-

scher Wirtschaftsplan würde auch dem militaristischen und imperialistischen Mißbrauch der ökonomischen Macht durch das Monopol- und Finanzkapital entgegenstehen und friedliche Beziehungen zu allen Ländern fördern. Er würde einen stetigen Wirtschaftsaufschwung, gesicherte Arbeitsplätze und die demokratische Bewältigung der technischen Revolution ermöglichen und Voraussetzungen für eine ständige Verbesserung der materiellen, sozialen und kulturellen Lebenslage der gesamten Bevölkerung schaffen

(Stark gekürzt aus „Einheit“, Nr. 12 1966)

Einige Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung in der kapitalistischen Welt*)

von J. KOTKOWSKI

I.

Worin bestehen in allgemeinen Zügen die Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung der nichtsozialistischen Welt in der gegenwärtigen Etappe?

Für die Nachkriegsperiode beträgt die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion aller nichtsozialistischen Länder insgesamt 5,9 Prozent (gegenüber 3,8 Prozent für die Periode zwischen den beiden Weltkriegen). Das Volumen des kapitalistischen Weltmarktes ist trotz der Einengung des kapitalistischen Territoriums gewachsen. Bestimmend waren hierfür die Integrationsprozesse in Westeuropa, die zunehmende Investitionstätigkeit der führenden Staaten, der technische Fortschritt in der Produktion, die Produktion neuer Erzeugnisse, die wachsenden Rüstungsaufträge sowie einige andere Prozesse. Stimulierend wirkten auch die neuen Märkte der Entwicklungsländer, ihre Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung sowie der Ausbau des Handels zwischen den nichtsozialistischen und den sozialistischen Ländern.

Die Erweiterung des Marktes vermochte aber nicht einen der wichtig-

sten antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus auf internationaler Ebene — den Widerspruch zwischen den imperialistischen Mächten — zu beseitigen. Auch die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und den wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern vertieften sich.

Charakteristisch für die industriell entwickelten kapitalistischen Länder ist vor allem die Veränderung der Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt, die aus der ungleichmäßigen Entwicklung resultiert. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Verdrängung der englischen Monopole aus führenden Positionen. In der Periode der Umwandlung des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus wurde in der englischen Industrie pro Kopf der Bevölkerung doppelt soviel produziert wie in den USA und viermal soviel wie in Deutschland. Zu Beginn des 20. Jh. wurde Großbritannien von den USA überholt und jetzt auch von Westdeutschland. Auch Japan und Kanada rücken rasch auf. Setzen wir die durchschnittliche Pro-Kopf-Produktion in den USA gleich 1, so liegt Kanada bei 0,8; Westdeutschland bei 0,7; Großbritannien bei 0,65; Frankreich bei 0,4; Italien bei 0,33 und Japan bei 0,25.

*) Aus: „Internationales Leben“, 1966, Heft 10. Auszug d. Red.

Auf diese sieben Länder entfallen 80 Prozent der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt, wobei der Produktionsumfang von sechs Ländern zusammengekommen drei Viertel des der USA ausmacht (Westdeutschland 20 Prozent, Großbritannien 18 Prozent, Japan 12 Prozent, Frankreich 10 Prozent, Italien 9 Prozent und Kanada 8 Prozent). Somit bilden die USA und

die sechs genannten Länder das Hauptfeld des Konkurrenzkampfes und bestimmen seine Richtungen. Kennzeichnend für diesen Konkurrenzkampf sind einerseits ein verhältnismäßig gleichartiges technisches Niveau der Produktion und andererseits ein unterschiedliches industrielles Potential der einzelnen Länder.

II.

Während die wachsende Konkurrenzfähigkeit dieser Länder auf gleichen Quellen beruht (Einführung von Wissenschaft und Technik in die Produktion¹⁾ und Intensivierung der Arbeitsorganisation, sind die Methoden des Konkurrenzkampfes unterschiedlich. So festigten die amerikanischen Monopole ihre Positionen, indem sie Kapital in Kanada, Japan und in den westeuropäischen Ländern investierten. Ökonomischer Anreiz für die direkten amerikanischen Investitionen waren die hohe Qualifikation der Arbeiter und die hohe Arbeitsproduktivität in diesen Ländern bei um 50 Prozent niedrigeren Löhnen als in den USA. Dagegen beruhte das Wachstum des Industriepotentials Japans und Westdeutschlands auf der hohen Akkumulationsrate und der hohen Effektivität der Investitionen. Der Anteil der Investitionen (prozentual zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt) lag in Japan um 100 Prozent und in Westdeutschland um 50 Prozent höher als in den USA und in Großbritannien. „Im Unterschied zu den ersten Nachkriegsjahren haben es jetzt die amerikanischen Monopole jedoch mit erstarkten Konkurrenten zu tun, die dem Dollar

immer häufiger Gegenschläge versetzen.“²⁾

Nach Prognosen internationaler Wirtschaftsorganisationen wird das durchschnittliche industrielle Wachstumstempo in den nächsten Jahren zwischen 9 und 2,5 Prozent liegen, wobei die Reihenfolge etwa so aussehen dürfte: Japan, Westdeutschland, Italien, Frankreich, USA, Kanada, Großbritannien. Die weitere Verschärfung des Konkurrenzkampfes wird die ungleichmäßige Entwicklung zweifellos noch verstärken.

Der Konkurrenzkampf wird weiterhin durch Kräfte verstärkt, die in der Tiefe wirken. Den Etappen des Aufschwungs folgen unweigerlich Perioden des Rückgangs. Beeinflußt durch die hohen Rüstungsausgaben entwickelt sich die Inflation, nimmt die Staatsschuld und die Verschuldung der Bevölkerung zu. Die Widersprüchlichkeit und Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Länder erklärt sich auch daraus, daß die Integrationsprozesse in Westeuropa einen ökonomischen und politischen Konfliktherd schaffen und daß die imperialistischen Blocks ständig Krisen durchmachen.

III.

Die Instabilität der Wirtschaft der kapitalistischen Länder äußert sich auch in anderen Bereichen ihres ökonomischen und politischen Konkurrenzkampfes. Obwohl die entwickelten Länder zwei Drittel des Außenhandels

unter sich realisieren, verstärkt sich der Konfliktstoff zwischen ihnen im Kampf um die Märkte der Entwicklungsländer. Firmen der ehemaligen Metropolen, die ihre kolonialen Privilegien eingebüßt haben, müssen sich

¹⁾ Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betrugen in den USA beispielsweise allein in der Zeit von 1960 bis 1965 über 100 Mrd. Dollar. Etwa die Hälfte des Zuwachses des Nationaleinkommens einiger anderer hochentwickelter Länder ist ebenfalls auf die

Einführung wissenschaftlich-technischer Neuerungen in die Produktion zurückzuführen.

²⁾ L. I. Breshnew, Unsere Zeit im Zeichen des wachsenden Einflusses des Sozialismus, Berlin 1966, S. 14.

hier den Firmen anderer Länder gegenüber behaupten. Auch widersetzen sich die Regierungen vieler Entwicklungsländer den von den Monopolen diesen Märkten diktierten Handelsbeziehungen.

In den Nachkriegsjahren betrug die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion in den Entwicklungsländern 7,5 Prozent (gegenüber 5,5 Prozent in den industriell entwickelten Ländern). Jedoch haben sich die allgemeinen Bedingungen für ihre Angleichung an die hochentwickelten kapitalistischen Länder praktisch nicht verbessert. Die Entwicklungsländer näherten sich in der Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung den entwickelten Ländern nur um 1 Prozent, wobei die Differenz zu den Industriestaaten im absoluten Geldausdruck bei dieser Kennziffer ein Drittel beträgt.

Nach Ansicht von UN-Experten wird der Unterschied in der durchschnittlichen Pro-Kopf-Produktion zwischen den beiden Ländergruppen in den kommenden fünf Jahren noch größer werden. Nach Voraussagen der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) ist bis 1970 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 2,6 Prozent je Kopf der Bevölkerung für die hochentwickelten Länder zu erwarten, für die Entwicklungsländer dagegen nur von 1,7 Prozent. Ähnlich ist das Bild in bezug auf den Zuwachs der Industrieproduktion. Wodurch läßt sich das erklären?

Der durchschnittliche Zuwachs der Bevölkerung ist in den Entwicklungsländern sehr hoch (2,4 Prozent). Demographen haben errechnet, daß zur Sicherung des Lebensstandards für ein Prozent Bevölkerungszuwachs 4 Prozent jährlicher Nationaleinkommenszuwachs benötigt werden. Sich auf die Erfahrungen berufend, behaupten Soziologen und Ökonomen, daß Länder mit einer schnellen Bevölkerungszunahme 9—15 Prozent des Nationaleinkommens nur dafür investieren müssen, um die durchschnittliche Menge an Produktionsmitteln je Arbeiter gewährleisten zu können. Das heutige Wachstumstempo des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und der gegenwärtige Anteil der Akkumulation am

Gesamtprodukt (der in den Entwicklungsländern durchschnittlich 17 Prozent beträgt) reichen also offensichtlich für eine Angleichung nicht aus.

Man darf aber nicht nur sehen, daß der Bevölkerungszuwachs für die Pro-Kopf-Kennziffern negativ beeinflusst, da er die Konsumentenzahl erhöht, sondern muß auch die wachsende Zahl der zukünftigen Produzenten materieller Werte beachten. Wenn heute industriell entwickelte Länder pro Kopf der Bevölkerung 18mal mehr produzieren als ein Entwicklungsland, so ergibt sich bei einer Umrechnung je Industriearbeiter nur eine 5mal so große Kennziffer.

Folglich können die Entwicklungsländer durch Industrialisierung das Problem des wirtschaftlichen Wachstums lösen. Wieweit sie noch in ihrer Wirtschaftsstruktur hinter den entwickelten Ländern zurück sind, veranschaulichen folgende Angaben. Während in der Gruppe der hochentwickelten Länder 83 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtprodukts auf die Industrie entfallen und auf die Landwirtschaft nur 17 Prozent, beträgt in den Entwicklungsländern der Anteil der Industrie nur 43 Prozent und der der Landwirtschaft 57 Prozent. Obwohl bei letzteren die Landwirtschaft dominiert, macht ihre landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion nur 33 Prozent der hochentwickelten Länder aus. Für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer ist die Verbindung von Plantagenwirtschaft (Anbau von Exportkulturen) und Naturalwirtschaft mit ihrer äußerst niedrigen Arbeitsproduktivität charakteristisch; in der Industrie herrschen immer noch die extraktiven Zweige (Rohstoffe für den Export) sowie die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie vor. Die Anhängigkeit von den internationalen Monopolen, die auf den Außenmärkten die Konjunktur bestimmen, ist sehr groß. 40—50 Prozent der Warenproduktion Lateinamerikas werden beispielsweise exportiert. Dennoch haben die Länder Lateinamerikas nach Angaben der FAO im Jahre 1965 viele Lebensmittel importiert, manche bis zu einer halben Milliarde Dollar.

Die Monopole beuten die Bevölkerung dieser Länder sowohl in der Produktion als auch über die Zirkulation aus. Die von den imperialistischen

Mächten unmittelbar und über internationale Finanzorganisationen bereitgestellten Mittel machten in den letzten Jahren etwa 7 Md. Dollar jährlich aus. Die Zinsen für Leihkapital und der Gewinn aus direkten Investitionen betrugen dabei über 3 Md. Dollar jährlich. Dazu sind noch die Verluste zu zählen, die die Entwicklungsländer auf Grund der diskriminierenden Handelsbedingungen erleiden. Diese Verluste liegen bei 1,5 Md. Dollar jährlich.

All dies wirkt sich sehr negativ auf die Akkumulationsbedingungen und die Zuwachsrate der Produktion in den Entwicklungsländern aus. Die Verringerung der Kluft zwischen den hochentwickelten und den schwachentwickelten Ländern hängt also von der Entfaltung des Binnenmarktes ab. Es

gibt keine Völker, denen es von Natur aus gegeben wäre, gut oder schlecht zu wirtschaften. Der ökonomische Fortschritt eines Landes hängt davon ab, unter welchen Bedingungen er verwirklicht wird und auf welche Weise die sozialökonomischen Widersprüche gelöst werden.

Jedes wirtschaftlich schwachentwickelte Land muß die Probleme seiner Wirtschaftspolitik, ausgehend von seinen nationalen Interessen, lösen. Die Erfahrungen einer Reihe afro-asiatischer Länder zeigen, daß das Entwicklungstempo der Produktion um so höher ist je besser es gelingt, die Einseitigkeit der Wirtschaft zu überwinden und eine Mehrzweigstruktur zu schaffen.

Die KPD stellt zur Diskussion

Unsere kulturpolitischen Vorschläge sind auch Vorschläge zum eigenen Handeln

Wenn unsere Partei ihre Vorschläge für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik zur Diskussion stellt, dann sicher nicht nur zur theoretischen Selbstverständigung unter uns — so wichtig wie sie ist! —, sondern auch um anzuregen, über Möglichkeiten praktischen Handelns zu beraten. Denn schließlich geht es uns

Kommunisten vor allem darum, daß der Einfluß der Arbeiterklasse auch auf kulturpolitischem Gebiet verstärkt wird. Wie nötig das ist, und daß es sich dabei um für den heutigen Kampf und die Zukunft der Arbeiterbewegung wichtige Fragen handelt, dafür finden sich in unserer Umwelt Beweise genug.

I

Nehmen wir nur die Frage: Wie wird unsere Jugend erzogen, was lernen die Töchter und Söhne aus Millionen Arbeiterfamilien in der Schule über die Geschichte und gegenwärtige Rolle der Gewerkschaften, welches Gesellschaftsbild wird ihnen vermittelt? Jeder wird aus eigener Erfahrung und Kenntnis die Einschätzung in den Vorschlägen unserer Partei bestätigen können:

„Wir haben viele Lehrer, die sich darum mühen, die Jugend mit guten Kenntnissen auszurüsten und sie im Sinne der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen. Aber die Situation und die Entwicklungs-

linie unseres Schulwesens wird durch die entgegengesetzten Interessen der herrschenden Kreise bestimmt. Immer noch ist die Masse der Jugend, vor allem der Arbeiterjugend, durch das Bildungsprivileg kleiner Schichten der Bevölkerung benachteiligt. Die Aufspaltung nach Konfessionen steht einer Modernisierung des Schulwesens entgegen. Die neuzeitlichen Erkenntnisse der Natur- und Sozialwissenschaften werden im Unterricht sträflich vernachlässigt. Mit Hilfe der „Ostkunde“, regierungsoffiziell zum Unterrichtsprinzip erklärt, wird der Jugend ein verfälschtes Geschichtsbild vermittelt und sie zu nationaler

und rassistischer Überheblichkeit erzogen. So wird versucht, sie gegen die Ideen des Humanismus und des gesellschaftlichen Fortschritts abzuschließen.“

Wie das zum Beispiel im Sozialkunde-Unterricht aussieht, muß geradezu alarmieren. Vor der Akademie für politische Bildung in Tutzing berichtete im vergangenen Jahr Dr. Teschner vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt über Umfragen unter Lehrern und Schülern verschiedener Schultypen. Dabei antworteten die Hälfte aller befragten Schüler auf die Frage, wer in der Bundesrepublik zuviel Macht besäße: die Gewerkschaften. Wie kommt es zu solcher Einstellung? Zum großen Teil durch eben den sogenannten „Sozialkunde-Unterricht“. In ihm wird nach Lehrbüchern gelehrt, die meist die Harmonie von Arbeit und Kapital preisen und das eia-popeia von der segensreichen „Sozialen Marktwirtschaft“ singen. So heißt es z. B. in einem dieser Bücher:

„Arbeitgeber und Arbeitnehmer wissen genau, daß sie aufeinander angewiesen sind ... Beide leben in unserer modernen Gesellschaftsordnung in echter Partnerschaft.“

(Heinz Beckert, Staatsbürger von morgen. Eine Gemeinschaftskunde für junge Menschen, Bad Homburg—Berlin—Zürich 1964, S. 92)

Doch man beschränkt sich nicht auf derlei soziale Idylle; darauf fußend werden Verhaltensnormen gepredigt, die schon unverhüllte Unternehmerpropaganda darstellen:

„Es muß also darauf ankommen, den Arbeitnehmer zufriedenzustellen, dem Unternehmer die Freude an seinem Betrieb zu erhalten und der Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Beide Sozialpartner stehen vor der Wahl, sich in einem „Klassenkampf“ zu zerfleischen, durch Streik und Aussperrung ihren Willen durchzusetzen oder die „Karten auf den Tisch zu legen“ und gemeinsam gerechte Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Streik und Aussperrung sind zwar in unserer sozialen Ordnung durchaus erlaubte Kampfmittel, aber sie schaden in jedem Falle der Wirtschaft und helfen den Feinden der Demokratie, denen an

einer Störung des Betriebsfriedens gelegen ist.“ (Ebenda)

Nun ist das beileibe kein abseitiges Einzelbeispiel. Im Auftrage der Max-Traeger-Stiftung, einer Institution der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, untersuchte eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern unter Leitung von Dr. Volker Nitzschke 40 Schulbücher für den Sozialkunde-Unterricht an Volks-, Mittel-, Berufs- und höheren Schulen. Und zwar handelt es sich um die meistbenutzten, die sämtlich von den Kultusministerien der Länder genehmigt worden sind.

Ihr Urteil faßten die Wissenschaftler in die Feststellung: „Hier zeigt sich sehr deutlich ein konservativer, beinahe reaktionärer Zug fast aller Schulbücher.“ In unseren Schulen würden nicht „demokratische Bürger“, sondern „demokratische Untertanen“ erzogen. Liest man die zahlreichen in einer Studie der Wissenschaftler zitierten Beispiele, möchte man meinen, daß das noch ein sehr mildes Urteil ist.

Es seien hier nur einige angeführt, die Aufschluß darüber geben, mit welchem Gedankengut versucht wird, die jungen Menschen zu Untertanen des Kapitals zu erziehen, auf welche Weise „der gesamte Raum von Wirtschaft und Gesellschaft in eine mystische Dämmerung gehüllt“ wird, wie es in der Studie heißt.

Da lautet ein Gedicht, abgedruckt in Herbert Baumanns Buch „Politische Gemeinschaftskunde“:

„Ein jeder Stand der Welt ist gut,
wenn treu ein Mann das Seine tut.
Magst Kaufmann oder Tischler sein,
hornblasen oder Saaten streun,
ob Pinsel du, ob Hammer führst,
ob du im Heer die Trommel führst,
ob Blumen ziehst auf stillem Beet,
ob auf der See fährst, sturmunmweht,
acht hab auf eins; vergiß es nicht:
Was du auch bist, tu deine Pflicht.“

In Karl Nebelsieks „Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger“, wird der Beruf zu einem Begriff verklärt, der kritisches Nachdenken über die tatsächlichen sozialen Verhältnisse gar nicht erst aufkommen lassen soll:

„Wer aber seinen Beruf — ob ‚hoch‘, ob ‚niedrig‘ — voll und ganz ausfüllt, hat im Rahmen des ihm Möglichen

seine Pflicht gegenüber Gott, seinem Volk und der ganzen Menschheit erfüllt ...“

Und in schönster Harmonie damit heißt es in der „Gemeinschaftskunde“ von Ellen Schweitzer, Göttingen, 10. Auflage 1965, über den Mustermenschen, wie er durch diese Sorte Gemeinschaftskunde hervorgebracht werden soll:

„Auf welchem Gebiet er arbeitet, ist nicht entscheidend, wichtig allein ist, daß er überhaupt arbeitet ...“

Natürlich stehen diese Worte in krassem Widerspruch zu den sozialen Realitäten, denn wie froh wären z. B. jetzt die Hunderttausende Arbeitslosen, wenn sie „überhaupt arbeiten“ könnten. Aber dennoch werden hier nicht nur illusionäre Sprüche geklopft. Sich darein zu schicken, daß er immer „unten“ ist, daß es nicht wichtig ist, was er arbeitet, daß er seine Arbeitskraft dem Unternehmer zu verkaufen hat, der sie gerade brauchen kann — das ist die Grundeinstellung, zu der man den Arbeiter in dieser Ordnung mit ihrer

immer latenten sozialen Unsicherheit abstampfen muß.

Es ist nur logisch, daß es in diesen Büchern auch direkte Versuche gibt, den jungen Menschen gegen das Wirken der Gewerkschaften gerichtete Vorurteile einzupflanzen. Wie zum Beispiel in dem weitverbreiteten Lehrbuch „Der Staat sind wir“ von Deuschle-Hoefers-Schade:

„Auch für den Arbeiter ist es vorteilhaft, wenn er nicht die höchsten Lohnforderungen durchzudrücken versucht. Warum? Denke daran, daß die Löhne sich in der Regel in den Preisen auswirken.“

In fast allen Lehrbüchern, so haben die Wissenschaftler festgestellt, wird eifrig das Unternehmerargument von der „Lohn-Preis-Spirale“ kolportiert; von dem wahren Sachverhalt, daß die Arbeiter durch die davonlaufenden Preise gezwungen sind, um höheren Lohn zu kämpfen — ganz zu schweigen von ihrem berechtigten Anspruch auf einen höheren Anteil am Sozialprodukt ist in keinem der Bücher die Rede.

II

Die Untersuchung hat ergeben, daß in vielen der Lehrbücher die Gewerkschaften als Organisation erscheinen, denen frühere Verdienste nicht ganz abzuspochen sind, aber heute kaum noch Bedeutung zukommt. Häufig werden soziale Verbesserungen als das Ergebnis des Wirkens Kolpings, des Bischofs Ketteler oder gar Bismarcks dargestellt und nicht als Erfolge des Kampfes der Gewerkschaften. Dazu kommen Loblieder en masse auf die soziale Einsichtigkeit der Unternehmer.

Das alles stellt die Gewerkschaften, jeden einzelnen Gewerkschafter, dessen Kinder dieser Erziehung ausgeliefert sind, vor die Frage, ob und wie lange das noch hingenommen werden soll. Ohne kräftiges Zutun der Gewerkschaften wird sich nämlich nichts ändern. Es kann nur noch schlimmer werden, denn das Monopolkapital hat bereits deutlich seine Ansprüche angemeldet, daß die Erziehung noch stärker auf bedingungslose Bejahung der kapitalistischen Ordnung, ja geradezu auf unterwürfige Anbeugung des Unternehmertums ausgerichtet werden müsse.

Vor der Bundestagung der Bildungs-

beauftragten der Länder- und Fachspitzenverbände des Deutschen Industrieministeriums Köln forderte BDA-Präsident Prof. Dr. Balke „eine Inventur unserer gesamten Bildungs- und Fortbildungsarbeit, um das Unternehmerbild in der Öffentlichkeit stärker als bisher zu objektivieren“. (Zitiert nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. 7. 1966)

Ich meine, daß sich die aktiven Kräfte der Arbeiterbewegung, auch wir Kommunisten, noch gar nicht der Tragweite des Tatbestands bewußt sind, daß Millionen Kinder von Werkstätigen von der Volksschule bis zur Berufsschule und danach noch in der Bundeswehr einer politischen Erziehung ausgesetzt sind, die sie ihrer eigenen Klasse entfremden, jede Erkenntnis der eigenen Lage und Interessen erstickt, das Entstehen von Solidaritäts- und Klassenbewußtsein verhindern soll. Wie abträglich das für den Kampf der Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter und Angestellten ist, dafür sind die eingangs erwähnten Schüler, denen die Gewerkschaften zuviel Macht haben, nur ein Symptom.

Natürlich darf man keine Illusion haben, daß sich an diesem Zustand isoliert von dem gesamten Kampf um demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik etwas ändern ließe. Aber es ist sicher ratsam, die von den Gewerkschaften geforderte gründliche Bildungsreform, einschließlich und vorrangig der Durchsetzung eines demokratischen Bildungsinhalts, als wichtigen Teil des Kampfes für demokratische Verhältnisse zu begreifen und danach zu handeln.

Es ist verdienstvoll, daß die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Auftrag gab, einmal zu Tage zu fördern, was da in unseren Schulen als „Sozial-Kunde“ betrieben wird (so wie es eine verdienstvolle Initiative von Hamburger Lehrern war, die Materialien des „Ostkunde-Unterrichts“ unter die Lupe zu nehmen und sich gegen ihre Verwendung im Unterricht zu stellen).

Und es ist auch gut, zu hören, daß die GEW Aufträge erteilt hat, die zu besseren Sozialkunde-Lehrbüchern führen sollen. Das liegt im Sinne des Antrags des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg an den 7. DGB-Kongreß, der DGB-eigene Bund-Verlag solle selbst Schulbücher herausgeben, die geeignet sind, die von den Gewerkschaften geforderte Reform des Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterrichts wirksam zu beeinflussen.

Doch soll niemand glauben, die hier notwendigen Veränderungen ließen sich so ohne weiteres herbeiführen. Schließlich gilt es nicht bloß ein Versäumnis wettzumachen, sondern der

Arbeiterklasse ein reales Stück mehr Einfluß, ein Stück gesellschaftliche Mitbestimmung zu verschaffen. Es ist doch das legitime Recht der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen in den Städten und Gemeinden die Frage: was lernen unsere Kinder und Jugendlichen eigentlich?, zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen, um die Arbeiterfamilien auf die unhaltbaren Zustände, auf diese Seite des Bildungsnotstandes — der ja nicht nur in materieller und struktureller Rückständigkeit unsres Schulwesens besteht — aufmerksam zu machen. Hier liegt auch eine große Verantwortung von Gewerkschaftern, Kommunisten und Sozialdemokraten, die gewählten Elternbeiräten angehören. Hier gibt es reale Möglichkeiten, der nicht geringen Zahl demokratisch gesinnter Lehrer wirksame Unterstützung zu sichern für ihr von reaktionären Kräften oft genug angegriffenes und behindertes Bemühen, die jungen Menschen demokratisch und humanistisch zu erziehen.

Wenn wir also die Vorschläge unserer Partei für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik auch als Vorschläge zum Handeln verstehen, als Anregung, in jeder Leitung und Grundorganisation zu prüfen, wo in unseren Orten Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu eigener kulturpolitischer Aktivität bestehen, dann handeln wir am besten im Sinne der von unserer Partei ergriffenen Initiative zur Durchsetzung einer demokratischen Kulturpolitik.

Matthias W. — Baden-Württemberg

Welches sind die Grundsätze einer neuen Politik?

Eine neue Politik erfordert den Verzicht auf Atomwaffen in jedweder Gestalt und würde damit zur Beruhigung in ganz Europa beitragen.

Eine neue Politik würde die Anerkennung der Grenzen in Europa einschließlich der Grenzen der DDR aussprechen, mit dem Kurs des kalten Krieges brechen und aufhören, Bonner Regierungs- und Parlamentstätigkeit in der auf dem Territorium der DDR liegenden Stadt Westberlin zu betreiben, einer Stadt, die nicht zur Bundesrepublik gehört und niemals zu ihr gehören wird.

(Aus der Rede von Prof. Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz am 29. März 1967 in Berlin zur Veröffentlichung des „Graubuches“.)

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Ist Bonns Ostpolitik neu?

Die jetzige Bundesregierung möchte mit ihrer Politik und auch in Reden und Interviews zweifellos diesen Eindruck erwecken. „Die Zeit der Schönfärberei ist vorbei“, meinte Willy Brandt, „wir haben uns vorgenommen, die wirkliche Lage nicht zu verschleiern, sondern zu sagen, was ist.“¹⁾ Das

hört sich zwar ganz gut an. Aber Worte allein machen noch keine Politik. Trotz schöner Reden wurden die Weichen für eine wirklich neue Ostpolitik bisher nicht gestellt. Was berechtigt uns zu diesem Urteil? Lassen wir Tatsachen sprechen.

Revanchismus — weiter offizielle Politik

Die Wirklichkeit ist: Bonn tritt nach wie vor gegen die Oder-Neiße-Grenze auf und will sie verändern. Die Bundesregierung hält weiterhin an der Alleinvertretungsmaßnahme gegenüber der DDR fest. Diese Ansprüche wurden ausdrücklich in der Regierungserklärung von Kiesinger mit den Worten unterstrichen: „Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden.“²⁾ Tatsache ist — auch heute noch verweigert die Regierung Kiesinger/Strauß der CSSR die totale Nichtigkeitsklärung des Münchener Abkommens von 1938. „Die wirkliche Lage“ ist, um mit Brandts Worten zu reden: Auch die Regierung der Großen Koalition mißachtet trotz wohlklingender Worte die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges; auch sie will — genau wie die früheren Bonner Regierungen — das Rad der Geschichte auf den Stand von 1937 zurückdrehen. „Die Aufrechterhaltung des Status quo“ sei nach Ansicht des Bundeskanzlers angeblich „keine Entspannung“.³⁾ Und warum nicht? Majonica, ebenfalls maßgebender Politiker der CDU, gab darauf offenerherzig Antwort. „Deutsche Ostpolitik“, so schrieb er in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ vom 15. Februar 1967, „ist immer Deutschlandpolitik, d. h., ihr Ziel ist die Wiedervereinigung (gemeint ist die Einverleibung der DDR und die Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht — d. Verf.). Daher sind die

sowjetischen Bedingungen, die zur Voraussetzung für eine Normalisierung der Verhältnisse in Europa die Anerkennung des Status quo fordern, unannehmbar“.

Nüchterne Einschätzungen der Lage wie die Schollwer-Studie, die „die Oder-Neiße-Linie anerkennen und die Existenz des anderen kommunistischen Staates auf deutschem Boden mit allen unvermeidlichen Konsequenzen zur Kenntnis nehmen“⁴⁾ will, stießen auf energischen Widerstand der Bundesregierung und riefen umgehend wütende Attacken der kalten Krieger hervor. „Diese Überlegungen sind“, nach Ansicht der CDU, „untragbar“ und stehen angeblich „im Widerspruch zu den fundamentalen deutschen Interessen“.⁵⁾ Bereits vorher erregte die positive Erklärung des britischen Außenministers Georg Brown zur Oder-Neiße-Grenze die Gemüter in Bonn aufs äußerste. Das wahre Gesicht der „neuen“ Ostpolitik kam schlagartig zum Vorschein. Es ist unverändert reaktionär, es hat sich nicht gewandelt! „Wir werden hier (gemeint ist die Außenpolitik — d. Verf.) nichts über den Haufen werfen“, so beurteilte der

¹⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 1. 3. 1967

²⁾ ebenda, 14. 12. 1966

³⁾ ebenda

⁴⁾ Stern, Hamburg, 19. 3. 1967, S. 196

⁵⁾ ebenda

westdeutsche Außenminister selbst seine Politik in einem Fernsehgespräch mit dem II. Deutschen Fernsehen am 8. Dezember 1966, „aber wir werden ... einige Akzente etwas anders und hier und da etwas deutlicher setzen“. Die Tabus der bundesdeutschen Politik blieben auch unberührt und werden „nicht über den Haufen geworfen“. Die

Methoden der Politik wurden dagegen flexibler. „Die Welt“ schrieb schon vor einem Jahr: „In der gewandelten Welt ist nicht unser Ziel verändert. Gewandelt werden jedoch die Methoden der Außenpolitik. Bei ihnen ist kein Dogma gestattet, hier ist Pragmatik geboten, soll unsere Außenpolitik wirksam sein.“⁶⁾

Was führte zur Änderung der Taktik?

Tatsächlich war die bisherige Politik Bonns unwirksam, erfolglos und führte sogar zur teilweisen Isolierung der Bundesrepublik. Dieses Dilemma versuchen die Kiesinger/Strauß mit Hilfe der Brandt/Wehner heute mit einer beweglicheren Taktik zu überwinden. Deshalb soll jetzt nach Ansicht Kiesingers „die Wiedervereinigung nicht in einer Atmosphäre des kalten Krieges, sondern nur in einem Prozeß der Klimabesserung, der Abschwächung und Überwindung des europäischen Antagonismus erreicht werden.“⁷⁾

Die Bundesrepublik orientiert sich heute auf einen solchen ostpolitischen Kurs. Das ist etwas Neues in der westdeutschen Politik. Diese Einstellung erfolgt allerdings nicht auf Grund einer inneren Wandlung der politischen Strategie. Das Ziel soll ja das alte bleiben. Diese Einsicht entstand unter dem Zwang des sich zu Ungunsten der aggressiven Kräfte verändernden Kräfteverhältnisses.

Strauß erklärte in seinem Buch: „Entwurf für Europa“, wir müssen „die ost- und südeuropäischen Völker an Westeuropa heranziehen: durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel.“⁸⁾

Nahziel dieser Taktik auf lange Sicht ist dabei die Isolierung der DDR von den übrigen sozialistischen Ländern und gleichzeitig ihre Unterminierung und Aushöhlung. Der Hauptstoß richtet sich also weiterhin gegen die DDR. „Wir müssen alles unternehmen“, so schrieb Majonica bereits 1965, „um eine Interessengleichheit zwischen der Zone und den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verhindern.“⁹⁾ Diese Absichten verdeutlichte er später mit den Worten: „Es bleibt der Bundesregierung keine andere Wahl“, als die DDR „zu isolieren und sie für die kom-

munistischen Staaten zu einem immer unbequemer werdenden Partner, ja zu einer Belastung zu machen.“¹⁰⁾ Willy Brandt skizzierte dieses Vorhaben „in einem Memorandum als eine Politik des westdeutschen Engagements in Osteuropa mit dem Endziel der Unterminierung des ostdeutschen kommunistischen Staates.“¹¹⁾ Am Ende der „Klimabesserung“ soll also nach den Vorstellungen prominenter Politiker der Bundesrepublik die Beseitigung des Arbeiter-und-Bauern-Staates stehen. Bei der neuen Taktik handelt es sich also um den Versuch eines Umgehungsmanövers zur Isolierung und zur schließlichen Beseitigung der DDR. Darüber können auch die angebotenen Gewaltverzichtserklärungen nicht hinwegtäuschen. Selbst die von Bonn angestrebten diplomatischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, bei Ausklammerung der DDR und Aufrechterhaltung der revanchistischen Ansprüche, sollen ein Glied in der Kette der neuen taktischen Methoden bilden. Dabei tritt heute anstelle der militärischen mehr die konterrevolutionäre Variante mit der Losung „Wandel durch Annäherung“ in den Vordergrund, ohne daß die militärischen Ziele aufgegeben wären. Diese Politik bleibt aber, eben als Hebel zur Überwindung des Status quo, ihrem Charakter nach aggressiv.

⁶⁾ Die Welt, Hamburg, 26. 3. 1965

⁷⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 1. 3. 1967

⁸⁾ Stuttgart 1966, S. 44

⁹⁾ Deutsche Außenpolitik, Stuttgart 1965, S. 188

¹⁰⁾ Politisch-Soziale Korrespondenz vom 15. 2. 1967

¹¹⁾ New-York-Times vom 28. 1. 1965

Anerkennung der DDR — Voraussetzung jeder Sicherheitspolitik

Echte Entspannung in Europa gibt es nicht ohne die DDR. Die Alleinvertretungsanmaßung Bonns und die gewandelte Taktik stehen gegen jede wirkliche europäische Sicherheit. **Die Anerkennung der DDR als souveräner Staat ist heute das Kernstück echter Sicherheitspolitik in Europa.** Diese Einsicht wächst und gewinnt zunehmend an Boden. „Wenn die Große Koalition nicht mehr fertigbringt, als eine gescheiterte Deutschlandpolitik in eleganter Form fortzusetzen“, so schrieb

unlängst die „Frankfurter Rundschau“, „dann entfallen die Gründe, die man auch dann zu ihrer Rechtfertigung anführen könnte.“¹²⁾ In der Tat besitzt die Bundesrepublik dann erst eine neue Politik, wenn sie die DDR als selbständigen Staat anerkennt, wenn sie die Oder-Neiße-Grenze bestätigt, wenn sie schließlich die totale Nichtigkeits-erklärung des Münchener Abkommens von 1938 ausspricht, **wenn also die selbstaufgebauten Tabus über den Haufen geworfen werden.**

Hans Below

Was steckt hinter dem „Volksbund für Frieden und Freiheit“?

I

Die Bezeichnung „Volksbund für Frieden und Freiheit e. V.“ (VFF) soll die Öffentlichkeit über den wahren Charakter dieses Vereins täuschen. Der „Volksbund für Frieden und Freiheit e. V.“ wurde am 29. 8. 1950 gegründet. Die Zentrale hat ihren Sitz in Bonn, Berta-von-Suttner-Platz 17. An seiner Wiege standen das sogenannte Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen unter Jakob Kaiser, das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Surêté (französische Sicherheitspolizei) Pate. Zur Zeit seiner Gründung erhielt dieser Verein direkte Aufträge vom Kaiser-Ministerium, hatte enge Verbindung zu ihm und wurde von ihm betreut. Auch bestanden schon zu dieser Zeit enge Verbindungen zu einer Reihe neofaschistischer Agentenorganisationen, die zum Teil in der Zwischenzeit ihre Namen gewechselt haben, um ebenfalls ihren Charakter zu verschleiern. Neben dem VFF gibt es noch ein ganzes Dutzend und mehr ähnlicher Agentenorganisationen, die für die gleichen Auftraggeber ihr schmutziges Handwerk betreiben. Der VFF kann als getarnte Abteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) mit besonderem Aufgabengebiet bezeichnet werden.

Daß es sich bei dem VFF um eine Dachorganisation antikomunistischer

Verbände handelt, die von einer Handvoll berufsmäßiger Antikomunisten geleitet wird, zeigt sich in der engen Zusammenarbeit mit dem „Büro Bonner Berichte“, der „Jungen Union“, der „Landeszentrale für Heimatschutz“, dem „Landeskartell Saar der christlichen Gewerkschaften“, der „Aktion freier Staatsbürger“ u. a. Organisationen. Der VFF hatte und hat auch Verbindung zu solchen Terrororganisationen wie dem „Bund Deutscher Jugend“, der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, dem „Kampfbund gegen den Bolschewismus“ und anderen mehr, deren Aufgaben darin bestehen, Provokationen zu organisieren, Versammlungen fortschrittlicher Organisationen zu stören, Drohbriefe zu versenden, „Schwarze Listen“ anzulegen usw.

Alle diese Agenturen, von denen der VFF die Hauptagentur ist, geben an, für Recht — Freiheit — Menschenwürde — Gerechtigkeit — Demokratie usw. zu kämpfen. In Wirklichkeit vertreten sie Chauvinismus, Nationalismus und Antikomunismus. Über die Arbeitsweise des VFF sagte der Bundesvorsitzende Fritz Cramer im Jahre 1958:

„Wir konzentrieren uns besonders auf die Arbeiterkreise in Städten wie Wuppertal, Solingen, Remscheid und im Ruhrgebiet ... Für jeden gewonnenen neuen Mitarbeiter werden

¹²⁾ Frankfurter Rundschau vom 8. 3. 1967

an unsere V-Männer drei DM Prämie gezahlt, für jeden KPD-Mann, der mit voller Anschrift als staatsfeindlich gemeldet wird, zahlen wir 15 DM.“

Im Jahre 1963 erklärte der VFF in einem Material, daß er es als seine Aufgabe betrachte, regelmäßig einen

Überblick über die wesentlichen gegen die Bundesrepublik gerichteten kommunistischen Propagandaaktionen zu geben. In Wirklichkeit sind diese Organisationen, an deren Spitze der VFF fungiert, der übelsten und offenen Hetze gegen alles fortschrittliche und demokratische Gedankengut gewidmet.

II

Die Waffen des VFF sind Lüge, Verleumdung, Fälschung, Rufmord und Diffamierung, entnommen aus dem Arsenal der alten Nazipropagandisten. Das wird auch ständig unter Beweis gestellt durch die Veröffentlichungen des Organs des VFF, der „Stimme der Freiheit“, deren ganzer Inhalt gegen die Sowjetunion, die DDR, gegen fortschrittliche Massenorganisationen und Bewegungen wie DFU, DDU, Friedensbewegung, Kriegsdienst- und Notstandsgegner, gegen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und führende fortschrittliche Persönlichkeiten in der ganzen Welt gerichtet ist.

Dem VFF ist von seinen Auftraggebern u. a. die Aufgabe zugedacht, zur Sicherung und Festigung der Macht der Monopolbourgeoisie beizutragen, die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu zersetzen und zu spalten. Deshalb hatten die Agenten des VFF ihre Finger bei der Gründung der „Unabhängigen Freien Deutschen Jugend“ (UFDJ) im Jahre 1952 und von Gruppen der „Unabhängigen Arbeiter-Partei Deutschlands“ (UAPD) mit im Spiel. Dabei stützten sie sich auf längst entlarvte Spitzel und Agenten.

Auch bei der beabsichtigten Gründung einer sogenannten „Freien Sozialistischen Partei“, worüber vor wenigen Wochen in der Presse berichtet wurde, ist der VFF mit von der Partie und bedient sich, in Verbindung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz,

solcher Kreaturen wie den schon 1953 wegen seiner Agententätigkeit aus der KPD ausgeschlossenen Heuzeröth.

Mit Hilfe des VFF werden Agenten und Spitzel in Betrieben untergebracht, die sich mit der „Abwehr von Infiltrationsfragen“ beschäftigen sollen. Zu diesem Zweck hat der VFF seinen Vertreter auch im Bundesverband der Deutschen Industrie sitzen.

Wo der VFF mit seinem Namen und seinen Methoden keinen Anklang findet und keinen Einfluß hat, wird eine ihm angeschlossene bzw. mit ihm englierte Organisation ins Feld geführt.

Dieser „saubere“, mehr als fragwürdige „Volksbund“ wurde durch die Verwaltungsverordnung vom 14. Mai 1952 (B.St.Bl. 1952 I, S. 283) noch als „gemeinnützige und förderungswürdige“ Einrichtung anerkannt.

Die ganze antikommunistische, gegen jeden Fortschritt gerichtete Tätigkeit des VFF wird finanziert durch das Wehner-Ministerium, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Reptilienfonds der Bundesregierung, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und durch Spenden der Industrie, deren Zuwendungen von der Steuer absetzbar sind. Auch der saarländische Ministerpräsident zahlte aus seinem persönlichen Fonds an den VFF für die Herstellung und den Versand von Materialien, die teilweise durch Fälschungen entstellt waren, 25 000 DM.

III

Als Mitarbeiter finden wir im VFF Agenten aller Schattierungen, Spione, Diversanten, Saboteure, ehemalige SS-Leute und sonstiges lichtscheues und asoziales Gesindel. Als Chef im VFF fungierte die ersten Jahre der ehemalige Leiter der Antikomintern-Abteilung im Goebbels-

Ministerium, Dr. Taubert, als Präsident ein Jürgen Hahn-Batry, der in der Nazizeit den Faschismus in Gedichten verherrlicht hat. Der Nachfolger von Taubert wurde Fritz Cramer, bei den Nazis Major im Spionageapparat des Admirals Canaris.

Von dem Landesbeauftragten des

VFF an der Saar, Friedrich Fritsch, Mitglied der NSDAP seit 1935, stellte der Landtagsabgeordnete der SPD Regitz im Jahre 1964 fest, daß Fritsch mit seiner antikommunistischen Hetze versucht, seine faschistische Vergangenheit zu verdeckeln. Der gleiche Fritsch ist bezeichnenderweise als Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Landes-Innenministerium Saar beschäftigt. Auch das macht die Personalunion mit dem Verfassungsschutz deutlich.

Hierher gehört auch Peter Graf, der Vertreter von Fritsch, Mitglied der NSDAP seit 1936. So könnten wohl alle genannt werden, denn allen steckt der Nazigeist noch tief in den Knochen. Der oben genannte SPD-Landtagsabgeordnete Regitz (Saar) wies darauf hin, daß diese braunen Gesellen eine Gefahr für die „freiheitliche Ordnung“ in der Bundesrepublik sind.

Der Charakter des VFF als halbstaatliche Agentenorganisation ergibt sich auch aus der Tatsache der Verbindung zum Bundesamt für Verfassungsschutz und zur Politischen Polizei. Enger Kontakt besteht zu dem jetzigen Vize-

präsidenten des BfV, dem leitenden Regierungsdirektor Günter Nollau, der sich heute noch in seinen Publikationen auf den oben genannten Dr. Taubert, den Schöpfer des Hitlerfilms „Jud Süß“ beruft. Die gleiche Verbindung besteht zu Hendrik van Bergh, dem BfV-Pressechef. Die enge Zusammenarbeit mit den Staatsschutzorganen wird auch dadurch erhärtet, daß der Regierungsrat Dr. H. H. Houy vom Landesamt für Verfassungsschutz Saar im Vorstand des VFF sitzt und der Kriminal-Hauptkommissar Walter Schwarz ständiger Referent ist.

Bei den vom VFF einberufenen sogenannten „Staatspolitischen Schulungen“ treten jedoch nicht nur Beamte des Verfassungsschutzes und der Politischen Polizei auf sondern auch Offiziere der Bundeswehr.

Diese wenigen, bei weitem nicht vollständigen Tatsachen zeigen zur Genüge, was hinter dem VFF steckt und daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik alle Ursache hat, dieses Krebsgeschwür mit allen Mitteln zu beseitigen.

Grundlagen des Bündnisses von Arbeitern und Bauern

Frage: Wir sprechen als Partei davon, daß der Bauer der natürliche Bündnispartner der Arbeiterklasse ist. Aber der Bauer ist doch Eigentümer von Produktionsmitteln. Das können wir doch nicht unterstützen. Viele sagen auch, brauchen wir überhaupt eine eigene Landwirtschaft? Wie verhält es sich damit?

I

Die Bauern sind Besitzer von Produktionsmitteln. Sie sind aber, was insbesondere die Klein- und Mittelbauern betrifft, genau wie die Arbeiter Werk tätige, ausgebeutet von den gleichen großen Konzernen wie die Arbeiter. 550 000 Bauern-Betriebe bis 10 ha sind in den letzten 15 Jahren von der Bildfläche verschwunden. Allein im Wirtschaftsjahr 1965/66 waren es nach dem letzten Grünen Bericht wiederum fast 28 000. Nur ein Drittel der Bauern besitzen noch sogenannte Vollerwerbsbetriebe während die übrigen gezwungen sind, sich in der Industrie oder anderswo einen Zuerwerb zu suchen oder die Landwirtschaft im Nebenerwerb zu betreiben, also ihre Arbeitskraft teilweise oder ganz — wie der Arbeiter — zu verkaufen. Einen großen

Teil dieser Bauern möchte man am liebsten auch abschreiben, weil diese Betriebe angeblich — wie „Die Welt“ schreibt — „in der Regel auch bei ordnungsgemäßer Führung durch eine bäuerliche Familie nicht nachhaltig die wirtschaftliche Existenz gewährleisten“ können. Der „Rheinische Merkur“ schreibt sogar, daß man noch mindestens 1,2 Millionen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft „freimachen“ möchte.

Als Eigentümer von Produktionsmitteln ist der Bauer bestrebt, sein Eigentum zu erhalten, eventuell zu vermehren. Was aber nicht zu vermehren ist, ist das Hauptproduktionsmittel, nämlich der Grund und Boden, und dieser fällt, wie es die offizielle Agrarpolitik will und wie es die Praxis zeigt,

nur einem kleinen Teil zu, während die Masse der Bauern ruiniert wird, der Boden zum „besseren Wirt“ wandert. Damit und durch feste vertragliche Beziehungen hoffen die großen Konzerne, die Landwirtschaft fest in ihren Griff zu bekommen. Das aber liegt weder im Interesse der Arbeiterklasse noch im Interesse der Bauern.

In den verschiedensten Aktionsausschüssen und Notgemeinschaften haben sich Bauern gegen diese Politik der Monopole zusammengeschlossen. Über 100 000 Bauern sind für ihre berechtigten Forderungen auf die Straße gegangen. Das ist doch keine „reaktionäre Masse“. Hier handelt es sich um den natürlichen Bundesgenossen der Arbeiter.

Die Bruttoeinnahmen der Bauern sind 1965/66 zwar um 0,5 Milliarden DM auf 26,2 Milliarden DM gestiegen. Aber oftmals wird vergessen, daß $\frac{1}{4}$ dieser Bruttoeinnahmen Betriebsausgaben für Düngemittel, Futtermittel, Saatgut, Maschinen und andere Dinge des bäuerlichen Bedarfs sind. Und eben diese Ausgaben sind durch das Preisdiktat der Monopole noch schneller gestiegen, so daß die Landwirtschaft rd.

1 Milliarde DM weniger Einnahmen hatte als im Jahr zuvor. Betroffen davon sind insbesondere die Betriebe bis 10 ha, neuerdings aber auch die Betriebe von 10–20 ha. Zynisch heißt es im Grünen Bericht 1967: „Die Betriebe im unteren Bereich der Größenklasse von 10–20 ha LN (landwirtschaftliche Nutzfläche) werden nicht mehr als ausreichende Grundlage einer selbständigen landwirtschaftlichen Existenz angesehen.“

Infolge der ständig abnehmenden Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ist zwar der Lohn je Arbeitskraft gestiegen, aber gegenüber den Einnahmen vergleichbarer Berufsgruppen ist die seit Jahren bestehende Differenz von durchschnittlich 20 Prozent größer geworden und hat sich auf 33 Prozent, das sind 3000,— DM (!) je Arbeitskraft, erhöht. Und wieder ist es die Masse der Bauern, nämlich die der Klein- und Mittelbauern, bei denen sich das besonders auswirkt, wo die sogenannte Einkommensdisparität zum großen Teil fast doppelt so hoch ist als der Durchschnitt. Ist es nicht berechtigt, daß die Bauern genau wie die Arbeiter um ein höheres Einkommen ringen?

II

Allzu oft hört man aber noch von Arbeitern, daß sie auf die Bauern schimpfen, die angeblich schuld an den ständigen Preissteigerungen seien. Aber die Preise für Lebensmittel sind weitaus schneller gestiegen als die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte; sie sind zum Teil sogar gleich geblieben! Umgekehrt schimpfen viele Bauern auf die Arbeiter, die angeblich zu viel Lohn fordern, wodurch die Preise für Maschinen, Düngemittel

und andere landwirtschaftliche Betriebsmittel ständig steigen würden. Aber die Lohnerhöhungen stehen in keinem Verhältnis zu den ständig steigenden Preisen. Es ist doch ein alter Trick, Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen. Nutznießer in doppelter Hinsicht sind die Industrie- und Finanzmagnaten, die am Schweiß des Arbeiters und am Schweiß des Bauern gleichermaßen verdienen.

III

Mit vollem Recht verlangen Arbeiter und Gewerkschaften von den Bauern billige Nahrungsmittel in guter Qualität. Das bedingt aber, daß sich die Arbeiter auch für die Senkung der Preise für Industriewaren einsetzen. Das wäre ein entscheidender Schritt, damit die Bauern ihre Produktionskosten und damit auch die Preise senken können. Einige Genossen sind aber der Meinung, wir sollten billige Nahrungsmittel importieren, wenn die eigene Landwirtschaft nicht billig

genug produzieren kann. Das hieße aber, sich dem Preisdiktat ausländischer Monopole zu unterwerfen. Dazu nur ein Beispiel: Jeder weiß, daß im Frühjahr die Preise für importierte Frühkartoffeln, solange die Eigenproduktion noch nicht auf dem Markt ist, astronomische Zahlen erreicht. Lieferten aber unsere Bauern die ersten Kartoffeln, geht der Preis runter. Deshalb u. a. sprechen wir uns in unseren Grundsätzen „Für eine stabile Friedenswirtschaft“ (Wirtschaftsprogramm)

für eine hochproduktive Landwirtschaft im Interesse einer leistungsfähigen Volkswirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung aus. Wir sind dafür, daß die bäuerliche Existenz gesichert wird, die es den Bauern ermöglichen muß, preisgünstige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen. Bei Erfüllung unserer und auch der gewerkschaftlichen Forderungen nach Kürzung des Rüstungshaushaltes um 5 bis 7 Milliarden DM werden auch für die Bauern Mittel frei, die ihnen den Anpassungsprozeß an eine moderne hochproduktive Volkswirtschaft erleichtern können und sie vor den diskriminierenden, existenzgefährdenden Auswirkungen der EWG-Politik schützen. Wir

sind aber nicht dafür, daß durch Subventionen überlebte Produktionsmethoden konserviert werden. Gezielte Subventionen sollten die Existenz der Bauern, insbesondere der Klein- und Mittelbauern sichern helfen, gleichzeitig aber auch eine materielle Hilfe für die Bestrebungen der Bauern sein, sich in freien demokratischen bäuerlichen Gemeinschaften und Genossenschaften zusammenzuschließen, um auf modernerer Grundlage besser und billiger produzieren zu können. Das ist auch der Ausweg, der sowohl den Interessen der Bauern als auch den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Damit sind wir aber bei einem neuen Problem, auf das wir in einer unserer nächsten Ausgaben eingehen werden.

Vom VI. zum VII. Parteitag der SED

Das Programm des Sozialismus wird verwirklicht

Fakten und Informationen

Seit dem VI. Parteitag wurden in der Volkswirtschaft der DDR über 67 Milliarden MDN investiert, 1966 rund 31 Prozent mehr als 1962. Das Investitionsvolumen allein des Jahres 1966 entspricht annähernd dem der Jahre 1953 bis 1955 zusammen. Zur Ausstattung der Volkswirtschaft mit modernen Produktionsanlagen wurde der Ausrüstungsanteil der Investitionen kontinuierlich erhöht, der Bauanteil trotz steigendem Bauvolumen verringert.

Die Gesamtaufwendungen für Forschung und Technik stiegen 1966 um 55 Prozent gegenüber 1962. Sie dienen vorrangig strukturbestimmenden wissenschaftlich-technischen Aufgaben der Elektrotechnik/Elektronik, der Chemie und des Maschinen- und Fahrzeugbaus. In den Jahren 1963 bis 1966 wurde in der volkseigenen Industrie die Produktion von 16 000 neuen Erzeugnissen aufgenommen, 1966 um 29 Prozent mehr als 1962. In der metallverarbeitenden Industrie betrug 1965 der Anteil der neu eingeführten Erzeugnisse an der Warenproduktion 7,5 Prozent.

Wachstumstempo für den technischen Fortschritt

Die Industrieproduktion stieg 1966 gegenüber dem Jahre 1962 um rund

25 Prozent. In einem Quartal des Jahres 1966 wurde damit das gleiche Produktionsvolumen geschaffen wie im gesamten Jahr 1950. Die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität sicherte trotz der seit 1962 rückläufigen Zahl der Beschäftigten diesen Aufschwung der Industrieproduktion. Gleichzeitig wurden eine höhere Kontinuität der Produktion, eine Steigerung der Fondsrentabilität und eine wesentliche Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse erreicht.

Qualifikation

der Arbeiter und Angestellten

Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts führt zu erheblichen Veränderungen der Art der Tätigkeit der Werktätigen. Während sich der Umfang der manuellen Arbeit, insbesondere der körperlich schweren, verringert, steigen die Anforderungen an die Qualifikation. Der Anteil der Produktionsarbeiter, die an Maschinen und Anlagen tätig sind, stieg von 44,5 Prozent im Jahre 1962 auf 47,2 Prozent im Jahre 1966. Der Anteil der Produktionsarbeiter und des ingenieurtechnischen Personals mit Kontroll- und Überwachungsfunk-

tionen an Maschinen und Anlagen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 4,2 auf 4,8 Prozent.

Im Jahre 1966 haben von 100 Arbeitern und Angestellten der Wirtschaftsbereiche Industrie, Bauwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen 29 Personen eine Qualifizierung bzw. Ausbildung aufgenommen. Das bedeutet, daß jeder 3. männliche und jeder 5. weibliche Werktätige dieser Betriebe an Qualifizierungsmaßnahmen teilnimmt. 1965/66 besuchten 320 000 Werktätige Volkshochschulkurse, darunter bereiteten sich 17 000 Hörer auf das Fachschulstudium vor, 36 000 Hörer erlernten Fremdsprachen.

Leistungsfähige Konsumgüterindustrie

Neben der Produktion langlebiger Konsumgüter wurde insbesondere die Produktion von Textilien aus synthetischen Fasern erheblich gesteigert. So stieg von 1962 bis 1966 die Produktion von Untertrikotagen aus Dederonseide um 111 Prozent, von Obertrikotagen aus Synthesefasern um 97 Prozent, von Kammgarngeweben mit Synthesefasern um 238 Prozent.

Ausschlaggebend: Familieneinkommen

Wenn es um den Lebensstandard einer Familie geht, interessiert nicht nur der Lohnstreifen des Vaters. Ausschlaggebend ist das Familieneinkommen.

In der DDR stehen — vor allem dank der Gleichberechtigung und der besseren sozialen Einrichtungen — über zwei Drittel der Frauen im Berufsleben (72 Prozent), in der Bundesrepublik dagegen nicht ganz die Hälfte (48 Prozent). Dadurch erhöht sich das durchschnittliche Familieneinkommen.

In der DDR ist außerdem gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung von Frauen und Jugendlichen ein überall befolgter Grundsatz.

Die Löhne für Frauen und Jugendliche liegen also im allgemeinen höher als in der Bundesrepublik. Weit mehr Frauen und Jugendliche sind zudem infolge systematischer staatlicher Förderung in qualifizierten Berufen, in leitenden Stellungen tätig.

In der Bundesrepublik verdient die Industriearbeiterin bei gleichwertiger Arbeit wöchentlich 60,— DM weniger als ihr männlicher Kollege. Mädchen vor Vollendung des 21. Lebensjahres erhalten nicht einmal den Frauenlohn.

Der Lohn wird — ohne daß dafür in einem Staat des Gemeineigentums Lohnkämpfe notwendig wären — stetig und planmäßig erhöht. Er hat sich seit Bestehen der DDR etwa verdoppelt und wurde seit 1955 auf 147,1 Prozent gehoben. Allein 1966 stieg das Arbeits-einkommen der Bevölkerung um 3,7 Prozent — und zwar bei gleichgebliebenen Preisen.

Wachstum des durchschnittlichen monatlichen Brutto-Arbeits-Einkommens in der DDR (MDN)

Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte

Wirtschaftsbereich	1955	1960	1963	1964	1965
Sozialistische Industrie	459	575	613	631	655
Volkseigene Bauindustrie	446	603	639	654	687
Volkseigene Land- und Forstwirtschaft	357	509	532	548	584
Volkseigener Verkehr	433	580	623	651	672
Post- und Fernmeldewesen	345	468	558	565	574
Sozialistischer Handel (ohne Bäuerliche Handelsgenossenschaften)	365	480	504	515	530
Durchschnitt	432	555	593	610	633

Miete:

3,9 Prozent vom Familieneinkommen

Dabei muß man sich eins vor Augen halten: Die Frage, was sich eine durchschnittliche Familie von ihrem Lohn leisten kann, hängt nicht nur von den Preisen für Lebensmittel und Indu-








striewaren ab. Entscheidend ist, was vom Lohn übrigbleibt, wenn die Ausgaben für Miete, Strom, Gas, Fahrgeld usw. abgezogen sind. Eine große Rolle spielt, was für die Unterbringung und Ausbildung der Kinder, für Urlaubsreisen usw. ausgegeben werden muß.

Gerade in dieser Hinsicht gibt es in der DDR Errungenschaften, die weder auf der Lohnhöhe stehen noch im Schaufenster liegen, und die sich auch ein Besucher aus Westdeutschland nicht kaufen kann (zum Beispiel auch das billige Mittagessen in den Betrieben für 70 Pfennig).

Einen Fernsehapparat, der heute in der DDR noch etwa das Doppelte kostet wie in der Bundesrepublik, kauft sich der Durchschnittsbürger vielleicht alle acht, zehn oder gar zwölf Jahre. Seine Miete aber, die in der BRD zwei- bis dreimal so hoch ist wie in der DDR, muß er jedes Jahr zwölfmal entrichten.

Ein DDR-Bürger erntet oft Unglauben bei Westdeutschen, wenn er auf ihre Frage wahrheitsgemäß antwortet, daß er als Inhaber einer modernen Zweizimmerwohnung der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft, mit Müllschlucker, Bad, Zentralheizung und eingebauter Küche in Berlin monatlich 75,50 MDN Miete bezahlt (Baujahr 1965). Eine moderne Vierraum-Komfort-Wohnung mit großem Balkon kostet in der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft 96,40 MDN einschließlich Fernheizung und Warmwasser. Weitere Bequemlichkeiten: Einbauküche mit einer Öffnung zum Durch-

Industrielle Bruttoproduktion (1962 = 100)

	1963	1964	1965	1966
 Industrie insgesamt	104	111	118	125
 Energiebetriebe	105	114	116	125
 Chemische Industrie	107	116	126	137
 Plast- u. Elastver- arbeitungsmaschinenbau	109	124	129	136
 Elektronische Industrie	109	119	128	147
 Industrie der Meß-, Steuer- und Regel- technik	115	129	165	185
 Feinmechanische und optische Industrie	109	118	137	148

reichen ins Wohnzimmer, gekacheltes Bad, ganzwandige Einbauschränke im Schlafzimmer und in der Diele.

Der Preis je Quadratmeter beträgt für AWG-Wohnungen in Berlin 0,85 bis 1,35 MDN je nach Komfort. In der Bundesrepublik sind 2,05 DM selbst im „sozialen Wohnungsbau“, der jetzt eingeschränkt wird, das Mindeste; der Durchschnitt liegt bei 2,35 DM.

Lebendige sozialistische Demokratie

206 500 Bürger der DDR vertreten als Abgeordnete in den Gemeindevertretungen, Stadtverordneten- und Stadtbezirksversammlungen, in Kreis- und Bezirkstagen und in der Volkshammer die Interessen der Bevölkerung. Jeder 60. wahlberechtigte Bürger ist Volksvertreter in einem der gewählten Organe der Staatsmacht.

300 000 Mitglieder, darunter 65 000 Frauen und 15 000 Jugendliche, von Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitsgruppen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unterstützen die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen und beraten vor allem Probleme auf dem Gebiet des Handels, der Dienstleistungen und des Wohnungswesens, Probleme der Einhaltung von Recht und Gesetzlichkeit und des Schutzes des Volkseigentums, der Erhöhung der Verkehrssicherheit, der Verbesserung der sozialen und medizinischen Betreuung sowie Probleme des Bildungswesens.

6,4 Millionen Berufstätige sind Mitglied des FDGB. Die Gewerkschaften unterstützen die Leitungstätigkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, kontrollieren die Altersversorgung und den betrieblichen Arbeitsschutz und leiten eigenverantwortlich die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten.

176 000 Werktätige, darunter 44 000 Frauen und 18 000 Jugendliche, sind Mitglieder der Ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben.

190 000 gewählte Mitglieder in 21 000 Konfliktkommissionen und 55 000 Mitglieder von Schiedskommissionen entscheiden in Betrieben, Genossenschaften und Wohngebieten über geringfügige Straftaten und zivilrechtliche Streitigkeiten.

113 000 Werktätige führen in den Organen, Kommissionen und Ausschüssen der Arbeiter- und Bauerninspektion ehrenamtlich eine wirksame Volkskontrolle durch.

49 600 Bürger sind als Schöffen an den Gerichten tätig, davon 42 Prozent Frauen.

154 000 Bürger wirken in 9000 Elternbeiräten der allgemeinbildenden Schulen als Mitglieder mit. Außerdem unterstützen 350 000 Bürger in 90 000 Klassenelternaktivs die Lehr- und Lernfähigkeit.

Hohe Bildung für das Volk

In der DDR ist das Bildungsprivileg der Besitzenden ein für allemal beseitigt. Jeder hat unabhängig von seiner sozialen Stellung oder der seiner Eltern die Möglichkeit, entsprechend seinen Anlagen und Fähigkeiten hohe Bildung zu erwerben. Es werden kein Schulgeld und keine Studiengebühren erhoben, sondern äußerst großzügig Beihilfen und Stipendien gezahlt.

Ergebnis und Beweis: Während in Westdeutschland nur 18 Prozent aller Jugendlichen mehr als acht Klassen die Schule besuchen, erhalten heute fast 80 Prozent aller Schüler der DDR eine mindestens zehnklassige Schulbildung. (Das Land Bayern hat im Januar 1967 die Einführung auch nur des 9. Schuljahres abgelehnt.)

49 Prozent der Schüler der Erweiterten Oberschulen sind in der DDR Arbeiter- und Bauernkinder — in der Bundesrepublik sind es nur acht Prozent, die Gymnasien und höhere Schulen besuchen.

In der DDR gibt es, gemessen an der Bevölkerungszahl, doppelt soviel Studenten wie in Westdeutschland. 40,6 Prozent der Direktstudenten waren Kinder von Arbeitern, 6,7 Prozent Kinder von Genossenschaftsbauern, 24 Prozent von Angestellten. In der BRD gibt es nicht einmal 6 Prozent Arbeiterkinder an den Universitäten.

Die DDR gibt soviel Geld für Bildung und Wissenschaft aus wie kaum ein anderer Staat in der Welt. 1965 waren es 5,9 Milliarden MDN für Erziehung und Bildung.

Schon 1960 wies die UNESCO in ihrem Jahresbericht aus, daß die DDR je Kopf der Bevölkerung für Bildung und Wissenschaft jährlich 79 Dollar ausgab und in der Welt den vierten Platz einnahm. Die Bundesrepublik rangierte mit 27 Dollar je Kopf an 22. Stelle.

Das verfassungsmäßig garantierte gleiche Recht jedes Bürgers auf Bildung (§ 35) ist durch das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistet. Die Etappen des Bildungsweges sind vom Kindergarten bis zur Universität genau aufeinander abgestimmt.

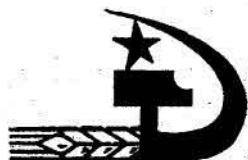
Grundlage ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die alle Schüler besuchen. Die besten Schüler wechseln nach der 8.

bzw. 10. Klasse auf die Erweiterte Oberschule über, auf der sie nach der 12. Klasse das Abitur ablegen und damit die Hochschulreife erwerben.

Das Hochschulstudium ist in der DDR allein von den Leistungen und nicht vom Geldbeutel abhängig. Der Staat zahlt an 95 Prozent der Studierenden ein Stipendium von 140 bis 450 Mark monatlich. Das Grundstipendium für Kinder von Arbeitern und Bauern beträgt generell 190 Mark.

Schließlich: Die Eltern brauchen sich auch keine Sorgen um den Bildungsinhalt zu machen. Sie brauchen nicht zu fürchten, daß eine reaktionäre Schule ihre Kinder wieder für militärische Abenteuer vorbereitet, wie das so vielen Generationen junger Deutscher geschah.

50 Jahre Oktoberrevolution



Zu Ehren des Großen Oktober

Hervorragende Leistungen werden die Werktätigen Leningrads im Jubiläumsjahr vollbringen. Dazu gehören die Projektierung einer Einwellen-Dampfturbine mit einer Leistung von 800 Megawatt, der Stapellauf des 62 000-Tonnen-Tankers „50 Jahre Oktober“, der Bau des Prototyps eines Baggers für Tagebaue, dessen Schürfkübel 12,5 Kubikmeter fassen kann und die Auslieferung der ersten 508-MW-Turbinen für das Wasserkraftwerk Krasnojarsk.

Im Wettbewerb mit den Moskauer Werktätigen haben sich die Leningrader verpflichtet, bis zum 7. November Erzeugnisse für 90 Millionen Rubel über den Plan hinaus zu produzieren und bereits am 27. Dezember den Jahresplan zu erfüllen.

Schwerpunkt in den Wettbewerbsverpflichtungen ist das Bestreben, die Stadt der Oktoberrevolution zu ihrem Jubiläum noch schöner zu gestalten

und die Lebensbedingungen ihrer Bürger weiter zu verbessern.

So haben sich die Bauleute verpflichtet, bis zum 50. Jahrestag Wohnungen mit einer Gesamtfläche von mehr als 1,1 Millionen Quadratmeter schlüsselfertig zu übergeben. Ferner wollen sie vorschulische Einrichtungen für 6000 Kinder, vier Polikliniken, einen großen Film- und Konzertsaal und ein neues Stadion vorfristig fertigstellen.

Mit Jubiläumselan

An Angara und Wiljui, Sulak und Jenissei sind die Anstrengungen der Erbauer neuer Großkraftwerke darauf gerichtet, im Jubiläumsjahr neue Marksteine im Elektrifizierungsprogramm der Sowjetunion zu setzen. So ist auf der Baustelle von Ust-Ilim mit einer mächtigen Sprengung ein wichtiger Schritt zu der vorgesehenen Abriegelung der Angara getan worden. Die dabei freigelegten 15 000 Kubikmeter Felsgestein sollen zur Auf-

schüttung des oberen Fangdamms verwendet werden. Zugleich weichen schon jetzt die Taigawälder zu beiden Ufern des Stromes dem Bett des künftigen Stausees. 650 000 Kubikmeter Holz werden bis Ende des Jahres geschlagen werden. Mit einer projektierten Leistung von 4500 Megawatt wird der zweite Angara-Riese seinem Bratsker Bruder ebenbürtig sein.

Zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution werden in Krasnojarsk am Jenissei die ersten beiden 500-MW-Turbinen anlaufen. Damit nimmt das künftig größte Wasserkraftwerk der Welt seinen Betrieb auf.

Westdeutschland wird noch einmal gebaut

Im Wohnungsbau steht die Sowjetunion an absolut führender Stelle in der Welt. Im zurückliegenden Siebenjahrplan wurden in der UdSSR sovjet Wohnungen gebaut wie in den vorangegangenen 40 Jahren. Das heißt, die Werktätigen der Bauindustrie übergaben in diesen sieben Jahren 526 Millionen m² Wohnraum. Von 1966 bis 1970 werden 480 Millionen m² Wohnraum bezugsfertig.

Versuchen wir, uns diese Größenordnung vorzustellen. Einige Vergleiche verdeutlichen die außerordentlich großen Vorhaben der sowjetischen Bauindustrie.

In diesem Planjahrfünft, bis 1970, werden annähernd 65 Millionen Sowjetbürger neue Wohnungen erhalten. Westdeutschland zählt rund 60 Millionen Einwohner.

Im vergangenen Siebenjahrplan entstanden in der UdSSR 5500 Großbetriebe; im laufenden Fünfjahrplan rechnet man mit ähnlichen Größen. In Westdeutschland gibt es insgesamt nur 2773 Betriebe dieser Größenordnung (1589 mit 500 bis 1000 Beschäftigten und 1184 mit über 1000 Beschäftigten).

Man kann also mit vollem Recht sagen: In der UdSSR wird in diesem Planjahrfünft Westdeutschland noch einmal gebaut.

Irtysch-Wasser für Karaganda

Die Arbeiten am Irtysch-Karaganda-Kanal, einem der größten Bauvorhaben

des Fünfjahrplanes, sollen auf Beschluß der sowjetischen Regierung beschleunigt werden. Bereits 1970 werden an dem 450 km langen Kanal, der die an Kohle, Kupfer und Eisen reichen Steppen Zentralkasachstans mit Wasser versorgen wird, die wichtigsten Arbeiten abgeschlossen sein. Die in diesem Gebiet liegenden großen Industriezentren Ekibastus, Temirtau und Karaganda warten bereits dringend auf Wasser. Außerdem wird der Kanal die Bewässerung von 110 000 ha Land in den Gebieten Karagandas und Pawlodar ermöglichen. Später soll der Kanal in südwestlicher Richtung bis Dsheskasgan verlängert werden.

Das Irtysch-Wasser wird in dem Kanal 450 m bergauf fließen. Dazu müssen die mehr als 8000 Kanalbauer neben 22 Staudämmen zahlreiche Pumpstationen errichten, die in einer Sekunde bis zu 110 Kubikmeter Wasser fördern. Entlang des Kanals werden sich 700 km Hochspannungsleitungen und 490 km Asphaltstraße hinziehen.

Erstes Atomkraftwerk jenseits des Polarkreises

Die Bauarbeiten für das erste Atomkraftwerk jenseits des Polarkreises haben jetzt auf der Tschuktschen-Halbinsel begonnen. 1970 soll das Atomkraftwerk den ersten Strom liefern. Seine Turbinen werden eine installierte Leistung von 48 000 Kilowatt haben und die umliegenden Gold-, Quecksilber- und Zinnbergwerke sowie die kleine Siedlung Bilibino mit Energie versorgen.

Auf dem Baugebiet — einem von Bergen geschützten Plateau — wird gegenwärtig die riesige Baugrube ausgehoben. Heftige Schneestürme sowie die zeitweilig bis zu minus 50 Grad absinkenden Temperaturen und der hartgefrorene Boden erschweren die Arbeiten.

Das Projekt Bilibino ist nun der erste Schritt zur wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie in diesen Breiten. Bilibino wird das erste Atomkraftwerk jenseits des Polarkreises.

Das Mißgeschick der Lady Astor

Im Säulensaal des Gewerkschaftshauses fand am 26. Juli eine Veranstaltung zu Ehren Bernard Shaws anlässlich seines 75. Geburtstages statt, den der große englische Dramatiker in der Hauptstadt des Sowjetlandes begehen wollte.

„Literaturnaja gaseta“ vom 30. Juli 1931

Der berühmte englische Satiriker war in der Sowjetunion überall ein gern gesehener Gast. Mit ihm zusammen reisten Lady und Lord Astor, eine bekannte englische Großgrundbesitzer-Familie, durch die Sowjetunion. Im Juli 1931 besuchten sie eine Kommune im Gebiet Tambow, deren Gründung W. I. Lenin bereits im Jahre 1922 begrüßt hatte. Über den Besuch der englischen Gäste in einem sowjetischen Dorf berichtete der bekannte sowjetische Dramatiker W. Kirschon in der „Prawda“. Im folgenden bringen wir einen Auszug aus seiner Reportage „Das Mißgeschick der Lady Astor“.

★

Bernard Shaw sagte in England die Wahrheit über die UdSSR, Lady Astor hingegen die Unwahrheit. Bernard Shaw ist gekommen, um seine Überzeugung von den Siegen des Sozialismus durch Fakten bestätigt zu finden. Lady Astor war beharrlich bemüht, in unserem Lande die „Schrecken“ zu finden, von denen sie voller Überzeugung in England gesprochen hatte. Aus Bernard Shaws Worten wissen wir, daß er mit seiner Reise durchaus zufrieden ist. Wir wissen nicht, was Lady Astor über die UdSSR sagen wird, müssen jedoch feststellen, daß sie eine bittere Enttäuschung erlebt hat: Die „Schrecken“ blieben aus.

In der Lenin-Kommune (Rayon Kirsanowo) und in den umliegenden Dörfern führte die Lady mehrere Gespräche mit der „unterdrückten Bevölkerung der Sowjetunion“, und da diese Gespräche nicht nur für die Lady von Interesse sind, gestatten wir uns, ihren Inhalt kurz wiederzugeben. Nach Besichtigung des Musterkuhstalles knüpfte die englische Aristokratin, die ein wenig hinter ihren Begleitern zurückgeblieben war, das erste Gespräch mit der Viehpflegerin Maria Kardasch an: „Nun, wie ist denn das Leben?“ fragte sie. „Schwer?“ — „Aber nein,

wir können nicht klagen, um unsere Kommune steht es gut.“

Lady Astor: „Ich frage, wie es Ihnen persönlich geht und nicht der Kommune.“

Maria: „Wenn es aber um die Kommune gut steht, dann geht es auch mir und uns allen gut. Wir sind doch Kommunarden.“

Lady Astor: „Das stimmt nicht. Das wird Ihnen eingeredet. Wenn ein Mensch nicht für sich selbst sorgt, wird er nichts erreichen.“

Maria: „Aber als wir nur für uns selber sorgten, haben wir schlecht gelebt; anders wurde es, als wir in die Kommune gingen und wie ein Kollektiv lebten. Ein Kollektiv ist eben überall notwendig.“

Lady Astor: „Begreifen Sie doch, daß das Kollektiv unterdrückt, daß es einem unmöglich macht, so zu leben, wie man will. Ich zum Beispiel lebe selbständig. Fahre, wohin ich will, tue, was ich will.“

Maria: „Sie sind doch reich, aber die Arbeiter bei Ihnen, die arbeiten doch?“

Lady Astor: „Unsere Arbeiter leben gut. Sie sind gebildet und kultiviert.“

Maria: „Ich glaube nicht, daß sie gut leben. Wenn sie aber gebildet sind, werden sie um so eher die Revolution machen.“

Lady Astor: „Bei uns kann es keine Revolution geben.“

Maria: „Aber sicher wird es sie geben. Bei uns gab es zu Beginn der Revolution so viele Analphabeten, so viele Ungebildete, und dennoch haben sie die Oktoberrevolution vollbracht. Und wenn die Arbeiter bei Ihnen, wie Sie sagen, gebildet sind, werden sie unbedingt eine Revolution machen.“

Lady Astor: „Auf jeden Fall wird es bei uns keinen Bolschewismus geben.“

Maria: „Doch. Es wird Bolschewiki geben. Ohne sie wird man nicht auskommen.“

Lady Astor: „Nein, nein, nein.“

Damit war das Gespräch beendet. Lady Astor setzte die Besichtigung der Ställe, der Wäschereien und der Wohnheime der Kommune fort.

In der großen Brotbäckerei stieß Lady Astor auf die Arbeiterin Pilippenko, die lange in Australien gelebt hat.

Lady Astor: „Haben Sie in Australien ein Zimmer für sich gehabt?“

Pilippenko: „Das habe ich.“

Lady Astor: „Und hier?“

Pilippenko: „Hier wohne ich mit fünf Personen in einem Zimmer.“

Lady Astor: „Mein Gott! Und Sie sind dennoch der Meinung, daß es hier besser ist?“

Pilippenko: „Unbedingt.“

Die Lady konnte sich nicht beruhigen. Sie wandte sich erregt an Bernard Shaw, der dazugekommen war, und erzählte ihm von der Arbeiterin Pilippenko, die mit fünf Personen in einem Raum leben muß. „Es kommt auf den

Raum an“, erwiderte Shaw. Wir besichtigten ihn. Als Shaw dieses große mehrfenstrige Zimmer betrat, sagte er zu der Lady: „In England leben 15 Arbeiter in solch einem Zimmer.“

Wir wissen nicht, was Lady Astor über die UdSSR sagen und schreiben wird. Eines steht jedoch außer Zweifel; Lady Astor hat sich in der Praxis davon überzeugt, wie verlogen die Fabeln ihrer Gesinnungsgenossen über die Zwangsarbeit in der UdSSR sind. Die Lady hat gesehen, wie tatkräftig und bewußt die Arbeiter und Bauern ihre Betriebe aufbauen.

Die Lady hatte sich die Aufgabe gestellt, unmittelbar mit den Arbeitern, Kolchosmitgliedern und Bauern „von Mensch zu Mensch“ zu sprechen. Sie wollte ihre Gesprächspartner von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady erhielt eine scharfe Abfuhr, die ihr gezeigt haben mag, wie sehr die Werktätigen unseres Landes davon überzeugt sind, daß die Linie der bolschewistischen Partei richtig ist.

„Prawda“ vom 2. August 1931

● Ein 65geschossiges Bürogebäude wird in den nächsten Jahren im Norden von Moskau gebaut. Der Wolkenkratzer — künftig das höchste Gebäude der sowjetischen Hauptstadt — soll das Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung der UdSSR aufnehmen. Das Hochhaus entsteht aus Stahlbeton-Fertigteilen. Es wird mit heller Keramik, Glas und Aluminium verkleidet.

● Rund 48 000 000 Fluggäste beförderte die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot im vergangenen Jahr auf ihren Flugstrecken, die eine Gesamt-

länge von 500 000 km erreicht haben. Die zivile Luftfahrt unterhält gegenwärtig mit 51 Ländern Flugverkehrsabkommen. Im Jahre 1967 soll die Zahl der beförderten Personen auf 53 000 000 ansteigen.

● Etwa 380 000 t Zement wird die UdSSR 1970 an jedem Arbeitstag produzieren. Damit liefert sie in zehn Tagen ebensoviel wie Australien oder Schweden in einem Jahr. Mit einer Jahresproduktion von 100 bis 105 Millionen t Zement wird die Sowjetunion ein Viertel der heutigen Weltproduktion bestreiten.

Aus dem Leben der Partei

Wie machen wir die Partei für unsere neuen Mitglieder zur politischen Heimat?

Der nachfolgende Beitrag wurde uns von einer Bezirksleitung zur Verfügung gestellt. Die Genossen stellen ihre Erfahrungen zur Diskussion.

Die Gewinnung neuer Mitglieder, die Verjüngung unserer Organisation ist die Lebensfrage unserer Partei. Diese Einsicht führte uns zu großen

Anstrengungen. Die falsche Meinung „in der Illegalität kann man keine neuen Genossen gewinnen“ wurde weitgehend überwunden. In den mei-

sten Parteiorganisationen gibt es gute Beispiele, wie neue Mitglieder gewonnen wurden. Aber diese Erfolge sind das Werk verhältnismäßig weniger, aktiver Genossen, von denen mancher der Partei eine Vielzahl neuer Streiter gewann. Die Werbung wurde also bisher noch nicht zur gemeinsamen Auf-

gabe aller Genossen der Grundorganisation. Dieser Schritt bleibt zu tun! Heute jedoch soll uns eine weitere Seite der Mitgliederwerbung beschäftigen, und zwar die Frage: Welche Erfahrungen gibt es mit unseren neuen Genossen, wie gelingt ihre Eingliederung in die Parteiorganisation?

I

Fest steht: Die Aufnahme eines neuen Genossen ist eine Sache — seine Eingliederung in die Partei eine andere. Beides jedoch gehört untrennbar zusammen. Jemanden nur aufnehmen und sich dann nicht mehr um ihn kümmern, das ist falsch und wird in den meisten Fällen schlecht ausgehen. Leider haben wir durch solche Fehler manchen hoffnungsvollen Menschen wieder verloren. Vielleicht hatte er es sich bei uns anders vorgestellt oder er fand in seiner Gruppe nicht auf Anhieb den rechten Anschluß, vielleicht wurde er mit ungeeigneten Aufgaben überfordert oder er bekam Zweifel an der Richtigkeit unserer Politik. All das wäre sicherlich auszuräumen gewesen, wenn sich der Genosse, der ihn gewonnen hat, weiter um ihn gekümmert hätte.

Bedenken wir doch: Neu aufgenommene Genossen sind noch keine fertigen Kommunisten, viele Schwierigkeiten warten auf sie. Wir verlangen von ihnen Disziplin auf der Grundlage unseres Statuts, Mitarbeit an der Politik der Partei und Ausführung der Beschlüsse sowie Auftreten im Sinne unserer Politik vor einer oft antikommunistisch irreführenden Öffentlichkeit. Sicher ist das alles nicht immer leicht und erfordert viel Selbstüberwindung und Hilfe. Zum Kommunisten wird man erst in der Partei, und so mancher erfahrene Genosse kann ein Lied davon singen, wie schwer, aber auch wie schön es ist, wenn die Partei uns erzieht.

Vielfach kommen unsere neuen Genossen mit großen Erwartungen zu uns, stellen sich die Kommunisten als Übermenschen vor und sind dann anfangs enttäuscht, auch in unseren Reihen menschliche Schwächen zu finden. Bei all diesen Problemen benötigen sie unsere Hilfe, unser Vertrauen, unsere

Freundschaft, von Mensch zu Mensch, von Genosse zu Genosse — aber keinesfalls Schulmeisterei und Überheblichkeit.

Wir wissen, aus welchen verschiedenen Richtungen heute — im Gegensatz zu früher — neue Menschen zu uns stoßen. Das ist ein Spiegelbild des allumfassenden Klassenkampfes, der in unserem Land geführt wird.

Woher kommen nun heute unsere neuen Genossen? Pazifistisch beeinflusst durch den Kampf um den Frieden, von der marxistischen Theorie beeindruckt in vielfältigen Diskussionen, in ihrem Klassenbewußtsein gestärkt durch die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzung in Betrieb und Gewerkschaft. So mancher, der voll Unzufriedenheit mit dem Gemeinsamkeitskurs der SPD-Führung aus dieser Partei ausgetreten ist, fand den Weg zu uns. Für andere war es die persönliche Freundschaft zu einem Kommunisten. Oder auch nur einfach jugendliche Unzufriedenheit und Ablehnung gegen das Bestehende.

Jeder neue Genosse kommt mit seinen eigenen Vorstellungen und bringt bürgerliches Gedankengut mit, Ansichten, die der Klassenfeind mit all seinen Möglichkeiten (Schule, Presse, Rundfunk, Fernsehen usw.) ständig neu erzeugt. Da gibt es Vorbehalte gegenüber der DDR verbunden mit formal demokratischen Vorstellungen und Illusionen über die Bundesrepublik. Oft wird das Ausmaß und die Ernsthaftigkeit der Kriegsvorbereitungen und damit die Gefährlichkeit der Politik der Bundesregierung nicht erkannt. Ungeduld führt zu der Forderung, in Vietnam „endlich dazwischenzuschlagen“, angelerntes Schulwissen zu falschen Ansichten über die Geschichte unserer Partei und unseres Volkes, pazifistische Einflüsse zum

Verwischen des Klasseninhaltes unserer Politik. Mit tiefer Sorge werden die Vorgänge in China betrachtet und mitunter daraus falsche Schlußfolgerungen gezogen. Weil so mancher neue Genosse mangels eigener Erfahrung die Gefährlichkeit und Heimtücke des Klassenfeindes unterschätzt, begreift er auch nicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Kampforganisation, der strengen Disziplin in unseren eigenen Reihen, der Verbindlichkeit der Beschlüsse für alle. Das führt zu Auffassungen wie: Ihr bestimmt — wir sollen das ausbaden, wir lassen uns nicht kommandieren usw.

All das ist verständlich. Doch darf man sich damit nicht zufrieden geben, die Geschlossenheit und Kampfkraft der Partei erfordert die Überwindung solch falscher Ansichten. Das verlangt — und auch das erwarten die jungen Genossen — eine kameradschaftliche, aber offene und kämpferische Auseinandersetzung mit den teilweise bei ihnen vorhandenen bürgerlichen Mei-

nungen. Dabei sind das Statut (das jedem neuen Genossen ausgehändigt und mit ihm diskutiert werden sollte), die Parteibeschlüsse sowie das „Freie Volk“ und „Wissen und Tat“ durch nichts zu ersetzende Hilfen.

Geschieht dies, dann wird die Partei mit jedem neuen Genossen um viele Möglichkeiten und Verbindungen reicher, dann werden neue, bislang von uns übersehene Probleme aufgeworfen, lebensnähere Argumente werden unsere Überzeugungskraft vergrößern, unsere Sprache wird volkstümlicher und verständlicher werden. Auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist die Gewinnung neuer Genossen eine Lebensfrage. Das alles vollzieht sich in Betriebsgruppen leichter als in Wohngebietsgruppen. Man kennt sich gegenseitig, weil man zusammen in einem Betrieb arbeitet, man bleibt im selben Personenkreis, die politische Problematik ist für alle nahezu gleich, die Aufgabenstellung ergibt sich fast zwangsläufig.

II

Mit Freude stellen wir bei einigen Betriebsgruppen auf Grund der Neuaufnahmen eine erhebliche Verjüngung fest. Aber nicht nur das. Viele neu gewonnenen Genossen haben beachtlichen Einfluß bei ihren Kollegen und füllen wichtige gewerkschaftliche bzw. betriebliche Funktionen aus. Bewährt hat sich die Werbung von fortschrittlichen Kollegen in Schlüsselpositionen. Auch wenn hierfür viel Arbeit und Überzeugungskraft aufgewandt werden mußte — handelt es sich doch zumeist um kritische Kollegen mit ausgeprägter eigener Meinung — so lohnte der Erfolg die Mühe. In ganzen Abteilungen konnten wir so den bestimmenden Einfluß erreichen. Man braucht kaum noch hinzuzufügen, daß der Inhalt und die Wirksamkeit unserer Betriebszeitungen verbessert wurde und sich unser Einfluß auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen vergrößerte. Im Zeichen der sich zuspitzenden sozialen Konflikte wird so manche Auseinandersetzung im Betrieb von unseren Argumenten beherrscht. Die Verbesserung des oftmals angespannten Verhältnisses zwi-

schen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie das Vertrauen der Kollegen ist die Folge.

So erfreulich diese Bilanz einiger Betriebsgruppen ist, vorhandene Schattenseiten dürfen nicht verschwiegen werden. Noch gibt es unbegründete Zurückhaltung gegenüber den neuen Genossen bei der Aufgabenstellung, übertriebene Vorsicht gegenüber Genossen, die man seit Jahren kennt und Unverständnis dafür, daß neue Genossen falsche Ansichten verteidigen. Mitunter sind es nicht einmal falsche, sondern nur ungewohnte Ansichten. Auch das Neue, Notwendige ist oft zuerst unbequem und störend. Umso wichtiger wird die gemeinsame Diskussion in der Grundorganisation.

Die Schwierigkeiten in den Wohngebietsgruppen sind größer. Zuweilen kennt der neue Genosse nur einen aus der Gruppe näher. Man sieht sich selten, manchmal nur am Gruppenabend. Die Aufgabenstellung ist schwierig, weil die Genossen über ein weites Gebiet verstreut und in den verschiedensten Organisationen tätig sind.

Drei Erfahrungen haben sich für die Eingliederung neuer Genossen in die Wohngebietsgruppen ergeben:

① Die persönlichen Bindungen des betreffenden Genossen müssen erhalten und für die Partei nutzbar gemacht werden. Oft kommt man so an völlig neue Menschen heran. Mitunter gelingt es, einige davon ebenfalls zu Kommunisten zu machen.

② Mit Geduld und Behutsamkeit sollte ein gemeinsamer Aufgabenkreis geschaffen werden. Gut bewährt hat sich, wenn alle Genossen einer Grundorganisation einer anderen Organisation beitreten, z. B. Mieterverein, Konsum usw. Das erleichtert die Aufgabenstellung, ihre Durchführung und die gegenseitige Hilfe.

③ Man muß stets den Arbeitsplatz, den Betrieb des neuen Genossen im Auge behalten und ohne jeden „Gruppenegoismus“ überlegen, wie man dort zu einer Betriebsgruppe kommen kann.

Das wird sich nicht immer verwirklichen lassen. In solchen Fällen sollten wir stärkeren Gebrauch machen von unserem neuen Statut, das die Bildung von Gruppen an Wirkungsstätten ermöglicht.

Gerade in Bezug auf die Werbung und Eingliederung neuer Genossen tragen alle Leitungen größte Verantwortung. Sowohl im Betrieb als auch im Wohngebiet. Es zahlt sich aus, wenn die Leitungen die erforderlichen Maß-

nahmen ergreifen, um das politische Wissen unserer neuen Mitglieder möglichst bald zu vergrößern. Die Möglichkeiten hierzu sind bekannt. So wird auch die Lust an der Weiterbildung, am Studium des Marxismus geweckt. Auf die Dauer kann in der heutigen komplizierten Situation kaum ein Genosse ohne den ernsthaften Willen zum Selbststudium auskommen.

Was also ist notwendig zur festen Eingliederung unserer neuen Genossen? Wer einen neuen Genossen geworben hat, muß sich weiter um ihn kümmern. Jedes neue Mitglied ist in einer Grundeinheit zu erfassen. Dort kameradschaftliche, aber offene und prinzipielle Auseinandersetzung über alle Fragen die aufgeworfen werden. Heranführen des neuen Genossen an Aufgaben, die seinem Können und seiner Veranlagung entsprechen und unsere Hilfe bei der Lösung dieser Aufgaben. Dabei keine Scheu davor, den jungen Genossen nach einer notwendigen Anlaufzeit verantwortungsvolle Funktionen zu übertragen. Nichts hebt so sehr die Freude an der politischen Arbeit wie Erfolge, wie gelöste Aufgaben, an denen man wächst. Wichtig ist das gründliche Lernen und die politische Weiterbildung des neuen Genossen.

Dies sind einige Erfahrungen aus unserer Arbeit und Überlegungen von Genossen aus unserem Gebiet. Wir hoffen, daß sie auch für andere Genossen wertvoll sind.

Für die Mappe des Propagandisten

Wirtschaftsergebnisse sozialistischer Länder Nach Berichten der statistischen Zentralämter über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne im Jahre 1966

In der Sowjetunion war das Wirtschaftsjahr 1966 ein günstiger Auftakt für den neuen Fünfjahrplan. Der Staatsplan wurde insgesamt erfüllt und in den wichtigsten Einzelpositionen übererfüllt. Gegenüber 1965 betrugen:

das gesellschaftliche Gesamtprodukt 108 Prozent, das Nationaleinkommen — 107,5 Prozent, die Industrieproduktion

— 108,6, die landwirtschaftliche Produktion — 110 Prozent, die Investitionen — 106, der Warenumsatz des Einzelhandels — 108,7, der Außenhandelsumsatz — 105 Prozent, die Arbeitsproduktivität in der Industrie — 105, in den Kolchosen und Sowchosen — 112, im Bauwesen — 105 Prozent, der Gewinn der gesamten Volkswirtschaft —

116, das Realeinkommen der Werktätigen je Kopf der Bevölkerung — 106 Prozent.

Die Industrieproduktion stieg um 8,6 Prozent gegenüber den im Plan vorgesehenen 6,7 Prozent. Für über 5,5 Md. Rubel wurden Erzeugnisse über den Plan hinaus produziert.

Es wurden u. a. erzeugt: 545 Md. kWh Elektroenergie, 265 Mill. t Erdöl, 145 Md. m³ Gas, 585 Mill. t Kohle, 70,3 Mill. t Roheisen, 96,9 Mill. t Stahl, 35,8 Mill. t Mineraldünger, 191 000 Stück spanabhebende Werkzeugmaschinen.

Die Bruttoproduktion in der Landwirtschaft belief sich auf über 61 Md. Rubel (in vergleichbaren Preisen von 1958), das sind etwa 10 Prozent mehr als 1965. Der Bruttoertrag an Getreide erreichte 170,8 Mill. t; im Vergleich zum bis dahin erntereichsten Jahr 1964 erhöhte er sich um 12 Prozent. Das Bruttoeinkommen der Kolchose erhöhte sich gegenüber 1965 um 15 Prozent. Die Sowchosen schlossen das Jahr insgesamt mit Gewinn ab.

Im vergangenen Jahr sind den Grundmittelfonds 46 Md. Rubel zugeführt worden. Es wurde mit dem Bau von etwa 400 großen Industriebetrieben begonnen. Die Investitionen in die Volkswirtschaft, einschließlich der Ausgaben der Kolchose und der Bevölkerung, betrugen etwa 52 Md. Rubel, d. h. um 6 Prozent mehr als 1965.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft lag bei 79,7 Millionen Beschäftigten und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Millionen vergrößert. Das durchschnittliche Monatseinkommen der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft erhöhte sich von 95,60 Rubel im Jahre 1965 auf 99 Rubel im Jahre 1966, d. h. um 3,6 Prozent. Rechnet man die Auszahlungen und Zuwendungen aus den gesellschaftlichen Fonds hinzu, stieg das Einkommen entsprechend von 129 Rubel auf 133 Rubel monatlich. Die Geld- und Naturaleinnahmen der Kolchosbauern aus der gesellschaftlichen Wirtschaft vermehrten sich um 16 Prozent. Die Auszahlungen und Zuwendungen, die die Bevölkerung aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhalten hat, beliefen sich auf über 45 Md. Rubel und hatten im Vergleich zum Vorjahr

einen Zuwachs von 7,9 Prozent zu verzeichnen.

Die Wohnverhältnisse und die kulturellen und Lebensbedingungen sind weiter verbessert worden. Aus staatlichen Mitteln und Mitteln der Arbeiter und Angestellten in den Städten und Landgebieten wurden 1,850 Mill. neue, gut ausgestattete Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 80 Mill. m², d. h. 800 000 m² mehr als 1965, gebaut und zur Nutzung übergeben. Weitere Erfolge wurden auf dem Gebiet der Volksbildung, der Wissenschaft und Kultur erzielt. Nach Angaben vom 1. Januar 1967 leben über 234 Millionen Menschen in der Sowjetunion.

(„Prawda“ vom 29. Januar 1967)

Die Volksrepublik Bulgarien hat 1966 den Volkswirtschaftsplan in allen wichtigen Zweigen übererfüllt. Das Nationaleinkommen erreichte 7 Md. Lewa. Das bedeutet im Vergleich zu 1965 einen Zuwachs um 11 Prozent. Die Industrieproduktion ist 1966 gegenüber dem Vorjahr um 12,2 Prozent gestiegen. Die bulgarischen Betriebe lieferten von Januar bis Dezember zusätzliche Erzeugnisse im Werte von 382 Mill. Lewa. Damit wurde ihr Plan um 4,6 Prozent übererfüllt.

In der Landwirtschaft wurde nach vorläufigen Angaben die Gesamtproduktion im Vergleich zum Jahre 1965 um 15 Prozent gesteigert. Der Zuwachs betrug in der Feldwirtschaft mehr als 20 Prozent und in der Viehwirtschaft rund 5 Prozent. Die Aufgabe, im abgelaufenen Jahr 6,4 Mill. t Getreide zu erzeugen, wurde von den Genossenschaftsbauern mit rund 500 000 t übererfüllt.

Das Bauwesen konnte seinen Plan um 4,4 Prozent überbieten. Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität gelang es, den Mangel an Arbeitskräften auszugleichen. Die Werktätigen des Transportwesens beförderten im Vorjahr 6,5 Prozent mehr Güter und 13,6 Prozent mehr Personen als 1965.

Der Warenumsatz des Einzelhandels lag im vergangenen Jahr um 3 Prozent höher als geplant war. Der Außenhandel überbot seinen Exportplan um 8,3 Prozent und den Importplan um 1,4 Prozent. 72,7 Prozent des gesamten

Außenhandels Bulgariens entfielen auf die sozialistischen Länder.

(„Rabotnitschesko Delo“

vom 1. Februar 1967)

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik hat sich im ersten Jahr ihres 4. Fünfjahrplanes einen guten Start gesichert. Das Nationaleinkommen erhöhte sich im vergangenen Jahr um mehr als 7 Prozent. Die Industrieproduktion wuchs gegenüber 1965 um 7,4 Prozent, wobei der Zuwachs in der Chemieindustrie und im Maschinenbau sogar 9 Prozent betrug. Das entspricht genau den Zielsetzungen des 4. Fünfjahrplanes, der eine erstrangige Entwicklung der Chemieindustrie vorsieht.

Zur positiven Seite der ČSSR-Wirtschaftsbilanz 1966 gehören auch solche Angaben wie die Überbietung des geplanten Bruttoeinkommens der Betriebe um 5,5 Md. Kčs, die Steigerung der Energieproduktion auf 36,5 Md. kWh, das sind 7 Prozent mehr als 1965. In der Gebrauchsgüterindustrie stieg die Produktion ebenfalls um 6,4 Prozent, wobei die Nachfrage noch nicht voll befriedigt werden konnte.

Die Arbeitsproduktivität ist 1966 in der Industrie um 4,7 Prozent gewachsen. In diesem Zusammenhang wird in dem Bericht des statistischen Amtes die kritische Feststellung getroffen, daß der Zuwachs der Industrieproduktion nur zu 64 Prozent durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität gesichert wurde.

In der Landwirtschaft verbuchte die ČSSR im vergangenen Jahr das beste Ergebnis in ihrer Geschichte. Die Bruttoproduktion stieg um 10 Prozent und die Marktproduktion sogar um 14,6 Prozent, wenn man den Durchschnitt der letzten 5 Jahre zugrunde legt. Auch die materiell-technische Basis der sozialistischen Landwirtschaft hat sich weiter gefestigt.

Gute Ergebnisse wurden 1966 in Wissenschaft und Technik erzielt, für deren Entwicklung 6,5 Md. Kčs ausgegeben wurden. Die Zahl der wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter erhöhte sich um 5000 und umfaßt jetzt 134 000 Personen. Durch Erfindungen wurden insgesamt 80 Mill. Kčs eingespart.

Der Außenhandel erhöhte seinen Umsatz um 2,2 Prozent und schloß mit einem Aktivsaldo von 860 Mill. Kčs ab. Wichtigste Außenhandelspartner der ČSSR sind nach wie vor die sozialistischen Staaten, deren Anteil am Außenhandelsumsatz fast 70 Prozent beträgt.

(„Rudé právo“ vom 7. Februar 1967)

In der Volksrepublik Polen ist das Nationaleinkommen 1966 im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent gestiegen. Die volkseigene Industrie hat den Plan der Warenproduktion mit 101,5 Prozent erfüllt. Der Zuwachs der Industrieproduktion betrug gegenüber 1965 7,4 Prozent. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich in der Industrie um 3,6 und im Bauwesen um 6 Prozent.

Vorrangig entwickelten sich der Maschinenbau, die elektronische sowie die metallverarbeitende und die Chemieindustrie. 1966 wurden 47 Md. kWh Strom, über 9,8 Mill. t Stahl und fast 6,6 Mill. t Walzgut erzeugt. Die Steinkohlenförderung erreichte 122 Mill. t und die Braunkohlengewinnung 24,5 Mill. t. Im selben Zeitraum wurden 462 000 t Stickstoff- und 367 000 t Phosphor-Düngemittel sowie 109 500 t Kunstfasern produziert.

Sehr erfolgreich war das vergangene Jahr für die polnische Landwirtschaft. Nach den Angaben vom Herbst lag die Bruttoproduktion um 5,5 Prozent höher als im Vorjahr. Der Hektarertrag bei Getreide betrug 19 dt, bei Kartoffeln 169 dt und bei Zuckerrüben 312 dt.

Der Außenhandelsumsatz Polens erhöhte sich 1966 um 4,3 Prozent, wobei der Export um 2 Prozent und der Import um 6,6 Prozent stiegen. Volkspolen unterhält Handelsbeziehungen mit 152 Ländern.

(„Trybuna Ludu“ vom 8. Februar 1967)

In der Sozialistischen Republik Rumänien ist das Nationaleinkommen im Verlauf des ersten Jahres des Fünfjahrplanes 1966 bis 1970 im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Prozent gestiegen. Die Gesamtproduktion erhöhte sich im selben Zeitraum um 3,9 auf 188,2 Md. Lei, wodurch die Planaufgabe mit 102,1 Prozent erfüllt wurde. Die Zuwachsrate der Industrie betrug gegenüber 1965 11,7 Prozent. Die Arbeitsproduktivität stieg in der Indu-

strie um 8,1 Prozent. Der Produktionszuwachs in der Industrie wurde zu 72 Prozent durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt. Die Senkung der Selbstkosten betrug 1,5 Prozent. Mehr als 300 neue Industriebetriebe wurden errichtet.

Die Landwirtschaft überbot ihre Planaufgabe um 7,2 Prozent. Die Staatsgüter und LPG Rumäniens brachten 1966 bei Getreide, Mais, Zuckerrüben, Kartoffeln und Gemüse die bisher höchste Ernte des Landes ein. Die Hektarerträge bei Getreide betrugen im Durchschnitt in den Staatsgütern 20,4 dt und in den LPG 15,8 dt.

Der Investitionsplan, der Aufwendungen in Höhe von 44,4 Md. Lei vorsah, wurde mit 95,7 Prozent erfüllt. Die größten Rückstände weist die Chemieindustrie auf, die 20 Prozent der Fonds nicht ausnutzte.

Der Plan des Warenumsatzes wurde mit 100,4 Prozent erfüllt. Der Außenhandel konnte das Planziel das eine Steigerung von 12 Prozent vorsah, mit einer Zunahme von 10,1 Prozent nicht ganz erfüllen. Von den 58 000 geplanten Wohnungen sind 50 000 an ihre künftigen Mieter übergeben worden.

Die Bevölkerung des Landes hat 1966 um 114 000 zugenommen und beträgt am Jahresanfang 1967 19,2 Millionen.

(„Scinteia“ vom 31. Januar 1967)

In der Ungarischen Volksrepublik ist das Nationaleinkommen nach vorläufigen Berechnungen 1966 um ungefähr 6 Prozent im Vergleich zum Jahre 1965 gestiegen. Die Industrieproduktion hat sich im Jahre 1966 — gegenüber den geplanten 4 bis 6 Prozent — um 7 Prozent erhöht. Die Arbeitsproduktivität nahm um 6 Prozent und die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um

1 Prozent zu. Der Produktionszuwachs wurde zu mehr als 80 Prozent durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht. Die Deviseneinnahmen für exportierte Industrieprodukte überstiegen die des Jahres 1965 um 5 Prozent.

Die Agrarproduktion hat sich — nach der verhältnismäßig ungünstigen Ernte des Jahres 1965 — um 5 bis 6 Prozent erhöht. An Brotgetreide wurden 2,4 Mill. t geerntet, etwas weniger als im Vorjahr, aber die zur Verfügung stehende Menge deckt den Bedarf des Landes.

Die Investitionssumme belief sich 1966 auf rund 47 Md. Ft — das sind um 7 Prozent mehr als im Jahre 1965. 1966 wurden ungefähr 55 000 Wohnungen gebaut, im wesentlichen ebensoviel wie im Jahre 1965.

Der Außenhandel entwickelte sich günstiger als geplant. Der Wert der exportierten Waren überstieg um 6 Prozent und der Wert der eingeführten Waren um 3 Prozent die entsprechenden Werte des Jahres 1965. Der Außenhandel des Jahres 1966 weist eine aktive Bilanz aus.

Die Gesamteinnahmen der Bevölkerung sind gegenüber 1965 um etwa 7 Prozent gestiegen, darunter die Arbeitslöhne um 5 Prozent und die Einnahmen der Bauernschaft um 10 Prozent. Infolge der 1,5 bis 2prozentigen Erhöhung der Verbraucher-Preise stiegen der Realwert der Löhne und Einkommen in geringerem Maße als die Geldeinnahmen. Das Pro-Kopf-Real-einkommen der Arbeiter und Angestellten hat anstatt der geplanten 3,5 Prozent um ungefähr 5 Prozent zugenommen. Der Warenumsatz im Einzelhandel war um 7 Prozent höher als im Jahre 1965.

(„Népszabadság“ vom 25. Januar 1967)

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 mλ •

Berichte, Dokumente, Tatsachen

Aus dem „Schwarzbuch“ über die Verbrechen der USA in Vietnam

Vom 5. August 1964, besonders aber vom Februar 1965 bis zum 30. Juni 1966, haben die USA 80 medizinische Einrichtungen in der DRV zerstört.

Am Kindertag, dem 1. Juni 1966, flogen amerikanische Flugzeuge einen Bombenangriff auf das Zentrum für Mutter und Kind in Thanh-hoa. Bei diesem Angriff fanden 14 Kinder und Frauen den Tod, 28 wurden schwer verletzt.

Bis zum September 1966 wurden durch Bombenabwürfe und Beschuss von Schulen in der DRV 331 Schüler getötet und 172 verwundet, 35 Lehrer getötet und 32 verletzt. Es wurden 294 Schulen in 15 Provinzen zerstört.

Der USA-Kriegsminister McNamara prahlte im April 1966 vor dem Kongreß, daß allein im März 1966 über zwei Bezirken in Vietnam etwa 50 000 Tonnen Bomben abgeworfen wurden. Im Juni 1966 wurden auf Vietnam 61 000 Tonnen Bomben abgeworfen und im Juli 91 000 Tonnen. Nach den Worten McNamaras sollten bis Ende 1966 über Vietnam 638 000 Tonnen Bomben abgeworfen sein.

Von 1954 bis 1965 betrug die Anzahl der Opfer der amerikanischen Aggression gegen das vietnamesische Volk:

170 000 Tote;

800 000 Verwundete und durch die Folter zu Krüppeln gewordene Menschen;

400 000 in Gefängnissen und Zuchthäusern Inhaftierte;

5 Millionen in Konzentrationslager eingeschlossene Menschen. Diese Lager tragen die Bezeichnung „Dörfer eines neuen Lebens“.

Von 1962 bis 1966 wurden durch chemische Giftpräparate etwa zweieinhalb Millionen Hektar Felder und Ländereien der Bauern vernichtet.

1965 erlitten durch den Abwurf von Giftstoffen über Südvietnam 150 000 Menschen Vergiftungen unterschiedlichen Grades.

Bis jetzt wurden durch Bombenabwürfe amerikanischer Flugzeuge in der DRV 80 Kirchen und 30 Pagoden zerstört.

Vom 23. April bis zum 9. Mai 1965 haben die USA-Luftstreitkräfte über der Provinz Tai-ninh (Südvietnam) 15 Tonnen eines gelblichen Pulvers ausgestreut, das Tränenfluß und starken Juckreiz, Hautverbrennungen und Verbrennungen der Nasenschleimhäute hervorruft, Atemnot und Erbrechen sowie Lähmungen verursacht. Dadurch fanden unzählige Menschen und eine gewaltige Anzahl Vieh den Tod. Das ist nur ein Beispiel für den Einsatz von Giftkampfstoffen gegen die Bevölkerung Südvietnams durch die USA-Imperialisten.

Seit Ende 1961 haben die amerikanischen Aggressoren über 1000 südvietnamesische Dörfer mit Napalm und weißem Phosphor niedergebrannt.

Um die Bevölkerung, die Gewässer, die Reisfelder und Pflanzungen zu vergiften, setzen die USA in Vietnam die folgenden Giftstoffe ein:

Dichlorphenoloxiazetonsäure,
Trichlorphenoloxiazetonsäure,
Dinitrophenol,
Dinitroorthokresol,
Kalziumzyanamid,
Arsentrioxyd,
Arsenite von Alkalimetallen,
Kalzium-, Natrium- und
Manganselenate.

Die Stoffe dieser acht Gruppen werden einzeln und als Gemische verwendet, um die stärkste Giftwirkung zu erreichen.

Das von den Amerikanern gegen die friedliche Bevölkerung Süd- und Nordvietnams verwendete Napalm ist eine leichtentflammbare Substanz, die fest auf der Haut haftet und lange Zeit brennt. Größere Napalmklumpen brennen 5 bis 15 Minuten, wobei eine Temperatur von 800 bis 2000 Grad entsteht.

Tatsachen aus der DDR

10 Grundsätze sozialistischer Jugendpolitik

Der Staatsrat der DDR beschloß am 31. März 1967 ein Dokument, das den Titel trägt „Jugend und Sozialismus“. Das Dokument wurde im Beisein junger Arbeiter, Ingenieure, Lehrlingen und Funktionären der FDJ sowie Vertretern der Pionierorganisation beschlossen. Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, erklärte am Ende einer umfassenden Diskussion, es sei notwendig, daß alle Erwachsenen noch gründlicher und systematischer mit den Jugendlichen zusammenarbeiten und ihnen noch mehr Unterstützung und Hilfe geben. Die Jugendlichen soll-

Ein Lehrer unterrichtet im Durchschnitt



ten noch mehr zur verantwortlichen Arbeit herangezogen werden. Ihnen sollten weitere Möglichkeiten zu eigenen Experimenten, zu eigener Forschungstätigkeit, zu selbständiger Arbeit in Brigaden der sozialistischen Arbeit und in anderen Formen der Arbeit gegeben werden.

Im ersten Grundsatz der sozialistischen Jugendpolitik heißt es: „Sozialistische Jugendpolitik heißt heute, die

Erziehung und Selbsterziehung der Jugend so zu gestalten, daß sie ein selbständiges Denken und schöpferisches Arbeiten für den Sozialismus mit der Liebe zu ihrem sozialistischen Vaterland vereint, unsere souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik stärkt und verteidigt, sich mit Herz und Verstand zur Freundschaft mit der Sowjetunion und zum proletarischen Internationalismus bekennt.“

Jugendausschuß der Volkskammer

Der Jugendausschuß der Volkskammer der DDR hat 18 Mitglieder. Alle Fraktionen sind im Jugendausschuß vertreten. Da dem Ausschuß viele junge Abgeordnete angehören, ist das Durchschnittsalter (35 Jahre) neun Jahre niedriger als das aller Volkskammerabgeordneten.

● Von dem am 20. Oktober 1963 neu gewählten Bezirkstagsabgeordneten sind 510 im Alter bis zu 30 Jahren (22,8 Prozent), darunter 247 von der FDJ nominierte Abgeordnete. Nicht anders ist es in den Kreisen, Städten und Dörfern. Ferner gibt es in der DDR etwa 700 junge Bürgermeister.

● 339 junge Menschen üben in der Industrie leitende und 3854 mittlere Funktionen aus.

● Am 30. September 1965 gab es in der Landwirtschaft der DDR 81 300 Jugendliche bis zu 25 Jahren sowie 52 065 landwirtschaftliche Lehrlinge. Unabhängig davon, ob ihre Väter einen großen oder kleinen Hof in die Genossenschaft einbrachten sind heute 139 Jugendliche Leiter von sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft, 130 von ihnen als Vorsitzende von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. 1276 weitere junge Genossenschaftsbauern sind als Brigadiere tätig, und 3712 Jugendliche sind Mitglieder der Vorstände der Genossenschaften. Groß ist auch die Zahl derjenigen Mädchen und Jungen, die in den Kommissionen und Spezialistengruppen der LPG mitarbeiten.

● Von 1961 bis 1964 wurden in der DDR insgesamt 442 353 Lehrlinge, darunter 223 430 Mädchen, in den Berufsausbildungsstätten ausgebildet. Fast 203 000 Personen, das sind 45 000 mehr

als 1964, schlossen 1965 ihre Facharbeiterausbildung ab, darunter allein 89 500 Werktätige im Rahmen der Erwachsenen-Qualifizierung. 183 600 Lehrlinge begannen 1965 ihre Berufsausbildung.

● In der DDR studieren nahezu 3000 Studenten und Aspiranten aus 94 verschiedenen Ländern. Die Mehrzahl dieser Studierenden erhält von der Regierung der DDR neben der kostenlosen Ausbildung ein ausreichendes mehrjähriges Stipendium.

● In den 1229 Kultur- und Klubhäusern der DDR waren 1964 insgesamt 9800 Zirkel und Volkskunstgruppen mit 163 795 Teilnehmern tätig. Darunter 96 Gesangs- und Tanzensembles, 225 Ensembles junger Talente, 228 Laientheater, 313 Kaba-

● In der Buchgemeinschaft „buchclub 65“ findet der junge Leser ein sehr vielfältiges und preisgünstiges Angebot. Die Reihe „Buch der Jugend“ haben 25 000 Leser abonniert. Sie erhalten jährlich 12 Monatsbände zum Preis von je 3,80 MDN bzw. 4,80 MDN und außerdem einen Geschenkbund.

Magdeburger Dom wird restauriert

Für den Wiederaufbau des Magdeburger Domes hat die Regierung aus staatlichen Mitteln bereits über 2,6 Millionen MDN ausgegeben. In nächster Zeit sind weitere umfangreiche Restaurierungsarbeiten vorgesehen. So werden u. a. das große Westportal, dessen Verzierungen unter den Kriegseinwirkungen stark gelitten haben, und die Kreuzblume auf der Giebelspitze erneuert. Im vollen Gange sind auch die Arbeiten für die neue Orgel über dem nördlichen Querschiff, die 1968 zum ersten Male erklingen soll.

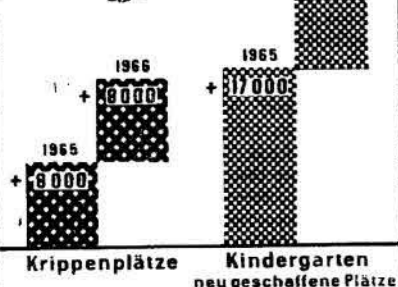
6 Millionen Bücher aus dem Union-Verlag

Anlässlich der „Woche des Buches“ informierte der Union-Verlag, der sein 15jähriges Bestehen begeht, in einer Pressekonferenz über sein vielseitiges Programm. Verlagsdirektor Dr. Hubert Faensen betonte, daß der Verlag bisher über 700 Titel mit einer Gesamtauflage von rund sechs Millionen herausbrachte. Die Werke von Johannes Bobrowski, Hanna-Heide Kraze, Rosemarie Schuder, Heinrich Alexander Stoll sowie das umfangreiche politische Schrifttum sind Ausdruck der Grundkonzeption des CDU-Verlages, die christlichen Menschen in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Sie zeugen von der Vielfalt der Literatur in der DDR.

Über Brechts Spätwerk

Das Institut für deutsche Literaturgeschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig veranstaltete Ende März ein zweitägiges wissenschaftliches Kolloquium über das Spätwerk Bertolt Brechts. Unter den 150 teilnehmenden Wissenschaftlern und Studenten befanden sich auch zahlreiche Gäste aus dem Ausland.

Mehr Plätze für die Kleinen



rett- und Agitpropgruppen, 776 Chöre, 1290 Instrumentalgruppen, 788 Laien-tanzkapellen, 440 Volkstanzgruppen, 391 Gesellschaftstanzkreise, 1079 Zirkel für bildnerisches Volksschaffen, 1024 Amateur-Film- und Fotozirkel und 204 Zirkel schreibender Arbeiter und Bauern.

Eine kleine Betriebsgruppe — aber politisch wirksam

Mit besonderem Interesse verfolgen wir in „Wissen und Tat“ als Mitglieder einer kleinen Betriebsgruppe die Artikel über die Tätigkeit der Parteiorganisation in den Betrieben. Angeregt durch diese Artikel und besonders durch die Ausführungen des Genossen Max Reimann auf der 9. ZK-Tagung begannen wir die Arbeit unserer Betriebsgruppe zu verbessern.

Auf der 9. ZK-Tagung hatte Genosse Reimann erklärt:

„Für die Verwirklichung einer richtigen Politik brauchen wir eine politische, ideologisch, aber auch organisatorisch starke Partei. Nach wie vor müssen wir unser ganzes Augenmerk auf die Festigung der Grundorganisationen und ihre Befähigung richten, auf der Grundlage der Dokumente und Beschlüsse der Partei selbständig politisch massenwirksam zu werden.“

Es handelt sich bei uns um einen mittleren Betrieb der Metallverarbeitung, der im letzten Jahr einen Auftragsrückgang zu verzeichnen hatte. Die Direktion machte sich diese Situation zunutze. Es wurden Entlassungen vorgenommen und bei einzelnen Kollegen sollten die Löhne reduziert werden. Hinzu kam, daß im Laufe des Jahres systematisch der „soziale Klimbim“ abgebaut wurde. Die Arbeiter und Angestellten ließen sich zunächst davon beeindrucken und infolge der verständlichen Angst um den Arbeitsplatz war ihre Kampfbereitschaft zur Abwehr solcher Maßnahmen sehr gering.

Als jedoch die Direktion generelle Akkordkürzungen ankündigte, geriet die Belegschaft in Unruhe. Jetzt zeigte sich, daß unsere Genossen in die vielen persönlichen Diskussionen gewonnenen Argumente den Kollegen nahegebracht hatten. So hatte die Betriebsgruppe sofort nach Erhalt des Wirtschaftsprogramms unserer Partei ein Seminar durchgeführt und alle Genossen konnten die wichtigsten Punkte. Als in der Belegschaftsversammlung unser Spre-

cher die Sofortmaßnahmen der Partei in Verbindung mit den Vorschlägen der IG Metall erläuterte, fand er damit guten Anklang. Die Kollegen erkannten klarer die Klassenverhältnisse in der Bundesrepublik. Von der entstandenen Unruhe im Betrieb erschreckt, hielt es die Direktion für angebracht, ihre angekündigten Akkordkürzungen zurückzunehmen.

So haben wir nicht nur geholfen, das Kraftbewußtsein unserer Kollegen zu entwickeln, sondern auch durch die Kontakte zu SPD-Genossen begonnen, die Gewerkschaftsarbeit zu verbessern.

Das Regierungsprogramm der Großen Koalition mit seinen „Lohnleitlinien“ ist gewerkschaftsfeindlich. Die Tarifautonomie soll den Gewerkschaften faktisch genommen und ein Lohnstopp durchgesetzt werden. Deshalb wird die Verteidigung des Lebensstandards und des sozialen Besitzstandes, vor allem der Arbeiter und Angestellten, zu einer entscheidenden Aufgabe. Der Klassenkampf wird sich in dieser Auseinandersetzung verschärfen und die Rolle der Gewerkschaften weiter wachsen. Deshalb ist die allseitige Stärkung der Gewerkschaften eine wichtige Frage, und die Vertrauensmänner der Gewerkschaften in den Betrieben spielen dabei eine hervorragende Rolle.

Die Betriebsgruppe befaßt sich regelmäßig damit, die Genossen zu einer guten und konkreten Gewerkschaftsarbeit zu befähigen. Alle Genossen sind Gewerkschaftsfunktionäre und im Vertrauensmännerkörper vertreten. Durch ihre gute Arbeit entfaltet derselbe jetzt eine richtige Aktivität und konnte im letzten Jahr folgendes erreichen:

1. daß die Belegschaftsversammlung wieder regelmäßig stattfindet und ein Gewerkschaftsvertreter der IG Metall teilnimmt und spricht;
2. die betrieblichen Gewerkschaftsversammlungen wieder alle 1–2 Monate stattfinden und interessante Diskussionen geführt werden;

3. das Bildungs-Halbjahr der Gewerkschaften gründlich vorbereitet wurde. An Wochen-Lehrgängen, Wochenend-Seminaren und Abend-schulungen nehmen regelmäßig Kollegen des Betriebes teil. In den Kursen werden nicht nur Lohnfragen, Fragen des Arbeitsrechts, der Automation usw. diskutiert, sondern auch Klassenfragen geklärt.

Die Vertrauensmänner-Wahlen wurden mit dem Bemühen verbunden, die Vorschläge der IGM „Hundert Tage Maßarbeit“ zu verwirklichen. Als Richtschnur für die Besetzung aller Funktionen im Betrieb und Gewerkschaft gilt bei uns:

„Die besten Kollegen und die aktivsten Gewerkschafter werden gewählt!“

Und unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung!

Erfreulich ist, daß durch das rege gewerkschaftliche Leben die Autorität des Vertrauensmännerkörpers gewachsen ist und jetzt mehr Kollegen als bisher sich aktiv beteiligen und auch an Protestaktionen der Notstandsgegner und anderen Veranstaltungen teilnehmen.

Es bleibt uns jedoch die wichtige Aufgabe, mit den SPD-Kollegen einen engeren Kontakt herzustellen und sie für noch bessere gemeinsame Arbeit zu gewinnen.

In unserem Betrieb bestand früher keine Betriebsgruppe. Die Genossen arbeiteten unabhängig voneinander in ihren Wohngebieten. Erst als ein neuer

Genosse hier Arbeit aufnahm, faßte er die anderen Genossen des Betriebes zusammen und so begann die kollektive Arbeit unserer Gruppe.

Im Jahre 1966 konnten zwei junge Kollegen, die eine aktive Gewerkschaftsarbeit leisten, für unsere Partei gewonnen werden.

Für die Erfüllung der Selbstverpflichtung zu Ehren des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution neue Mitglieder zu werben, haben wir erkannt, daß es nicht genügt, regelmäßig als Betriebsgruppe zusammenzukommen, sondern auf der Grundlage gefaßter Beschlüsse eine zielstrebige legale Tätigkeit zu entwickeln. Das ist für die Stärkung der Betriebsgruppe und für die Werbung neuer Mitglieder eine Voraussetzung.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben die Genossen zu fast allen Kollegen ein gutes Verhältnis, auch zu einem Kollegen der KAB. Sie diskutieren nicht nur, sondern sind bemüht, diesen Kollegen in allen Fragen zu helfen, so z. B. bei ihren Anträgen für Lohnsteuerrückzahlungen u. a. Dingen. Das alles trägt zur Festigung des Vertrauens der Kollegen zu unseren Genossen bei.

Wir sind zwar noch eine kleine Betriebsgruppe, haben uns aber die eingangs zitierten Worte des Genossen Max Reinmann zu Herzen genommen und darum positive Ergebnisse in unserer Arbeit gewonnen. Das hat die Aktivität aller Genossen gefördert.

Haie im Ölgeschäft

Die Mineralölverarbeitung der Bundesrepublik befindet sich zu 59,3 Prozent im direkten Besitz ausländischer Ölkonzerne. Einschließlich ihrer Beteiligungen beherrschen sie sogar 84,8 Prozent der Raffineriekapazität.

Von den sieben Weltölkonzernen sind fünf durch Tochtergesellschaften und gemeinsame Unternehmen mit westdeutschen Konzernen vertreten: Standard Oil mit Esso, Shell (England/Holland) mit Deutsche Shell AG, British Petroleum mit BP-Benzin, Socony Mobil Oil (USA) mit Mobil Oil AG und California Texas Oil mit Caltex. Den größten Anteil hat die

Rockefeller-Gruppe mit Standard Oil. Die Socony Mobil Oil hat sich kürzlich einen starken Einfluß bei der Gelsenberg Benzin AG gesichert. Sie erhielt damit auch einen beherrschenden Einfluß auf die Aral AG, dem größten Tankstellen-Unternehmen der Bundesrepublik.

Eine Neuordnung der Energiewirtschaft muß auch hier reinen Tisch machen!

Das ausländische Kapital muß durch Mitbestimmung kontrolliert und später mit den Schlüsselindustrien in Gemeineigentum überführt werden



Symbole und Taten

KPD-Verbot aufheben!

Der ehemalige kommunistische Landtagsabgeordnete von Niedersachsen, Ludwig Landwehr, hat auf einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit einen Brief des Ersten Sekretärs der KPD, Max Reimann, an die Bundesregierung unterbreitet, in dem Verhandlungen über folgende Maßnahmen vorgeschlagen werden:

- ① Erlass einer Amnestie und Einstellung all der Verfahren gegen Personen und Organisationen, die auf Grund des Verbots der KPD oder im Zusammenhang mit ihm anhängig sind.
- ② Sicherung der im Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit in Wort und Schrift auch für alle Bürger der Bundesrepublik, die sich zur kommunistischen Weltanschauung und Politik bekennen.
- ③ Sicherung auch des passiven Wahlrechts für alle Kommunisten und damit Möglichkeit ihrer Teilnahme an Wahlen als Einzelkandidaten und auf Listen im Rahmen der geltenden Wahlordnungen für kommunale und Landesparlamente sowie für den Bundestag.
- ④ Wiederherstellung der Legalität der KPD. Dazu könnten mit der Bundesregierung Beratungen stattfinden, zu denen jederzeit bevollmächtigte politische bzw. juristische Vertreter der KPD zur Verfügung stehen.

